

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Maghreb

Nora Lafi

HISTORISCHE PERSPEKTIVEN
AUF DEN MAGHREB

Isabel Schäfer

DER MAGHREB VOR NEUEN
HERAUSFORDERUNGEN:
SICHERHEIT, ENTWICKLUNG,
MIGRATION

Julia Gerlach

DER KLEINE UNTERSCHIED.
TUNESIEN, DIE REVOLUTION
UND DIE FRAUEN

Wolfram Lacher

WAR LIBYENS ZERFALL
VORHERSEHBAR?

Britta Frede

MAURETANIEN –
DER SCHWIERIGE WEG
ZUR INTEGRATIVEN
NATIONALEN EINHEIT

Jan C. Jansen

ALGERIEN UND FRANKREICH:
VOM KOLONIAL- ZUM
ERINNERUNGSKRIEG?

Martin Zillinger

„NAFRI“ ALS SYMBOL
FÜR DIE FLÜCHTLINGSKRISE?
MAROKKANISCHE
PERSPEKTIVEN AUF
MIGRATION

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Maghreb

APuZ 33–34/2016

NORA LAFI

**HISTORISCHE PERSPEKTIVEN
AUF DEN MAGHREB**

Der Beitrag skizziert die Entwicklungen und epochenübergreifenden Kontinuitäten der Gesellschaften des Maghreb von der Zeit des Osmanischen Reichs über die europäische Kolonisierung bis zum schwierigen Prozess der Nationalstaatsbildung.

Seite 4–10

ISABEL SCHÄFER

**DER MAGHREB VOR NEUEN
HERAUSFORDERUNGEN: SICHERHEIT,
ENTWICKLUNG, MIGRATION**

Seit dem „Arabischen Frühling“ hat sich die politische Lage der Maghreb-Staaten unterschiedlich entwickelt, doch sie teilen vergleichbare sozioökonomische Probleme, die das Protestpotenzial aufrechterhalten. Die EU möchte sie zu ihren Grenzvächtern machen.

Seite 11–18

JULIA GERLACH

**DER KLEINE UNTERSCHIED. TUNESIEN,
DIE REVOLUTION UND DIE FRAUEN**

Mehrere Faktoren haben dazu geführt, dass Tunesien so deutlich besser dasteht als die anderen Länder der Region: Das eigentliche Geheimnis des tunesischen Erfolgs liegt in der Zivilgesellschaft und in der starken Beteiligung der Frauen.

Seite 19–24

WOLFRAM LACHER

WAR LIBYENS ZERFALL VORHERSEHBAR?

Das Scheitern des Übergangsprozesses nach der Intervention von 2011 war nicht unausweichlich. Vom Krieg herrührende Eigendynamiken, Fehlentscheidungen der Interimsregierung und beispiellose regionale Instabilität trugen zu Libyens Zersplitterung bei.

Seite 25–34

BRITTA FREDE

**MAURETANIEN – DER SCHWIERIGE WEG
ZUR INTEGRATIVEN NATIONALEN EINHEIT**

Mauretanien ist von Misswirtschaft und ökologischen Katastrophen schwer getroffen, bewegt sich aber seit dem Militärputsch 2005 langsam in Richtung Demokratie, wirtschaftliches Wachstum und bessere Integration marginalisierter Bevölkerungsgruppen.

Seite 35–40

JAN C. JANSEN

**ALGERIEN UND FRANKREICH:
VOM KOLONIAL- ZUM ERINNERUNGSKRIEG?**

Die französische Kolonialherrschaft über Algerien endete in dem weltweit größten Krieg der Dekolonisationszeit. Was waren die Ursachen und Fronten des Kriegs und der Erinnerungen an ihn, die in beiden Ländern bis heute nachwirken?

Seite 41–46

MARTIN ZILLINGER

**„NAFRI“ ALS SYMBOL FÜR DIE
FLÜCHTLINGSKRISE? MAROKKANISCHE
PERSPEKTIVEN AUF MIGRATION**

Am Beispiel der marokkanischen Migration werden unterschiedliche Migrationsstrategien diskutiert. Um die Bewegung von Menschen über das Mittelmeer zukunftsfähig zu gestalten, bedarf es differenzierter Antworten seitens der europäischen Gesellschaften.

Seite 47–54

EDITORIAL

Im heutigen Sprachgebrauch bezeichnet der Maghreb die Region Nordafrika und die Staaten Mauretanien, Algerien, Tunesien, Libyen und Marokko mit dem völkerrechtlich umstrittenen Gebiet der Westsahara. Der arabische Begriff leitet sich ab vom „Ort des Sonnenuntergangs“ – in Abgrenzung zum „Maschrek“, dem „Ort des Sonnenaufgangs“. Als arabische Geografen den Begriff erstmals im 10. Jahrhundert verwendeten, gehörten aus ihrer Sicht neben der Region Nordafrika ebenso Sizilien, die Iberische Halbinsel sowie die Balearischen und Kanarischen Inseln zum Maghreb.

Auch wenn die fünf Staaten des Maghreb sprachlich und kulturell viel gemeinsam haben, unterscheiden sie sich politisch und gesellschaftlich stark voneinander. So besitzt jedes Land seine eigene komplexe Geschichte der Nationalstaatsbildung, die geprägt ist von unterschiedlichen Erfahrungen der osmanischen Herrschaft, der europäischen Kolonialzeit und des antikolonialen Widerstands. Entsprechend verschieden verliefen die Umbrüche des „Arabischen Frühlings“.

Fünf Jahre nach dem „Arabischen Frühling“ ist die Region hierzulande erneut ins öffentliche Interesse gerückt: mit den sexuellen Übergriffen in der Kölner Silvesternacht 2015 und der sich anschließenden Diskussion um den Umgang mit kriminellen Asylbewerbern einerseits und der Debatte um die Einstufung der Maghreb-Staaten als „sichere Herkunftsländer“ andererseits. Das Kürzel „Nafri“ für „nordafrikanische Straftäter“ hat sich eingebürgert. Mediale Schlagwörter wie „Nafri-Probleme“, „Nafri-Kriminalität“ und „Nafri-Alarm“ prägen das Bild des Maghreb und lenken von einer sachlichen Debatte über die aktuellen Herausforderungen der Region ab.

Lorenz Abu Ayyash

HISTORISCHE PERSPEKTIVEN AUF DEN MAGHREB

Nora Lafi

Als „Maghreb“ wird gemeinhin die Region in Nordafrika bezeichnet, die sich von Libyen bis nach Mauretanien erstreckt und auch die heutigen Staaten Tunesien, Algerien und Marokko umfasst. Wenngleich die Grenzen aus der Kolonialzeit stammen, kann die gesamte Sahara kulturell dazu gezählt werden – bis hin zu Städten wie Timbuktu und Gao sowie die Gebiete, in denen Nomaden leben. Das arabische Wort „Maghreb“ steht für den geografischen Westen und bezeichnet wörtlich den „Ort des Sonnenuntergangs“. Der Begriff wurde erstmals im Mittelalter verwendet, um die Gebiete westlich von Ägypten zu benennen. Wie etwa die Arbeiten des 947 in Jerusalem geborenen Geografen Muhammad Ibn Ahmad al-Muqaddasi zeigen, umfasste der Begriff während der islamischen Herrschaft (7. bis 15. Jahrhundert) ebenso Sizilien, die Iberische Halbinsel sowie die Balearischen und Kanarischen Inseln. Dies macht deutlich, dass die Bezeichnung „Maghreb“ ursprünglich nicht die nordafrikanische Küste beziehungsweise die Südküste des Mittelmeers beschrieben hatte, sondern den Westen abgrenzend von der östlichen Levante: dem „Maschrek“, wörtlich dem „Ort des Sonnenaufgangs“. Eine Grenze lässt sich auch kulinarisch ziehen: mit der Verbreitung von Couscous – einem Gericht aus gedämpftem Weizen-, Gerste- oder Hirsegries. Couscous ist die Basis nordafrikanischer Gerichte zwischen dem Atlantik und Libyen sowie dem Mittelmeer und der Sahara. Die libysche Stadt Bengasi grenzt den Maghreb von der Region ab, wo vornehmlich Reis gegessen wird: Ägypten und der Levante.

ISLAMISIERUNG DES MAGHREB

Die Gesellschaften des Maghreb bestanden schon vor der islamischen Eroberung aus unterschiedlichen Gruppen wie Berbern und anderen mediterranen und afrikanischen Völkern. Seit der Antike waren hier jüdische Berber sowie Juden aus Palästina, dem Jemen und dem gesamten Nahen Os-

ten ansässig. Mischehen schufen ein wahres Bevölkerungsmosaik.

Nach zwei Jahrhunderten der Herrschaft germanischer Vandalen und byzantinischer Griechen erfolgte die Islamisierung des Maghreb im 7. Jahrhundert mit der Ankunft von Armeen der arabischen Halbinsel. Man sollte dies jedoch nicht als Chronologie aufeinanderfolgender, siegreicher Zivilisationen interpretieren: Zur Zeit der Punier (zwischen 814 und 146 v. Chr.) und der Römer sowie größtenteils in den nachfolgenden Jahrhunderten war der Maghreb in ein mediterranes und transsaharisches Wirtschaftssystem integriert. Historiker haben zudem epochenübergreifende Kontinuitäten nachweisen können: So setzten sich etwa Teile der örtlichen Elite über große geschichtliche Zeitabschnitte hinaus aus denselben Familien zusammen.⁰¹

Im Mittelalter wurde der Maghreb von unterschiedlichen Dynastien beherrscht, die bis zum 15. Jahrhundert im engen Zusammenhang mit der Iberischen Halbinsel standen.⁰² Die meisten Dynastien waren berberischen Ursprungs – etwa die Almoraviden-Dynastie (11. und 12. Jahrhundert) und die Almohaden-Dynastie (12. und 13. Jahrhundert). Im östlichen Teil der Region herrschten zwischen dem 13. und 16. Jahrhundert die Hafsiden.⁰³ Die Herrschaftsgebiete all dieser Dynastien wechselten je nach Bündnissen, Kriegen und dynastischen Nachfolgen. Gleichzeitig gab es einzelne autonome Regionen. Mit dem Verlust der Iberischen Halbinsel 1492 und der spanischen Eroberung verschiedener Hafenstädte im Maghreb fühlte sich die muslimische Herrschaft im Westen bedroht und gliederte sich zu Beginn des 16. Jahrhunderts in das Osmanische Reich ein.⁰⁴ Die Einbindung folgte einer Schutzlogik.

REICHSINTEGRATION UND ÖRTLICHE DYNASTIEN

Das Ziel des sich schnell expandierenden Osmanischen Reichs bestand darin, die christliche Expansi-

on im westlichen Mittelmeerraum zu stoppen. Die Expansion bedrohte muslimische Häfen in Nordafrika und damit die Handelsrouten des Nahen Ostens. Die Eliten der maghrebischen Hafenstädte versprachen sich mit der Aufnahme in das Osmanische Reich Sicherheit und Wohlstand. Als erste Stadt wurde 1516 Algier integriert. Der Integration folgten jahrzehntelange Kämpfe mit der spanischen Flotte.⁰⁵ Örtliche Eliten baten den osmanischen Korsar Baba Oruç (in Europa zu „Barbarossa“ verballhornt) für den Verbleib der Stadt im Osmanischen Reich um Hilfe. 1541 war Algier vollständig eingegliedert; 1551 und 1553 folgten die Stadt Tripolis und ihre Provinz sowie das Gebiet der Kyrenaika. 1574 verdrängten die Osmanen die von Spanien unterstützten Hafsiden aus Tunis. Das algerische Oran war bis 1708 und erneut zwischen 1732 und 1792 unter spanischer Besatzung. In Marokko unterstützten die Spanier die Herrschaft der Saadier (zwischen 1554 und 1659), um die Einbindung in das Osmanische Reich zu verhindern. Die Besetzung verschiedener Städte an der Atlantikküste durch die Portugiesen setzte noch früher ein.

Die Eingliederung eines Großteils des Maghreb in das Osmanische Reich war das Ergebnis von Verhandlungen: Jede neue Provinz erhielt Gesetzbücher (*kanun-name*), in denen einzelne Pflichten und Rechte festgehalten wurden. Ägyptens *kanun-name* – das auf der Basis der Anerkennung örtlicher Rechte und Privilegien zustande kam, als die Provinz 1516 ins Reich integriert wurde – diente als Vorbild eines Verwaltungssystems, das in den neuen osmanischen Provinzen des Maghreb Anwendung fand. Das Reich erkannte örtliche Gemeinschaften wie konfessionelle Gemeinden oder Berufsorganisationen ebenso an wie zivile, fiskalische und kommerzielle Privilegien der örtlichen Würdenträger. Die Religion des osmanischen Staates war der Islam. Aus ihr ging die Institution der *Hisba* hervor, die die Städ-

te und den Handel organisierte. Die *Hisba* war sowohl ein moralisches Prinzip für das Verhalten der Menschen als auch eine Richtschnur für genaue Abhandlungen, die das tägliche Leben, den kommerziellen Handel und kollektive Interaktionen regelte.⁰⁶ Örtliche religiöse Gemeinschaften erhielten das Recht auf Selbstverwaltung und zivilgesellschaftliche Vertretung. Alle Individuen, alle anerkannten beruflichen und konfessionellen Gemeinschaften sowie die Stadtverwaltung hatten das Recht, mit Petitionen vor den Sultan in Istanbul zu treten, um über die Achtung ihrer Privilegien zu verhandeln.⁰⁷ Die maghrebischen Hafenstädte wurden schnell zu Zufluchtsorten für diejenigen, die der ethnischen und religiösen Säuberung im christlichen Europa entflohen. Muslime und Juden aus Spanien wurden von maghrebischen Städten ebenso aufgenommen wie von den restlichen Gemeinden des Osmanischen Reichs. So fanden etwa viele spanische Juden Zuflucht in Saloniki.⁰⁸ Viele Juden aus dem von Spanien besetzten Oran flohen nach Algier.

Die Migration trug zur kosmopolitischen Dimension der maghrebischen Hafenstädte bei. Bis zu einem Viertel der Bevölkerung großer Städte war jüdisch. Alle Städte hatten zumindest ein jüdisches Viertel, genannt *Hara*.⁹ Die Juden waren verschiedenen Ursprungs: In den Vierteln lebten berberische, andalusische, jemenitische und palästinensische Juden.¹⁰ Auch den Rest der Bevölkerung charakterisierte Verschiedenheit. So gab es zahlreiche gemischte Viertel, in denen Angehörige verschiedener Konfessionen zusammenlebten. Die berberische Bevölkerung war aufgrund von Mischehen seit Jahrhunderten in sich sehr verschieden, ihre Interaktion mit Bevölkerungsteilen arabischen und schwarzafrikanischen Ursprungs verstärkte diesen Aspekt. Der Vorstellung eines ethnisch-homogenen Berbervolks muss deshalb widersprochen werden. In allen Haf-

01 Vgl. Yvon Thébert, *Romanisation et déromanisation en Afrique: histoire décolonisée ou histoire inversée?*, in: *Annales* 33/1978, S. 64–82.

02 Vgl. Patrice Cressier/Philippe Sénac, *Histoire du Maghreb médiéval. VIIe–XIIe siècle*, Paris, 2012.

03 Vgl. Atallah Dhina, *Les États de l'Occident musulman aux XIII^e, XIV^e et XV^e siècles*, Tunis 1984.

04 Zur osmanischen Expansion siehe Bruce Masters, *The Arabs of the Ottoman Empire: A Social and Cultural History (1516–1918)*, Cambridge 2013.

05 Vgl. Günes Isiksel, *Un empire en gestation. Jalons de l'expansion et stabilisation territoriale ottomane (1481–1555)*, in: *Revista de Istorie Militara* 5/2013, S. 45–55.

06 Vgl. Michael Cook, *Commanding Right and Forbidding Wrong in Islamic Thought*, Cambridge 2000.

07 Vgl. Nora Lafi, *Petitions and Accommodating Urban Change in the Ottoman Empire*, in: Elisabeth Özdalga/Sait Özervarlı/Feryal Tansuğ (Hrsg.), *Istanbul as Seen From a Distance. Centre and Provinces in the Ottoman Empire*, Istanbul 2011, S. 73–82.

08 Vgl. Henri Kamen, *The Mediterranean and the Expulsion of Spanish Jews in 1492*, in: *Past and Present* 119/1998, S. 30–55.

9 Vgl. Nora Lafi, *Etre Juif dans l'Algérie ottomane*, in: Hélène Hoog (Hrsg.), *Juifs d'Algérie*, Paris 2012.

10 Vgl. Haim Zeev Hirschberg, *A History of the Jews of North Africa: From the Ottoman Conquest to the Present Time*, Leiden 1981.

städten gab es zudem zahlreiche migrierte Konvertiten und christliche Gefangene. Diese wurden aus der Gefangenschaft von Korsaren, die im Dienste der Europäer oder der Osmanen Schiffe im Mittelmeer kaperten, ausgelöst.¹¹ Die Gefangenen lebten in eigenen Vierteln und bauten ihre eigenen Kirchen. Die Konvertiten migrierten meist aus Malta, Sardinien und Sizilien. Auch wenn Juden und Christen nicht alle öffentlichen Ämter im Osmanischen Reich annehmen konnten, hatten sie die Möglichkeit, in einflussreiche Machtpositionen wie Ministerposten aufzusteigen.¹²

Die Repräsentanten des Osmanischen Reichs waren nicht nur Türken, sondern oft auch Albaner, Serben, Georgier, Armenier, Sarden, Sizilianer, Kurden und Griechen.¹³ Die Tatsache, dass sie zum Islam konvertierten, löschte ihre komplexen Identitäten und ihre Mehrsprachigkeit keinesfalls aus. Viele Würdenträger des Maghreb wurden in offizieller Mission in andere Provinzen des Reichs entsandt – ob nach Sarajevo oder nach Bagdad. Deshalb kann man beim Osmanischen Reich nicht von einem Kolonialreich sprechen: Die Traditionen der unterschiedlichen ethnischen Gruppen und religiösen Gemeinschaften wurden akzeptiert und Menschen aus allen Winkeln des Reichs in die Verwaltung der Reichsgebiete integriert. Die städtischen Gesellschaften waren noch vielfältiger. Oft setzten sich die Familien aus Ehegatten verschiedenen Ursprungs zusammen und schufen multiple Identitäten wie die sogenannten Kouloughlis: Sie stammten aus Ehen zwischen osmanischen Janitscharen und maghrebischen Frauen.¹⁴

Das maghrebische Hinterland wurde ebenfalls in das Reich eingegliedert.¹⁵ So sicherten die Osmanen die westöstlichen Pilgerrouen nach Jerusalem und Mekka ebenso wie die Nord-Süd-Route zur Sahara. Zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert gab es zudem autonome Regionen, die vom Reich akzeptiert wurden – etwa die

örtliche Dynastie der Qaramanli zwischen 1711 und 1835 in Tripolis oder die Dynastie der Muraditen zwischen 1613 und 1705 in Tunis.¹⁶ Diese „Regentschaften“, wie sie in der europäischen Diplomatie genannt wurden, waren ein integraler Bestandteil des Reichs. Sie zahlten Steuern und partizipierten an den Kriegen ebenso wie am Zeremoniell des Osmanischen Reichs.

Die Ortsverwaltung in den Städten wurde an örtliche Würdenträger delegiert. Stadträte setzten sich aus Vertretern der großen muslimischen Familien zusammen – auch der Führer der jüdischen Gemeinde saß im Stadtrat. Die Mitglieder waren für die öffentliche Ordnung und die reguläre Verwaltung auf der Ebene der jeweiligen Nachbarschaft zuständig. Die Verwaltung der Städte bestand daher nicht allein aus der Präsenz eines Gouverneurs und der Reichs- und Zollbeamten sowie einer Janitscharengarnison, sie setzte sich immer auch aus örtlichen Würdenträgern zusammen.¹⁷ Sämtliche Städte des Maghreb haben sich unter der osmanischen Herrschaft erheblich entwickelt: Neue Viertel wurden ebenso gebaut wie neue Märkte und religiöse Gebäude. Tunis, Bengasi, Tripolis, Constantine und Algier waren besonders wohlhabend.¹⁸

ZWISCHEN MODERNISIERUNGSPULS UND KOLONIALER BEDROHUNG

Die französische Eroberung des osmanischen Ägypten im Jahre 1798 stellte die westlichen Reichsprovinzen vor eine große Herausforderung. Die territoriale Einheit zwischen dem Nahen Osten und Nordafrika war unterbrochen, und die europäischen Ansprüche auf osmanische Provinzen wurden immer größer. In den 1820er Jahren gingen Frankreich, Großbritannien und Russland militärisch gegen das Osmanische Reich vor und unterstützten die griechische Revolte von 1812, die dadurch in einen Unabhängigkeitskrieg mündete. Der Erfolg, der zur Vertreibung der dort ansässigen nicht-christlichen Bevölkerung führte, bestärkte die europäischen Mächte darin, sich energisch dem Osmanischen Reich entgegenzustellen.

¹¹ Vgl. Wolfgang Kaiser, *L'économie de la rançon en Méditerranée occidentale (xvie–xviii siècle)*, in: *Hypothèses* 10/2007, S. 359–368; sowie ders., *Le commerce des captifs*, Rom 2008.

¹² Vgl. Albert Hourani, *Die Geschichte der arabischen Völker*. Weitererzählt bis zum Arabischen Frühling von Malise Ruthven, Frankfurt/M. 2014, S. 285f.

¹³ Vgl. Carter Vaughn Findley, *Ottoman Civil Officialdom: a Social History*, Princeton 1989.

¹⁴ Janitscharen waren Elitetruppen kaukasischen, anatolischen, bosnischen, albanischen oder georgisch-christlichen Ursprungs, die im osmanischen Staatswesen höchste Machtpositionen einnahmen.

¹⁵ Vgl. Sarah Abrevaya Stein, *Plumes: Ostrich Feather, Jews and a Lost World of Global Commerce*, New Haven 2008.

¹⁶ Vgl. André Raymond, *Tunis sous les Mouradites. La ville et ses habitants au XVII^e siècle*, Tunis 2006.

¹⁷ Vgl. Godfrey Goodwin, *The Janissaries*, London 2013.

¹⁸ Zu Tunis Wohlstand siehe auch Ahmed Saadaoui, *Tunis, ville ottomane. Trois siècles d'urbanisme et d'architecture*, Tunis 2001.

In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts begannen Frankreich und Großbritannien die Privilegien im Maghreb, die europäische Händler und Konsuln mit dem Osmanischen Reich ausgehandelt hatten, für eine Konfrontation zu instrumentalisieren. So weiteten sie den konsularischen Schutz auf größere Bevölkerungskreise aus und richteten Schirmherrschaften und Klientelsysteme mit örtlichen Dynastien und Regionalherrschern ein. Zu den Scharmützeln auf See, die sich osmanische Flotten und Korsaren mit europäischen Mächten lieferten, kamen Drohungen einer militärischen Intervention. Die europäischen Mächte versuchten so, dem Osmanischen Reich neue Handelsregeln zu oktroyieren. Nach der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten und dem Ende der Schutzperiode für amerikanische Schiffe durch die Franzosen kaperten osmanische Korsaren einige dieser Schiffe. Zwischen 1801 und 1805 kam es schließlich zu Angriffen der US-amerikanischen Marine auf Tripolis und Derna und dem sogenannten Amerikanisch-Tripolitanischen Krieg. Anfängliche Handelsstreitigkeiten zwischen Frankreich und Algier entwickelten sich 1830 zu einem territorialen Eroberungskrieg, der jahrzehntelang andauerte und in eine 132 Jahre lange französische Okkupation mündete.

Um die Souveränität Tripolitaniens zu schützen, entließ das Osmanische Reich 1835 die örtliche Dynastie der Qaramanli und errichtete eine osmanische Direktherrschaft. Die Herrschaft der Husainiden in Tunesien kam unter engere Kontrolle und wurde reformiert, um den europäischen Bestrebungen zu begegnen, die Maghreb-Provinzen aus dem Reich zu lösen. Der tunesisch-osmanische Politiker Hayreddin Pasha gehörte zu den aktivsten Reformern: Er erneuerte das Regierungssystem, die Justiz und das Bildungswesen der maghrebini-schen Provinzen und setzte zahlreiche Infrastrukturmaßnahmen in Gang.¹⁹ Andere Reformer in Tunis wurden zum Teil von europäischen Konsuln beeinflusst. Zwischen 1850 und 1890 erlebten auch die verbleibenden Provinzen weitreichende Reformen, die unter dem Namen „Tanzimat“ zusammengefasst werden. Dabei wurde der Charakter der Lokalherrschaft innerhalb des Reichs neu ausgehandelt. Von Tunis bis Tripolis und Bengasi entstanden

moderne Stadtverwaltungen.²⁰ Sowohl die koloniale als auch die nationale Geschichtsschreibung minimieren jedoch die Bedeutung dieser Epoche osmanischer Modernisierung. Dabei ist sie bedeutsam für die Interpretation der maghrebini-schen Geschichte: Die Modernisierung ist keineswegs ein Konzept, das ausschließlich importiert wurde. So wurden in dieser Zeit neue Methoden der Stadtplanung eingeführt und zahlreiche öffentliche Gebäude und Einrichtungen wie Postämter, weiterbildende Schulen, Kranken- und Waisenhäuser gebaut. Gleichwohl kolonisierte Frankreich Tunesien 1881. Formell setzte sich die Dynastie der Husainiden fort, sämtliche Machtpositionen wurden jedoch von Beamten der französischen Kolonialverwaltung besetzt.²¹

Anders als Tunesien wurde Algerien nicht zum französischen Protektorat, sondern zum integralen Bestandteil des französischen Mutterlands erklärt.²² Frankreich zwang Algerien die Kolonialherrschaft mit einem blutigen Eroberungskrieg zwischen 1830 und 1847 auf. Der Widerstand des von den Osmanen unterstützten Emirs, Abd el-Kader, und des Regenten von Constantine, Ahmed Bey, konnte nur durch brutales Vorgehen gebrochen werden.²³ Hunderttausende Menschen starben während des Krieges.²⁴ Algeriens Bevölkerung verlor nahezu den gesamten Besitz und die meisten Bürgerrechte. Französische Siedler wurden von ihrer Regierung dazu ermuntert, sich den Großteil des fruchtbaren Landes anzueignen. Später kamen auch Siedler aus Spanien, Italien und dem verlorenen Elsass. Im Gegensatz zum lange aufrechterhaltenen kolonialen Narrativ gab es zwischen 1830 und 1962 nie eine echte Friedensphase. Die Archive der französischen Armee in Vincennes belegen die regelmä-

¹⁹ Vgl. Gerard van Krieken, *Khayr al-Dîn et la Tunisie, 1850–1881*, Leyden 1976.

²⁰ Vgl. Nora Lafi (Hrsg.), *Municipalités méditerranéennes. Les réformes urbaines ottomanes au miroir d'une histoire comparée*, Berlin 2005; Jens Hanssen/Thomas Philipp/Stefan Weber (Hrsg.), *The Empire in the City: Arab Provincial Capitals in the Late Ottoman Empire*, Beirut 2002.

²¹ Siehe Mary Dewhurst Lewis, *Divided Rule. Sovereignty and Empire in French Tunisia (1881–1938)*, Berkeley 2013.

²² Vgl. Katrin Sold, Ein unvollendeter Aufarbeitungsprozess: Der Algerienkrieg im kollektiven Gedächtnis Frankreichs, 21. 1. 2013, www.bpb.de/152531.

²³ Siehe dazu Bruno Étienne, *Abdelkader*, Paris 1994; Fatima Zohar Guechi, *La résistance de Hajd Ahmed Bey dernier Bey de Constantine*, in: Abderrahmane Bouchène et al. (Hrsg.), *Histoire de l'Algérie coloniale*, Paris 2014, S. 134–137.

²⁴ Vgl. Olivier Le Cour, *Grandmaison, Coloniser, Exterminer: sur la guerre et l'état colonial*, Paris 2005.

ßigen sogenannten Pazifizierungskampagnen gegen den algerischen Widerstand – entweder in der Bergregion der Kabylei oder gegen aufständische Stämme in der Sahara.²⁵ Die „Pazifizierungskampagnen“ bestanden bisweilen aus Racheefeldzügen gegen die Zivilbevölkerung und wurden während und nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführt.

In Marokko wurde die Kolonialherrschaft nach jahrzehntelangem Ringen der europäischen Mächte Spanien, Frankreich und Deutschland etabliert. Spanien errichtete an der Saharaküste die Provinz Rio de Oro und ließ sich auf der Kongokonferenz von 1884/85 die Ansprüche auf die Region bestätigen. Später weitete Spanien seine Besatzung auf die Region Saguia el-Hamra aus. 1905 widersprach Deutschland einem französischen Protektorat über Marokko und damit einer Ausweitung des französischen Kolonialgebiets im Maghreb. Weiter südlich begann Frankreich 1902 mit der Kolonisierung Mauretaniens. Auf der Konferenz in Algieras teilten sich 1906 Frankreich und Spanien schließlich die Herrschaft über Marokko auf – Spanien erhielt den Norden, Frankreich den Rest des Landes. Ihren Höhepunkt erreichten die Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland 1911. Eine kriegerische Auseinandersetzung konnte jedoch im letzten Augenblick verhindert werden: Am 4. November gestand Deutschland Frankreich freie Hand in Marokko zu und akzeptierte die Kongoterritorien als Kompensation.²⁶ Das französische Protektorat wurde 1912 errichtet und gemeinsam mit Spaniens Herrschaftsansprüchen im Vertrag von Fès festgeschrieben.²⁷

Die Kolonisierung des heutigen Libyen erfolgte nach dem Italienisch-Türkischen Krieg von 1911. Die italienischen Streitkräfte fielen in die drei osmanischen Provinzen Tripolitanien, Kyranaika und Fezzan ein und errichteten dort die Kolonie Libyen. Auch hier folgte ein langer und blutiger Kolonialkrieg, in dem der libysche Widerstand nicht kapitulierte. Zwischen 1911 und 1922 kontrollierte Italien lediglich einen Teil der Küstenregion. Der Krieg richtete sich vor allem gegen die Zivilbevölkerung – unter dem italienischen Fa-

schismus nahmen die Kriegsverbrechen weiter zu und forderten zigtausende zivile Opfer.²⁸

DEKOLONISATION UND DIE KONSTRUKTION VON NATIONALSTAATEN

Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es den Befreiungsbewegungen, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts im Maghreb entstanden, sich der Kolonialherrschaft entgegenzustellen – nun unter der neuen ideologischen Fahne des Nationalismus.

In **Tunesien** hatte die Destur-Bewegung bereits in den 1920er Jahren gegen die französische Besatzung und die anhaltende Rechtlosigkeit der Tunesier protestiert.²⁹ 1934 gründete Habib Bourguiba mit der Neo-Destur eine Partei, die sich die Unabhängigkeit des Landes zum Ziel machte. Nach einem Jahrzehnt der Repressionen seitens der französischen Armee und Kolonialpolizei kam es 1954 zu Verhandlungen mit der französischen Regierung unter Pierre Mendès France. Die Unabhängigkeit wurde 1956 erreicht. Bourguiba gelang es bald, die Machtstrukturen der Monarchie abzubauen, um 1957 eine Republik auszurufen. Als Präsident herrschte Bourguiba in einem Einparteiensystem bis 1987. Eine seiner ersten Entscheidungen war 1956 die progressive Reform des Familienrechts, mit der die Polygamie abgeschafft und Frauen den Männern formal gleichgestellt wurden. In den 1960er Jahren festigten Bourguiba und die Neo-Destur-Partei – inzwischen umbenannt in Sozialistische Destur-Partei – ihre autoritäre Form der Herrschaft. Nach drei Jahrzehnten sozialer Spannungen und Aufständen setzte 1987 der damalige Premierminister Zine el-Abidine Ben Ali, der unter anderem an der US-Geheimdienstschnule in Fort Holabird ausgebildet wurde, in einem unblutigen Putsch Präsident Bourguiba ab und machte sich zu seinem Nachfolger. Sein Regime zeichnete sich zunächst durch eine Öffnung gegenüber den Islamisten aus, nahm jedoch zunehmend diktatorische Züge an. Ben Ali regierte mit harter Hand: Er kontrollierte die Zivilgesellschaft und unterdrückte bis zu seinem Sturz alle oppositionellen Kräfte.³⁰

25 Vgl. Benjamin Claude Brower, *A Desert Named Peace. The Violence of France's Empire in the Algerian Sahara, 1844–1902*, New York 2009.

26 Vgl. Susan Gilson Miller, *A History of Modern Morocco*, New York 2013.

27 Vgl. Robin Bidwell, *Morocco under Colonial Rule*, London 2012.

28 Vgl. Eric Salerno, *Genocidio in Libia*, Rome 2005.

29 Zu Tunesien siehe auch den Beitrag von Julia Gerlach in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

30 Vgl. Michel Camau/Vincent Geisser, *Le syndrome autoritaire. Politique en Tunisie de Bourguiba à Ben Ali*, Paris 2003.

In **Marokko** wurde die Partei für Unabhängigkeit 1937 gegründet.³¹ 1944 gewann sie die Unterstützung des Sultans Sidi Mohammed ben Yusef. Nach gewaltsamen Auseinandersetzungen begannen die Verhandlungen mit Frankreich über eine Aufhebung des Protektionsvertrags. 1956 konnte die Unabhängigkeit ausgerufen werden.³² Sidi Mohammed wurde zu König Mohammed V. Als er 1961 starb, übernahm sein Sohn Hassan II. den Thron. Er etablierte ein autoritäres Regime, das die Opposition unterdrückte.³³ Anders als in Bourguibas Tunesien entwickelte sich in Marokko eine konservative Gesellschaft. Das marokkanische Familienrecht von 1956 gestand Männern eine dominante Position zu und erlaubte unter anderem Verstößungen und Polygamie. Der Sohn Hassans II., Mohammed VI., bestieg 1999 den Thron. Er zeichnete ein kritisches Bild der Regentschaft seines Vaters und ließ eine Wahrheitskommission die Menschenrechtsverletzungen zwischen 1956 und 1999 untersuchen.³⁴ Trotz der Reformen blieb de facto alle Macht beim König.

Algerien erlangte erst 1962 die Unabhängigkeit – nach dem weltweit größten und blutigsten Dekolonisationskrieg, der acht Jahre dauerte und viele Menschenleben kostete.³⁵ 1926 wurde die erste politische Partei Algeriens, der Nordafrikanische Stern, gegründet. Die Partei forderte politische Rechte für alle Algerier, und Messali Hadj wurde ihre prominente Figur. In den 1930er Jahren kämpften militante Nationalisten gegen die brutale und repressive Kolonialherrschaft. 1954 wurde die algerische Befreiungsbewegung Front de Libération Nationale (FLN) gegründet, und es begann der bewaffnete Aufstand gegen die französische Kolonialbesatzung. Im Dekolonisationskrieg wurde die zivile Bevölkerung stark in Mitleidenschaft gezogen.³⁶ Zu Frankreichs brutaler Kriegführung gehörten Internierungslager, massenhafte Zwangsumsiedlungen und Folter.

Nach einem Putschversuch in Algier der französischen Generäle, die den Krieg in Algerien fortsetzen wollten, begann Präsident de Gaulle 1961, mit Algerien zu verhandeln. Mit den Verträgen von Évian erhielt das Land 1962 die Unabhängigkeit. Hunderttausende europäische Siedler, die *piéds noirs* („Schwarzfüße“), mussten Algerien verlassen. Französische Versuche, die Souveränität über die Sahara aufrechtzuerhalten, um weiterhin die dortigen Ölfelder und Nukleartestgebiete zu kontrollieren, wurden von der internationalen Gemeinschaft abgelehnt.³⁷ Einmal unabhängig, organisierte sich Algerien als Demokratische Volksrepublik mit Bezügen zum Sozialismus und dem Islam. Die FLN war die einzige politische Partei. Trotz großer Beteiligung von Frauen am Widerstand gegen die koloniale Besatzung blieb die Organisation der Gesellschaft streng patriarchalisch. Das ließ sich auch am 1984 verabschiedeten Familienrecht erkennen, das die Rechte der Frauen massiv einschränkte.³⁸ Zwischen 1991 und der Jahrtausendwende tobte ein blutiger Bürgerkrieg, der sehr viele Opfer forderte.³⁹ Dem Krieg waren freie Parlamentswahlen vorausgegangen, in denen die Islamische Heilsfront die Mehrheit errang. Die Armee organisierte einen Staatsstreich und lieferte sich eine kriegerische Auseinandersetzung mit militanten Dschihadisten. Um die Jahrtausendwende erfolgten Prozesse der nationalen Aussöhnung sowie einer begrenzten politischen Öffnung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten Frankreich und Großbritannien, von der Niederlage der Faschisten zu profitieren und die Kontrolle über Teilgebiete **Libyens** zu erlangen.⁴⁰ Franzosen über Fezzan, Briten über Tripolitanien und die Kyrenaika. 1949 drangen die Vereinten Nationen indes auf eine Unabhängigkeitslösung, die 1951 im Rahmen einer Monarchie zustande kam. Faktisch blieb das Land jedoch unter der Kontrolle Großbritanniens und der USA. 1969 putsch-

31 Zu Marokko siehe auch den Beitrag von Martin Zillinger in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

32 Vgl. Miller (Anm. 26).

33 Vgl. Susan Slyomovics, The Argument from Silence: Morocco's Truth Commission and Women Political Prisoners, in: Journal of Middle East Women's Studies 1–3/2005, S. 73–95.

34 Vgl. Bettina Dennerlein, Remembering Violence, Negotiating Change: The Morocco Equity and Reconciliation Commission and the Politics of Gender, in: Journal of Middle East Women's Studies 1/2012, S. 10–36.

35 Zu Algerien siehe auch den Beitrag von Jan C. Jansen in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.); vgl. Miller (Anm. 26).

36 Vgl. Raphaëlle Branche, La torture et l'armée pendant la guerre d'Algérie (1954–1962), Paris 2001.

37 Vgl. Jean-Claude Allain, Histoire secrète de la bombe atomique française. La revue pour l'histoire du CNRS, 7.3.2006, <https://histoire-cnrs.revues.org/408>; Jan C. Jansen, Politics of Remembrance: Colonialism and the Algerian War of Independence in France, in: Malgorzata Pakier/Bo Strath (Hrsg.), A European Memory? Contested Histories and Politics of Remembrance, London 2010.

38 Vgl. Bettina Dennerlein, Changing conceptions of marriage in Algerian Status Law, in: Ravindra Sahai Khare (Hrsg.), Perspectives on Islamic Law, Justice and Society, Lanham 1999, S. 123–141.

39 Vgl. Omar Carlier, Entre Nation et Jihad: histoire sociale des radicalismes algériens, Paris 1995.

40 Zu Libyen siehe auch den Beitrag von Wolfram Lacher in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

te sich Muammar al-Gaddafi gemeinsam mit den „Freien Offizieren“ an die Macht und etablierte in den 1970er und 1980er Jahren ein sozialistisch, islamisch orientiertes Regime. Gaddafi gelang es, die Gewinne aus den Ölquellen des Landes umzuverteilen und einen relativen Wohlstand für die Bevölkerung zu erzielen.⁴¹ Gaddafi unterstützte Nelson Mandelas Kampf gegen die Apartheid und propagierte die Vision einer regionalen Integration Afrikas.⁴² Im Süden des Landes tobte in den 1980er Jahren ein Krieg zwischen Frankreich und Milizen der Republik Tschad, die von Libyen unterstützt wurden. Die Beteiligung an terroristischen Aktivitäten führte zwischen 1992 und 2003 zu einem internationalen Embargo gegen Libyen. Der autoritäre Charakter des Regimes verstärkte sich in dieser Zeit. Indem Libyen sich bereit zeigte, eine aktive Rolle beim Aufhalten der Migration über das Mittelmeer einzunehmen, ließen die internationalen Spannungen seit den 2000er Jahren nach.⁴³

Mauretanien gehörte seit Beginn des 20. Jahrhunderts zur französischen Kolonie Westafrika und erhielt 1960 seine Unabhängigkeit.⁴⁴ Nach dem Ende der spanischen Kolonialherrschaft in der Westsahara teilten sich Marokko und Mauretanien 1975 im Madrider Abkommen die Macht über das Gebiet, was zu einem lang anhaltenden militärischen Konflikt mit der von Algerien unterstützten Befreiungsbewegung Frente Polisario führte. 1979 ließ Mauretanien die Ansprüche auf das Territorium in der Westsahara fallen.

Die Maghreb-Staaten versuchten nach ihrer Unabhängigkeit, zunächst eigene politische Strukturen aufzubauen. Der Krieg zwischen Marokko und Algerien um die Südsahara 1963 sowie die verschiedenen geopolitischen Ausrichtungen während des Kalten Krieges verhinderten dabei eine politische und wirtschaftliche Integration. Die Union des Arabischen Maghreb (UAM) wurde erst 1989 gegründet und blieb bisher eine Institution mit geringem Einfluss.

⁴¹ Vgl. Dirk Vanderwalle, *A History of Modern Libya*, Cambridge 2006; sowie Jakob Kraus, *Geschichte als Widerstand. Geschichtsschreibung und nation-building in Qaddafis Libyen*, Berlin 2014.

⁴² Vgl. Maximilian C. Forte, *The New Imperialism, Interventionism, information Warfare, and the Military-Academic Complex*. Montreal 2011.

⁴³ Vgl. Annette Bonse, *Pakt mit Gaddafi. Die europäische Kooperation mit Libyen in Migrationsfragen vor Ausbruch der Arabischen Revolution*, Marburg, 2011.

⁴⁴ Zu Mauretanien siehe auch den Beitrag von Britta Frede in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

„ARABISCHER FRÜHLING“

2010 erlebte Tunesien eine Reihe von Protesten. Forderungen einzelner sozialer Bewegungen gegen die Diktatur, entwickelten sich in der Hauptstadt zu massiven Revolten und führten schließlich am 14. Januar 2011 zum Sturz Ben Alis. Es folgte eine Phase intensiver politischer Debatten. Die konservative islamistische Ennahda-Partei gewann zunächst im Oktober 2011 die Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung, verlor 2014 aber bei den Parlamentswahlen die Mehrheit.

Marokko und Algerien waren nicht unmittelbar vom „Arabischen Frühling“ betroffen: im Fall Marokkos aufgrund der Besonderheiten der Monarchie und des Sicherheitsapparats – in Algerien nicht zuletzt aufgrund der Erinnerung an den blutigen Bürgerkrieg. Gleichzeitig wurde vieles von dem, was seit 2011 im politischen Leben beider Länder geschah, indirekt vom „Arabischen Frühling“ beeinflusst. Von der Stadt Bengasi gingen im Februar 2011 zunächst friedliche Proteste gegen das diktatorische Regime in Libyen aus. Doch schon bald verwandelten militante Dschihadisten die Proteste in einen Krieg. Mit militärischer Unterstützung der NATO wurde das Regime im August 2011 gestürzt. In der Folge versank das Land im Chaos und drohte zu zerfallen, da verschiedene militante Gruppen einzelne Regionen kontrollierten.

Heute, fünf Jahre nach dem „Arabischen Frühling“, befindet sich der Maghreb an einem Wendepunkt seiner Geschichte. Radikaler Islamismus, Terroranschläge, kriegerische Konflikte, hohe Jugendarbeitslosigkeit und verstärkte Migration fordern die Gesellschaften heraus. Trotz Problemen und Krisen darf die Beziehung der Maghreb-Staaten zu Europa jedoch nicht nur auf die Rolle beschränkt werden, die von ihnen bei der Kontrolle der Migrationswege eingenommen wird. Derzeit sterben jedes Jahr zigtausende von Menschen auf diesen Wegen – ob in der Sahara oder vor der Küste des Maghreb.

Übersetzung aus dem Englischen:

Kirsten E. Lehmann, Köln.

NORA LAFI

ist Wissenschaftlerin am Zentrum Moderner Orient in Berlin. Ihr Forschungsschwerpunkt ist die Geschichte des Osmanischen Reichs. nora.lafi@zmo.de

DER MAGHREB VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN

Sicherheit, Entwicklung, Migration

Isabel Schäfer

Die fünf Maghreb-Staaten Tunesien, Algerien, Marokko, Libyen und Mauretanien haben den „Arabischen Frühling“ sehr unterschiedlich erlebt, und seit 2011 hat sich die Situation in diesen Ländern auch sehr unterschiedlich entwickelt. Von der semi-autoritären Monarchie Marokko über die repressive islamische Republik Mauretanien, den Sicherheitsstaat Algerien, den demokratischen Hoffnungsträger Tunesien bis hin zum *failed state* Libyen ist der Fächer der politischen Systeme weit aufgespannt. Gleichzeitig teilen die Länder des Maghreb, also des Westens (*al-maghrib*) der arabischen Welt, bestimmte Gemeinsamkeiten – sei es aufgrund ihrer Geschichte und Geografie, sei es aufgrund aktueller vergleichbarer Herausforderungen. Alle Maghreb-Staaten sind geprägt von hoher Jugendarbeitslosigkeit, sozialer Ungleichheit, ökonomischen Problemen, politischen Legitimationskrisen, Bedrohung durch Terrorismus und radikalem Islamismus, Entwicklungsdefiziten und Migrationsfragen. Der Maghreb ist aber nicht nur eine Krisenregion, sondern auch eine dynamische Region mit viel Potenzial: sich entwickelnden Märkten, Humankapital, einer jungen Bevölkerung, erheblichen Energieressourcen und einer Brückenfunktion zum afrikanischen Kontinent. Vor diesem Hintergrund gibt dieser Beitrag einen Überblick über die aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen seit 2011 und skizziert die unterschiedlichen politischen Entwicklungen der Region.

UNTERSCHIEDE: „ARABISCHER FRÜHLING“

In **Tunesien** begann im Dezember 2010 die Revolte, die eine Protestwelle in der gesamten arabischen Welt auslöste.⁰¹ Seit dem Sturz des autoritären Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali

(seit 1987 an der Macht) am 14. Januar 2011 befindet sich das Land auf einem schwierigen Weg der demokratischen Transformation. Hierbei wurden viele Erfolge erzielt, wie freie Wahlen, Parteienpluralismus, mehr Meinungs- und Pressefreiheit, eine neue Verfassung, neue politische Institutionen sowie die Integration der islamistischen Ennahda-Partei in das politische System.⁰² Gleichzeitig bleiben noch viele Ziele unerreicht, etwa die Schaffung eines unabhängigen Verfassungsgerichts, die wirtschaftliche Entwicklung der benachteiligten Regionen, Wirtschafts- und Sozialreformen oder die Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit. Sicherheitspolitisch hat die fragile Demokratie mit radikal-islamistischer Bedrohung von außen und innen zu kämpfen. Allein 2015 wurden drei schwere Anschläge verübt, und im März 2016 griffen Kämpfer der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) von Libyen aus die tunesische Grenzstadt Ben Guerdane an. Laut einer Studie vom Dezember 2015 stellt Tunesien mit rund 6000 Dschihadisten die größte Gruppe ausländischer Kämpfer in Irak und Syrien.⁰³ Dies ist auf die Unzufriedenheit der Jugend und die dadurch verursachte Anfälligkeit für radikales Gedankengut zurückzuführen. Trotz dieser Probleme und Rückschläge besteht in Tunesien weiterhin Hoffnung auf eine positive Entwicklung.

Viel gewaltsamer verliefen die Umbrüche in **Libyen**.⁰⁴ Ermutigt durch die Regimestürze in Tunesien und Ägypten, lehnte sich ab 16. Februar 2011 die libysche Bevölkerung gegen das diktatorisch regierende Gaddafi-Regime (seit 1969 an der Macht) auf und brachte es im August 2011 mit militärischer Unterstützung der NATO zu Fall. Das Machtvakuum stürzte das Land ab 2014 in einen Bürgerkrieg, in dem sich rivalisierende Clans und Machtgruppierungen bekämpfen. Ab 2014 bildeten sich zwei Regierungen und zwei Parlamente: In Tripolis herrschen Milizen

aus Misrata; in Tobruk und Beida die international anerkannte Regierung unter General Chali-fa Haftar. Seit 2014 hat sich zusätzlich der IS in Libyen ausgebreitet: Schätzungen zufolge halten sich aktuell rund 1500 IS-Kämpfer in Libyen auf. Der IS versucht, von dort aus den Maghreb zu destabilisieren und sich den Zugang zu den libyschen Ölreserven zu verschaffen. Die meisten Versuche, in Libyen neue politische Institutionen aufzubauen und demokratische Wahlen abzuhalten, scheiterten. Erst im März 2016 kam unter UN-Vermittlung die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit zustande, die einen neuen Verfassungsprozess und Parlamentswahlen auf den Weg bringen soll. Doch es bleibt unklar, wie viel Legitimation und Überlebensdauer sich diese Regierung unter Ministerpräsident Fajiz as-Sarradsch verschaffen kann. Die unübersichtliche Lage und unkontrollierten Grenzen werden von Schlepperbanden genutzt, um Flüchtlinge aus Subsahara-Afrika über die zentrale Mittelmeer-route nach Italien zu bringen. Für Flüchtlinge ist dies eine der gefährlichsten Routen.

Die Präsidentialrepublik **Algerien** blieb, zumindest an der Oberfläche, vom „Arabischen Frühling“ unberührt, was unter anderem zurückgeführt wird auf die Traumata aus dem algerischen Bürgerkrieg von 1991 bis 2002.⁰⁵ Aus Angst vor der Revolte hob das Regime 2011 den seit 1992 geltenden Ausnahmezustand auf und kündigte eine kleine Verfassungsreform an. Die Unzufriedenheit der jungen Bevölkerung über fehlende Zukunftsperspektiven ist auch in Algerien sehr groß.⁰⁶ Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Akteure sind zu schwach organisiert, um eine nationale Protestbewegung nach tunesischem

Vorbild zu tragen, die die Unzufriedenheit der Bevölkerung kanalisieren und das Regime zu substanziellen Reformen zwingen könnte. Das algerische System ist geprägt von einer Verflechtung politischer und militärischer Führungseliten, Machtclans und Oligarchen, die den Ressourcenreichtum Algeriens kontrollieren.⁰⁷ Mit Hilfe des immensen Gas- und Ölreichtums kann das Regime über Lebensmittel-, Miet- und Energiesubventionen oder Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst die Bevölkerung vorübergehend beruhigen, gerät angesichts des Ölpreisverfalls jedoch zunehmend unter Druck.⁰⁸ Präsident Abd al-Aziz Bouteflika, seit 1999 im Amt, hat lange für Stabilität und sozialen Frieden gesorgt – allerdings auf Kosten demokratischer Partizipation und Menschenrechte. Während die Sicherheitslage heute in größeren Städten stabil ist, kommt es im Süden, in der Kabylei und anderen Landesteilen, häufig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und ethnischen Konflikten zwischen Berbern, arabischstämmigen Algeriern und Sicherheitskräften. Der interne Machtkampf um Bouteflikas Nachfolge hat bereits begonnen.

In **Marokko** hat König Mohammed VI., der seit 1999 regiert, auf den „Arabischen Frühling“ im Juli 2011 mit „Reformen von oben“ reagiert – insbesondere mit einer Verfassungsreform und vorgezogenen Parlamentswahlen.⁰⁹ So gelang es, die Proteste einigermaßen einzudämmen. Die zivilgesellschaftliche „Bewegung 20. Februar“ hatte einen demokratischen Wandel der Monarchie zum Ziel.¹⁰ Die Bewegung wollte dem tunesischen Beispiel folgen, hat sich inzwischen aber enttäuscht zurückgezogen. Die reformierte Verfassung sollte die Macht des Ministerpräsidenten und des Parlaments stärken sowie die Unabhängigkeit der Justiz und den Schutz der Menschenrechte voranbringen. Trotz der Reformen bleibt

01 Zu Tunesien siehe auch den Beitrag von Julia Gerlach in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

02 Vgl. Isabel Schäfer, *The Tunisian Transition: Torn Between Democratic Consolidation and Neo-Conservatism in an Insecure Regional Context*, Barcelona 2015.

03 Siehe Richard Barrett et al., *Foreign Fighters: An Updated Assessment of the Flow of Foreign Fighters into Syria and Iraq*, 2015, http://sofangroup.com/wp-content/uploads/2015/12/TSG_ForeignFightersUpdate3.pdf.

04 Zu Libyen siehe auch den Beitrag von Wolfram Lacher in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*); ders., *Bruchlinien der Revolution. Akteure, Lager und Konflikte im neuen Libyen*, SWP-Studie 5/2013.

05 Zu Algerien siehe auch den Beitrag von Jan C. Jansen in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

06 Vgl. Amin Allal/Thomas Pierret (Hrsg.), *Au coeur des révoltes arabes. Devenir révolutionnaires*, Paris 2013.

07 Zu den Machtstrategien der klientelistischen Netzwerke und zur EU-Zusammenarbeit siehe Isabelle Werenfels, *Managing Instability in Algeria*, London 2007; dies., *Algerien: Enigmatischer Nachbar Europas*, in: Josef Braml/Wolfgang Merkel/Eberhard Sandschneider (Hrsg.), *Außenpolitik mit Autokratien*, Berlin 2014, S. 68–77.

08 Zur Geschichte Algeriens und den komplexen Beziehungen zu Frankreich siehe Dominique Lagarde/Akram Belkaid/Benjamin Stora, *Algérie, la désillusion, 50 ans d'indépendance 1962–2012*, Paris 2011.

09 Zu Marokko siehe auch den Beitrag von Martin Zillinger in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

10 Vgl. Mounia Bennani-Chraïbi et al., *The Protest Dynamics of Casablanca's February 20th Movement*. In: *Revue française de science politique (English Edition)* 62/2012, S. 103–130.

de facto alle Macht beim König, der weiterhin mit einem Schattenkabinett regiert und gleichzeitig Staatsoberhaupt, religiöses Oberhaupt, Oberbefehlshaber der Armee und oberster Richter ist. Die Mehrheit der Jugend empfindet die Situation als Stillstand und kritisiert Armut, soziale Ungleichheit und fehlende berufliche Perspektiven. Laut Menschenrechtsorganisationen bleiben Presse- und Meinungsfreiheit eingeschränkt; gegenüber dem Islam oder dem König wird keinerlei Kritik toleriert. Homosexualität bleibt ein Tabuthema und wird mit Gefängnis bestraft. Weite Teile der Gesellschaft stehen für sehr konservative Werte, weshalb König und Regierung für eine langsame, sehr vorsichtige Transformation plädieren. Dabei zählt Marokko wirtschaftlich zu den aufstrebenden Ökonomien und gilt als Vorreiter für den Klimaschutz.

Laut Verfassung ist **Mauretanien** eine Islamische Präsidentialrepublik.¹¹ Auch hier kam es 2011 zu Protesten gegen soziale Ungerechtigkeit und Korruption. Das Regime reagierte auf die weitestgehend friedlichen Proteste mit der Senkung von Lebensmittelpreisen und konnte so einen Regimewechsel verhindern. Präsident ist seit 2009 Mohamed Ould Abdel Aziz, der 2008 durch einen Putsch an die Macht kam und seitdem eine autoritäre Herrschaft ausübt. 2014 wurde Abdel Aziz in einer unfreien Präsidentschaftswahl mit absoluter Mehrheit wiedergewählt. Die letzten Parlamentswahlen fanden im November/Dezember 2013 statt, bei der die Regierungspartei Union pour la République ebenfalls die absolute Mehrheit der Sitze erhielt. Es kommt gegenwärtig noch zu Protesten, auf die das Regime mit repressiven Maßnahmen reagiert. Neben politischen und sozioökonomischen Gründen ist die Sklaverei eine Ursache für die Unruhen, die zwar offiziell 1981 abgeschafft wurde, aber teilweise noch immer praktiziert wird. Die verbotene „Initiative pour la Résurgence du mouvement Abolitionniste“ unter Biram Dah Abeid leistet zivilen Widerstand gegen Sklaverei, Apartheid und Rassismus hellhäutiger arabisch-berberischer Mauretaniumer, die ihre vermeintliche Überlegenheit gegenüber schwarzen Mauretaniumern (*Haratin*, Nachkommen von Sklaven), durch einen religiös-rassistischen Diskurs zu legitimieren suchen. Biram Abeid wurde im Januar 2015 wegen Volksverhetzung zu zwei

¹¹ Zu Mauretanien siehe auch den Beitrag von Britta Frede in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

Jahren Haft verurteilt – im Mai 2016 wurde er vorzeitig aus der Haft entlassen.

GEMEINSAMKEITEN: GEOGRAFIE UND GESCHICHTE

Bei allen Unterschieden teilen die Maghreb-Staaten auch viele Gemeinsamkeiten, etwa die geografischen Voraussetzungen: schmale fruchtbare Küstengebiete an Mittelmeer und Atlantik, die vor allem zum Anbau von Getreide, Gemüse, Oliven, Südfrüchten und Wein genutzt werden, semiaride Steppengebiete für Dattelpflanzungen und Viehzucht, große Wüstengebiete im Süden sowie eine Verbindung durch das Atlasgebirge. Unter Wassermangel und den Auswirkungen des Klimawandels leiden alle fünf Länder. Die großen Rohstoffreserven Phosphat, Eisenerz, Manganerz, Erdöl und Erdgas sind ungleich verteilt: Marokko zählt zu den weltweit größten Phosphatexporteuren, ist jedoch abhängig von Energieimporten. Libyen und Algerien exportieren in großem Maße Erdöl, Algerien auch Erdgas. Tunesien verfügt über Phosphatvorkommen, muss aber ebenfalls Erdöl importieren. Alle Maghreb-Länder verfügen über ein großes Potenzial an Sonnenenergie und teilweise an Windkraft (etwa Marokko), was bislang nur im Ansatz genutzt wird.

Auch die Geschichte weist viele Parallelen auf.¹² Hierzu gehören die Arabisierung und Islamisierung der Berberbevölkerung, die Kolonialzeit, die Befreiungskriege, der arabische Nationalismus sowie die Problematiken der Dekolonisierung. Die meisten Berber leben in Marokko und machen 40 Prozent der Bevölkerung aus; in Algerien sind es 23, in Libyen rund 20 und in Tunesien knapp zwei Prozent.¹³ Insbesondere in Algerien kommt es heute noch zu teilweise gewaltsam ausgetragenen Konflikten der Berberminderheiten, die mehr Rechte, Repräsentation und Autonomie fordern. Die einzelnen Dialekte wie Marokkanisch- und Tunesisch-Arabisch sind für Maghreb-Nachbarn teilweise nur schwer

¹² Zur Geschichte des Maghreb siehe auch den Beitrag von Nora Lafi in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.); Michael Willis, *Politics and Power in the Maghreb: Algeria, Tunisia and Morocco from Independence to the Arab Spring*, Oxford 2014; Pierre Vermeren, *Maghreb, les origines de la révolution démocratique*, Paris 2011.

¹³ Vgl. Alexander Flores, *Die arabische Welt. Ein kleines Sachlexikon*, Stuttgart 2003, S. 155. Zu Mauretanien siehe den Beitrag von Britta Frede in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

zu verstehen. Doch Arabisch verbindet als erste Amtssprache die Gesellschaften sprachlich und kulturell. Französisch ist als zweite Amtssprache sowie als Kultur-, Bildungs- und Sprache der internationalen Zusammenarbeit in den meisten Maghreb-Ländern auf dem Rückzug. 99 Prozent der Bevölkerung sind sunnitische Muslime und praktizieren einen moderaten, konservativen Islam. Sehr kleine jüdische und christliche Gemeinden stellen weniger als ein Prozent der Bevölkerung.

Politisch und institutionell sind die Maghreb-Staaten durch die 1989 gegründete Union des Arabischen Maghreb verbunden, die zum Ziel hat, die intraregionalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu intensivieren und die Region zu integrieren – ein Prozess, der seit Jahren nur schleppend vorankommt. Neben dem Westsahara-Konflikt, der Algerien und Marokko seit 1975 entzweit, erschweren ökonomische Probleme, administrative Widerstände und mangelnder politischer Wille die regionale Integration. Alle Maghreb-Staaten sind Mitglied der 1945 gegründeten Arabischen Liga (AL), der Organisation für Islamische Zusammenarbeit, des „5+5 Dialogs“ mit den fünf südeuropäischen Staaten, der 2002 gegründeten Afrikanischen Union (AU)¹⁴ sowie der von der AL initiierten Freihandelszone „Greater Arab Free Trade Area“.¹⁵ Innerhalb dieser Foren treten die Maghreb-Staaten gegenüber Dritten jedoch nur selten mit einer gemeinsamen Stimme auf.

SOZIOÖKONOMISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Ein Großteil der Forderungen des „Arabischen Frühlings“ bleibt auch heute noch bestehen. Die Gesellschaften des Maghreb leiden alle unter sozialer Ungleichheit, Jugendarbeitslosigkeit, Armut und den Folgen des Klimawandels wie Wassermangel und Desertifikation. Graduelle Unterschiede gibt es zwischen den Energieexporteuren Algerien und Libyen, die weiterhin vor allem von den Öl- und Gas-Renten leben und

den Energieimporteuren Marokko, Tunesien und Mauretanien, die verschuldet und von internationaler Unterstützung abhängig sind.

Die Gesamteinwohnerzahl des Maghreb betrug 2014 rund 93,7 Millionen. Davon leben 39,9 Millionen Einwohner in Algerien, 33,5 Millionen in Marokko, 11,1 Millionen in Tunesien, 6,3 Millionen in Libyen und 4,0 Millionen in Mauretanien.¹⁶ Der Anteil 0- bis 24-Jähriger ist mit durchschnittlich 45 bis 50 Prozent sehr hoch. Das ist einerseits positiv, da die Gesellschaften über ein großes Humankapital verfügen und nicht überaltert sind; andererseits belastet die hohe Arbeitslosigkeit von offiziell 10 bis 15 Prozent (verdeckt rund 30 Prozent) alle Maghreb-Länder: insbesondere die hohe Jugendarbeitslosigkeit von durchschnittlich 30 bis 40 Prozent – auch unter Hochschulabsolventen. Das Problem der sogenannten *diplômés chômeurs* existiert bereits seit den 1980er Jahren, hat sich in den vergangenen Jahren jedoch weiter verschärft. Bis heute wurden keine effizienten Antworten gefunden, notwendige Reformen wurden nicht umgesetzt. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit hält das hohe Protestpotenzial in allen Staaten des Maghreb weiterhin aufrecht.¹⁷

Bezüglich der allgemeinen Entwicklung haben die Maghreb-Staaten in den vergangenen Jahrzehnten erheblich aufgeholt. Der Stand der menschlichen Entwicklung hat sich laut Human Development Index (HDI) seit den 1980er Jahren in allen Ländern verbessert (*Abbildung*).

Gleichzeitig hat diese Entwicklung nicht alle Länder, Regionen und Bevölkerungsschichten gleichmäßig erfasst, sondern Ungleichheit sogar teilweise verschärft. Das Pro-Kopf-Einkommen lag 2014 in Libyen bei rund 15 000 US-Dollar, in Algerien bei 13 000 US-Dollar, in Tunesien bei 10 000 US-Dollar, in Marokko bei 7 000 US-Dollar und in Mauretanien bei lediglich 4 000 US-Dollar.¹⁸ Trotz allgemeinem Aufwärtstrend bestehen nach wie vor Entwicklungsdefizite: Armut, Landflucht, unkontrollierte Urbanisierung, schlechte Bildung und Gesundheitsversorgung, nicht gesicherter Zugang zu Wasser, Ungleichheit der Geschlechter – etwa beim Zugang zum Arbeitsmarkt und Löhnen – sowie soziale

14 Mit Ausnahme Marokkos, aber einschließlich der Westsahara. Der völkerrechtliche Status der Westsahara ist weiterhin umstritten. Marokko ist aus der AU-Vorgängerorganisation, der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), aufgrund des Konflikts ausgetreten.

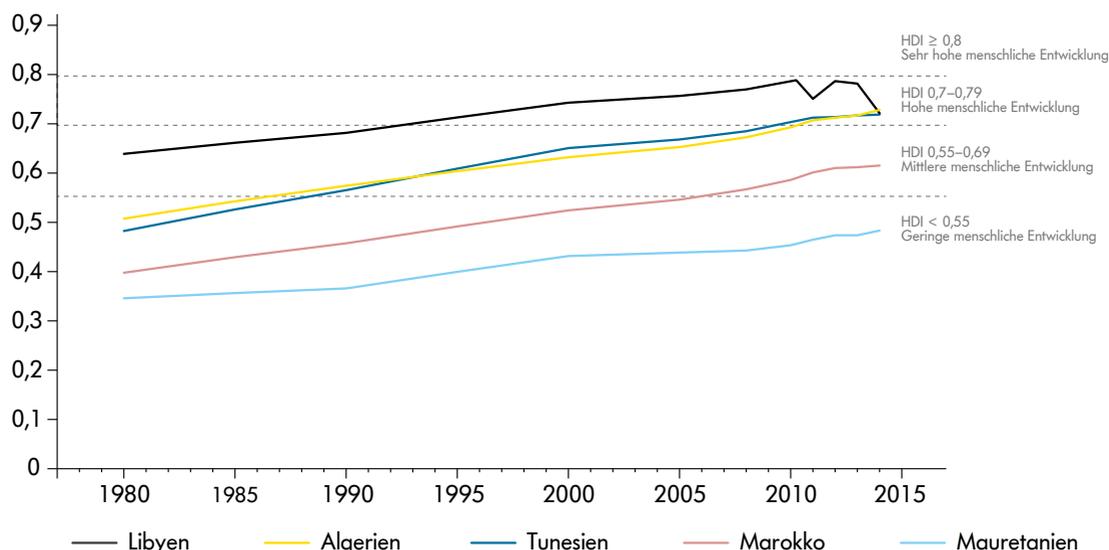
15 Mit Ausnahme der Westsahara. Mauretanien hat einen Beitrittsantrag gestellt.

16 Alle Daten vom United Nations Development Programme (UNDP), <http://hdr.undp.org/en/data>.

17 Vgl. Ben Fishman et al., *North Africa in Transition* 452/2015.

18 Vgl. UNDP (Anm. 16).

Abbildung: Stand der menschlichen Entwicklung der Maghreb-Staaten 1980–2014



Der Wohlstandsindikator HDI misst die Lebenserwartung bei Geburt, das Bildungsniveau und das Pro-Kopf-Einkommen; Daten für die Jahre 1980, 1985, 1990, 1995, 2000, 2005, 2010 bis 2014.

Quelle: United Nations Development Programme, <http://hdr.undp.org/en/content/human-development-index-hdi>.

und interregionale Ungleichheit führen in den benachteiligten Regionen häufig zu Protesten. In allen Staaten lag die Alphabetisierungsrate der über 15-Jährigen 2014 vergleichsweise niedrig: in Libyen bei rund 90 Prozent, in Tunesien bei 80 Prozent, in Algerien bei 73 Prozent, in Marokko bei 67 Prozent und in Mauretanien bei lediglich 46 Prozent.¹⁹ In den vergangenen Jahrzehnten wurde zwar viel in die Quantität der Bildung investiert, weniger aber in die Qualität. Die Zahl derer ist hoch, die trotz Schul-, Ausbildungs- oder Studienabschluss nicht den Bedürfnissen der Arbeitsmärkte entsprechen; ebenso die Zahl junger Menschen, die sich außerhalb des Bildungssystems aufhalten und weder in der Schule, der Ausbildung oder im Studium sind. In Algerien wird hier von rund 21 Prozent der 15- bis 24-Jährigen ausgegangen, in Tunesien von rund 25 Prozent und in Libyen sogar von 48 Prozent.²⁰ Für Marokko und Mauretanien liegen keine Zahlen vor, aber Schätzungen zufolge handelt es sich um rund 20 Prozent der Jugendlichen. Es sind oft diese jungen Menschen, die keine Zukunft in ihrem Land sehen und als re-

signierte *Hittistes* („diejenigen, die an der Wand lehnen“) keinen Platz in der Gesellschaft finden; oder sich als *Harragas* („diejenigen, die ihre Papiere verbrennen“) in der Hoffnung auf ein besseres Leben auf den gefährlichen Weg nach Europa machen. Viele leiden auch unter den Auswirkungen der Korruption, die im Alltag, in der Wirtschaft, der Politik und der Verwaltung weitverbreitet ist. Arbeitsplätze werden oft nicht nach Leistung oder Kompetenz vergeben, sondern durch klientelistische Netzwerke. Willkürliche Strafen oder Erniedrigung durch Polizei oder Sicherheitskräfte ersticken Eigeninitiativen oft im Keim und provozieren entweder Gegenangewalt, Protest oder Resignation.

Die Wirtschaftssysteme sind geprägt von der Dominanz des öffentlichen Sektors, eines schwachen Privatsektors – oft reduziert auf steuerbefreite Exportunternehmen – und eines großen informellen Sektors. Dieser macht etwa in Tunesien 50 Prozent der Wirtschaft aus. Die Maghreb-Länder subventionieren Energie- und Nahrungsmittelpreise und belasten damit die Staatshaushalte erheblich. Diese alte Form des „Sozialvertrags“ – Subventionen gegen politische Unfreiheit – zwischen den autoritären Regimen und den Bevölkerungen funktioniert spätestens seit 2011 in

¹⁹ Vgl. ebd.

²⁰ Vgl. ebd.

dieser Form nur noch eingeschränkt.²¹ Gleichzeitig fehlt es der Wirtschaftspolitik an innovativen Zukunftsvisionen und Transparenz. Während sich Algerien und Libyen auf die Öleinnahmen verlassen, schafft in Marokko und Tunesien der Tourismus einen Großteil der Arbeitsplätze. Seit den Umbrüchen von 2011 und den Anschlägen von 2015 sind die Touristenzahlen in Tunesien jedoch dramatisch gesunken und konnten nur ansatzweise durch inner-maghrebinischen Tourismus und offensive Anwerbung russischer Touristen kompensiert werden. Der Wille zur Diversifizierung in Tunesien ist zwar vorhanden, doch die allgemeine wirtschaftliche Situation bleibt prekär: notwendige Strukturreformen werden nicht umgesetzt, und die Entwicklungen auf dem Weltmarkt und der Globalisierung haben negative Auswirkungen auf den für Tunesien ebenso wichtigen Textilsektor, aber auch auf die wachsende soziale Kluft zwischen Arm und Reich. Angekündigte Dezentralisierungsreformen und die für Frühjahr 2017 geplanten Kommunalwahlen sollen die lokale Verwaltung und Stadtentwicklung fördern. Der Ölpreisverfall setzt wiederum die algerische Wirtschaft erheblich unter Druck, deren Staatseinnahmen zu 49 Prozent und Exporte zu 96 Prozent vom Öl- und Gassektor abhängen. In Libyen ist die Ölproduktion seit dem Konflikt massiv eingebrochen, könnte sich aber im Fall einer Konfliktlösung schnell wieder erholen. Mauretanien leidet unter dem Preisverfall von Eisenerz auf dem Weltmarkt, dem zentralen Exportgut des Landes. So fiel das Wachstum von 6,6 Prozent in 2014 auf 3,1 Prozent in 2015. Aufgrund neuer Abbauprojekte, verarbeitender Industrien und Strukturreformen sind die ökonomischen Aussichten jedoch nicht besonders schlecht. Marokko setzt, um das Investitionsklima zu verbessern, seinen ehrgeizigen Reformkurs fort und investiert in große Infrastrukturprojekte wie Häfen, Eisenbahnnetz, Solar- und Windenergieanlagen. Auch Dezentralisierungsreformen und lokale Entwicklung stehen auf der Agenda.

Alle Maghreb-Länder litten indirekt unter den Auswirkungen der Finanzkrise in Europa – unter anderem, weil es weniger Arbeitsplätze für Nordafrikaner in Südeuropa gibt und die Migranten somit weniger Geld in ihre Heimatländer

rücküberweisen können. Aufgrund der Umbrüche von 2011 unterliegen die Wirtschaftswachstumsraten in allen Maghreb-Staaten starken Schwankungen: Der Anstieg des BIP lag 2015 in Marokko bei 4,5 Prozent, in Algerien bei knapp 3,9 Prozent, in Mauretanien bei 1,9 Prozent, in Tunesien aufgrund der Anschläge und andauernden sozialen Protesten bei 0,5 bis 0,8 Prozent. In Libyen schrumpfte das BIP aufgrund des Bürgerkriegs um 6,4 Prozent.²² Es fehlen Auslandsinvestitionen und substanzielle Strukturreformen, die neue Industriezweige ausbauen und ausreichend Arbeitsplätze schaffen. Als Folge der seit Jahren anhaltenden Arbeitslosigkeit hat Arbeitsmigration in allen Maghreb-Staaten eine lange Tradition. Sie wird von den Regierungen zugelassen beziehungsweise unterstützt, um die nationalen Arbeitsmärkte zu entlasten. Gleichzeitig gehen durch den Braindrain viele Talente verloren. Die Rücküberweisungen sind für alle Staaten ein wichtiger ökonomischer Faktor. Eine intensivierte regionale Integration könnte die Maghreb-Region ökonomisch und entwicklungspolitisch voranbringen. Die Kosten der fehlenden Integration werden seit Jahren immer wieder diskutiert und reduzieren Schätzungen zufolge das Wirtschaftswachstum um zwei Prozent. Gleichzeitig besteht über informellen Austausch durchaus reger Handel. Transregionale Infrastrukturprojekte im Straßen- und Eisenbahnbau, wie die 4000 Kilometer lange Trans-Maghreb-Autobahn, sollen Handel und Personenverkehr erleichtern. Zu weiten Teilen fertiggestellt, scheitert die vollständige Umsetzung bislang an der geschlossenen Grenze zwischen Algerien und Marokko, aber auch an fehlender Finanzierung für einzelne Teilstrecken.

MAGHREB UND DIE EU

Seit Jahrzehnten bemüht sich Europa um intensive Beziehungen zu den Maghreb-Staaten. Unter dem Dach verschiedener politischer Rahmen – wie der Euro-Mediterranen Partnerschaft ab 1995, der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ab 2003/04 oder der „Union für das Mittelmeer“ (UfM) ab 2008 – wurden bereits zahlreiche bilaterale Abkommen und multilaterale Vereinbarungen getroffen. Doch die Beziehungen gestalteten

²¹ Bereits in den 1980er Jahren kam es in Tunesien, Algerien und Marokko zu sogenannten Brotunruhen infolge von Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel.

²² Alle Wirtschaftsdaten von CIA, World Fact Book, www.cia.gov/library/publications/resources/the-world-factbook.

sich nicht immer einfach; durch die Umbrüche in der arabischen Welt werden die europäisch-arabischen Beziehungen noch zusätzlich auf die Probe gestellt. Die neue ENP ist geprägt von realpolitischem Pragmatismus: Nachdem die EU lange an der Kooperation mit autoritären Regimen zugunsten vermeintlicher Stabilität in der Region festgehalten hatte, sucht sie nun im Rahmen der reformierten ENP, der neuen Globalstrategie und über die bilaterale Ebene der EU-Mitgliedstaaten nach neuen Wegen der Zusammenarbeit.²³

Die EU ist mit Tunesien, Marokko und Algerien über Assoziierungsabkommen vertraglich verbunden, die nun nach und nach zu vertieften und umfassenden Freihandelsabkommen (DCFTA) erweitert werden sollen. Verhandlungen über ein Abkommen zwischen Libyen und der EU sind seit Februar 2011 ausgesetzt; Mauretanien fällt in der EU-Logik unter die Gruppe der AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik). Alle fünf Maghreb-Staaten sind Mitglied der UfM sowie des „5+5 Dialogs“ und können an den Programmen der „Euromed Partnerschaft“ teilnehmen. Der „5+5 Dialog“ bringt die fünf südeuropäischen EU-Mitgliedstaaten Spanien, Portugal, Frankreich, Italien, Malta und die fünf Maghreb-Staaten seit 1990 auf informeller Ebene zusammen.

Besonders eng sind die Beziehungen der EU zu Tunesien und Marokko, die wirtschaftlich stärker an die EU gebunden sind als Algerien und Libyen.²⁴ Als politisches multilaterales Forum ist die UfM mehr oder weniger machtlos. Es finden in diesem Rahmen lediglich einige Konferenzen statt, die kaum Auswirkungen haben. Aufgrund des politischen Scheiterns der UfM und der multilateralen Zusammenarbeit im Mittelmeerraum hat die EU ihre Beziehungen zu den einzelnen Maghreb-Staaten seit 2011 vor allem auf bilateraler Ebene weiterentwickelt. Auch die einzelnen EU-

Mitgliedstaaten haben in den vergangenen Jahren eher auf bilaterale Zusammenarbeit gesetzt. Größere europäische Gesamtstrategien für die Region Nordafrika/Naher Osten oder Versuche, die Mittelmeeranrainer an einen Tisch zu bekommen, blieben angesichts der Umbruchsituationen aus. Neben dem „Nouakchott-Prozess“ mit elf afrikanischen Mitgliedern bemüht sich die 2015 gegründete „G5 du Sahel“ (Mauretanien, Mali, Niger, Tschad, Burkina Faso) um Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung in der angrenzenden Sahel-Zone. Mauretanien und Algerien arbeiten zum Beispiel bereits mit Niger, Mali und anderen Sahel-Staaten zur Bekämpfung von Al-Qaida im islamischen Maghreb zusammen. Auch soll einer weiteren Ausbreitung krimineller Netzwerke und des IS vorgebeugt werden.

Ziele der europäischen Politik im Maghreb sind wirtschaftliche und soziale Entwicklung, politischer Dialog und Sicherheitszusammenarbeit. Aus EU-Perspektive sind vor allem drei Bereiche besonders aktuell: Migrationseindämmung, Bekämpfung des islamistischen Terrorismus sowie die Stärkung der Handels- und Energiebeziehungen. Seit 2011 hat die EU ihre finanziellen Mittel für die Zusammenarbeit erheblich erhöht, eine Reihe neuer Dokumente veröffentlicht und neue Programme im Rahmen der ENP initiiert. Gleichzeitig hat die EU im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise die *securitization* der EU-Außengrenzen durch die Stärkung der Grenzschutzagentur Frontex und die Mission Sophia vor der libyschen Küste vorangetrieben. Durch die Schließung der Balkanroute wird die zentrale Mittelmeerroute über Libyen wieder mehr genutzt. Bereits 2006 schloss die EU mit Mauretanien Abkommen über Grenzsicherung und Rückführung, um die Transitmigration über die Westafrikaroute einzudämmen. Dabei sind alle Maghreb-Staaten schon längst selbst zu Einwanderungsländern geworden.²⁵ Auf dem Valletta-Gipfel im November 2015 konnten sich die EU, die Maghreb-Staaten und die Herkunftsstaaten Subsahara-Afrikas immerhin auf einen gemeinsamen EU-Afrika-Aktionsplan einigen, der mehr finanzielle Hilfe für mehr Kooperation vorsieht sowie einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern leisten soll. Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel

²³ Vgl. Europäischer Auswärtiger Dienst, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy, Juni 2016, http://eeas.europa.eu/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf.

²⁴ Die engen Beziehungen zwischen Marokko und der EU sind seit einigen Monaten angespannt. Gegen das bilaterale EU-Marokko-Agrarabkommen von 2012 hat die Befreiungsbewegung Frente Polisario vor Gericht geklagt: Das Abkommen soll annulliert werden, da es zu Lasten der Bewohner der Westsahara gehe und die EU mit dem Abkommen die Westsahara als Teil Marokkos anerkenne und damit gegen den UN-Friedensplan verstoße. Marokko hat daraufhin seinerseits die Beziehungen zur EU ab Februar 2016 einseitig auf Eis gelegt.

²⁵ Vgl. Ali Bensaâd, *Le Maghreb à l'épreuve des migrations subsahariennes. Immigration sur émigration*, Paris 2009.

der Bundesregierung, die Maghreb-Staaten zu „sicheren Herkunftsländern“ zu erklären, um die Rückführung abgelehnter Migranten zu erleichtern. Menschenrechtsorganisationen in Nordafrika fühlen sich von Europa verraten. Während ihre Arbeit durch die Erklärung „sicheres Herkunftsländ“ infrage gestellt wird, verstehen die Regierungen diese als eine Art demokratischen Ritterschlag. Zu Menschenrechtsverletzungen kommt es weiterhin in allen fünf Maghreb-Staaten, wenn auch in unterschiedlicher Intensität.

AUSBLICK

Für Europa ist der Maghreb eine wichtige Nachbarregion. Allerdings werden die Beziehungen in der aktuellen Wahrnehmung von diffusen Sorgen überlagert, dass zu viele Menschen aus dem Maghreb nach Europa kommen könnten. Zudem ist sie von sicherheitspolitischen Prämissen geprägt. Die enge wirtschaftliche Anbindung des Maghreb an die EU steht im Kontrast zum Bild des „nahen Fremden“, den Europa auf Distanz halten möchte; zumindest empfinden viele Bürger des Maghreb dies so.²⁶ Gleichzeitig sind aber die zwischenmenschlichen Beziehungen und kulturellen Verflechtungen über die Jahrzehnte enger geworden, was sich in steigenden Zahlen von Pendlern und binationalen Ehen und Beziehungen ausdrückt. Doch was im Dialog auf individueller und kultureller Ebene meist gelingt, fällt auf politischer und institutioneller Ebene oft noch schwer: ein Dialog auf Augenhöhe – ein politisch-wirtschaftlicher Dialog, der die Maghreb-Staaten nicht zu Entwicklungsempfängern degradiert oder auf die Rolle des Migrationsverhindersers und Terrorbekämpfers reduziert, sondern der sie in ihrer Selbstbestimmtheit respektiert und konstruktiv mit nachhaltigen Ansätzen bei der Lösung der sozioökonomischen Schwierigkeiten und Reduzierung von Fluchtursachen unterstützt.

Trotz der genannten Gemeinsamkeiten darf nicht vergessen werden, wie groß die Unterschiede zwischen Marokko, Algerien, Libyen, Tunesien und Mauretanien sind – ähnlich der Unterschiede zwischen Frankreich, Deutschland oder Polen. Angesichts der Tatsache, dass teilweise weiterhin mit repressiven, autoritären oder se-

mi-autoritären Methoden regiert wird und die Bürger in ihren Freiheiten eingeschränkt werden, aber auch angesichts der beschriebenen sozioökonomischen Probleme kann Migrationseindämmung nicht allein auf die Maghreb-Staaten abgewälzt werden. Stattdessen müssten mehr legale Einwanderungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Viel hängt davon ab, durch welche Brille man auf Nordafrika schaut. Die Zukunft des Maghreb ist gar nicht so schlecht – die Region steht nicht kurz vor einem Zusammenbruch, weiteren Bürgerkriegen oder zerfallenden Staaten. Solange sich aber an der Situation der Menschen nichts ändert, wird es weiterhin soziale Proteste, Migration sowie Krisen- und Konfliktpotenzial geben. Optimistisch betrachtet, bildet der Maghreb eine Brückenregion zwischen Europa und dem Rest des afrikanischen Kontinents, die wirtschaftlich von der geografischen Nähe in beide Richtungen profitieren könnte.²⁷ Die Maghreb-Staaten fühlen sich schon lange nicht mehr als „Entwicklungsländer“, sondern als unabhängige, selbstbewusste Akteure des Globalen Südens. Trotz ökonomischer Krise gibt es eine steigende Nachfrage, die zu einer Weiterentwicklung der Märkte und Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen führen kann. Darüber hinaus werden Konzepte wie „Green Economy“, „Smart City“ oder Energieeffizienz angesichts des steigenden Energie- und Wasserkonsums auch in Tunis, Rabat oder Algier diskutiert. Im Süden Algeriens wird zum Beispiel heftiger gegen den geplanten Schiefergasabbau demonstriert als in Europa. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit nachhaltiger Strategien und Lösungen ist gewachsen, und vielleicht können so im „Globalen Maghreb“ bereits einige der Fehler vermieden werden, die in Europa gemacht wurden.

ISABEL SCHÄFER

ist assoziierte Wissenschaftlerin am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE).
isabel.schaefer@gmx.de

²⁶ Vgl. Abdennour Benantar, *Europe et Maghreb. Voisinage immédiat, distanciation stratégique*, Algier 2010.

²⁷ Vgl. Sylvie Daviet, *L'entrepreneuriat trans méditerranéen. Les nouvelles stratégies d'internationalisation*, Paris–Tunis 2015.

DER KLEINE UNTERSCHIED

Tunesien, die Revolution und die Frauen

Julia Gerlach

Wer Lina Ben Mhenni richtig in Rage bringen will, der lobt Tunesien und seine Erfolge bei der „Arabellion“. „Wir werden oft als Leuchtturm der Hoffnung dargestellt. Als Land, in dem die Revolution gelungen ist und die Freiheit gewonnen wurde. Ich halte das für sehr gefährlich“, sagt sie.⁰¹ Die Bloggerin und Aktivistin zählt zu denen, die 2010 die Proteste gegen Zine el-Abidine Ben Ali vorangetrieben haben, für diese Rolle wurde sie 2011 für den Friedensnobelpreis nominiert. Bis heute engagiert sie sich in der Politik, begleitet den politischen Prozess durch kritische Kommentare. Viele ihrer früheren Mitstreiter haben sich zurückgezogen, aber Ben Mhenni ist nach wie vor aktiv: „Natürlich freuen wir uns, dass wir heute mehr Freiheit haben und dass wir so viel erreicht haben, aber wir dürfen uns von dem Lob nicht einlullen lassen“, sagt sie. Auf den Lorbeeren ausruhen, kommt für sie nicht infrage. Gerade jetzt drohe die Gefahr, dass die erreichten Freiheiten wieder verloren gehen. „Der Terrorismus ist brandgefährlich. Er bedroht unser Land ganz konkret durch die Gewalt und das sinnlose Töten. Zugleich haben derzeit alle Panik, dass die Regierung gestürzt werden könnte und Tunesien womöglich ein Schicksal wie Libyen oder Syrien droht. Deswegen traut sich kaum noch jemand, die Regierung zu kritisieren“, ergänzt sie. Dabei sei Wachsamkeit angesagt, denn die Regierung schränke im Namen der Terrorbekämpfung viele Freiheitsrechte ein. Das im Sommer 2015 verabschiedete Antiterrorgesetz ist nur eines von vielen Beispielen. Zudem deutet einiges darauf hin, dass die Präsidentschaft von Béji Caïd Essebsi, dessen Karriere eng mit dem alten Regime verbunden ist, die Rückkehr zumindest einiger einflussreicher Politiker und Geschäftsleute aus der alten Elite möglich macht. „Wir haben es nicht geschafft, das alte Regime ein für alle Mal aus dem politischen Leben zu verban-

nen. Dieser Fehler wird uns womöglich noch teuer zu stehen kommen“, sagt Ben Mhenni. Besonders bemerkbar mache sich das bei Wahlen, wo weiterhin korrupte Politiker und alte Seilschaften antreten könnten und die Bürgerinnen und Bürger sich nicht sicher sein könnten, ob sie zwischen ehrlichen Kandidaten auswählen. Dies führe zu Politikverdrossenheit, und das Konzept „Demokratie“ verliere bei den Menschen an Ansehen.⁰²

Ist die Revolution in Tunesien aus ihrer Sicht also gescheitert? War es ein Fehler, sie zu beginnen? Energisch schüttelt sie den Kopf: „Nein, gescheitert nicht und ein Fehler war sie auch nicht. Wir sind froh und glücklich und stolz, aber wir müssen wachsam bleiben. Das sind wir der Revolution schuldig. Nicht nur der unsrigen, sondern auch den Revolutionen der anderen Staaten“, sagt sie. In diesem Zusammenhang ist sie dann doch bereit, Tunesien als Leuchtturm der Hoffnung darzustellen. „Wenn ich auf Aktivistinnen und Aktivisten aus anderen arabischen Staaten treffe, dann ist es schon okay, wenn wir unsere Erfolge feiern. Für sie ist es wichtig, dass es uns als Erfolgsmodell gibt. Sonst verlieren sie die Hoffnung und den Mut, den sie brauchen, um in ihren Ländern weiterzukämpfen.“

TUNESIEN, EINE ERFOLGSGESCHICHTE?

Trotz aller Probleme und Rückschläge ist die Entwicklung in Tunesien eine Erfolgsgeschichte. Das kleine Land, in dem 2010 die Arabellion begann, ist zugleich das einzige, indem der Aufstand gegen Diktatur, Willkür und für die Würde der Menschen Erfolg gezeigt hat; zumindest ein bisschen. Hier scheint gelungen, was andernorts gescheitert ist. Tunesien ist heute deutlich freier und die Menschen haben deutlich mehr Mitspracherecht als in der Zeit vor 2010.

So sind in der Verfassung, die 2014 nach zähem Ringen verabschiedet wurde, viele Freiheitsrechte festgeschrieben, die Oppositionelle und Menschenrechtler seit Jahren gefordert hatten. Der Verfassung ist an vielen Stellen anzumerken, dass sie ein Kompromiss ist. Sie gilt dennoch oder vielleicht sogar gerade deshalb als Vorbild für die ganze Region. Auf Grundlage dieser Verfassung konnte noch im gleichen Jahr ein Parlament und ein Präsident gewählt werden. Die Wahlkämpfe wurden emotional geführt: Viele Politiker setzten auf Populismus und schürten Angst vor dem politischen Gegner. Beschuldigungen und Beleidigungen wurden ausgetauscht, die Medien heizten die Atmosphäre weiter an. Auch in Tunesien machte sich die seit 2011 in der ganzen Region grassierende Polarisierung der politischen Landschaft bemerkbar: Islamisten gegen Nicht-Islamisten. Doch im Vergleich zu anderen Staaten in der Region kann von einem besonnenen Wahlkampf gesprochen werden, und auch die tunesischen und internationalen Wahlbeobachter attestierten weitgehend faire Wahlen.⁰³ Auch die Regierungsbildung war zunächst von Misstrauen und Lagerbildung bestimmt. Hatte doch die säkulare Partei Nidaa Tounes beide Wahlen gewonnen, und das vor allem, weil sie als Anti-Islamisten-Partei angetreten war und gezielt die Angst vor der Ennahda-Partei und anderen islamischen Gruppierungen geschürt hatte. Besonnenheit und Verantwortungsbewusstsein setzte sich dann aber durch: Im Januar 2015 wurde eine Koalition der nationalen Einheit eingesetzt, in der neben unabhängigen Politikern und Vertretern von Nidaa Tounes ebenso ein Minister der islamistischen Ennahda-Partei einzog.

Aus der Ferne betrachtet, scheint diese Regierungsbildung eine logische Umsetzung des Wahlergebnisses und der Notwendigkeit, eine starke Regierung zu haben. Doch selbstverständlich war es nicht, dass sie zustande kam. In

anderen Staaten der Arabellion, etwa in Ägypten, scheiterte der Versuch der Regierungszusammenarbeit über die ideologischen Grenzen hinweg.⁰⁴ „Ich muss sagen, dass ich natürlich nicht zufrieden bin mit dieser Regierung, aber ich räume ein, dass eine große Koalition zu formen die beste, ja, die einzige Lösung war“, so Olfa al-Riachi.⁰⁵ Die Bloggerin hatte 2014 als Wahlkampfmanagerin die parteilose Präsidentschaftskandidatin Kalthoum Kannou unterstützt. Die Regierungsbildung über den ideologischen Graben hinweg führte dazu, dass zumindest im öffentlichen Diskurs die Polarisierung deutlich an Schärfe verloren hat. „In den Medien wurde seitdem deutlich weniger gehetzt“, so al-Riachi. „Allerdings bedeutet dies nicht, dass die Feindschaft begraben ist. In den Familien, in den Wohngebieten hassen und fürchten sich die Menschen natürlich weiter“, sagt sie. Vielleicht werde damit nun der Weg frei für die nächste Phase. Wenn die Wählerinnen und Wähler nicht mehr nur je nach Zugehörigkeit zu einem ideologischen Lager, sondern tatsächlich auch nach politischen Kriterien unterscheiden: ob ihnen etwa soziale Gerechtigkeit oder Sicherheit wichtiger ist.

Insgesamt sah es im Frühjahr 2015 gut aus, auch wirtschaftlich zeichnete sich ein Silberstreif am Horizont ab und die Tourismussaison versprach, ein Erfolg zu werden. Dann schlugen die Terroristen zu: Als im März 2015 Attentäter das Nationalmuseum von Bardo in Tunis stürmten, starben 24 Menschen. Zunächst schien der Anschlag die Urlauber nicht abzuschrecken. „Man hatte eigentlich damit gerechnet, dass keiner mehr kommt. Es war auch nicht überwältigend, was wir an Buchungen hatten, aber immerhin. Doch dann ...“, sagt Amel Azzouz.⁰⁶ Sie ist Staatssekretärin für internationale Zusammenarbeit und zuständig für den Kontakt mit ausländischen Investoren. Zudem ist sie eine der Vertreterinnen der Ennahda-Partei in der Regierung. Als gerade wieder Hoffnung aufkam, ermordete im Juli 2015 ein in Libyen geschulter junger Tunesier

01 Lina Ben Mhenni gehört zu den Aktivistinnen, die ich in den fünf Jahren seit Beginn der Revolution 2011 immer wieder interviewt habe. Zusammengefasst sind die Begegnungen in Julia Gerlach, *Der verpasste Frühling*, Berlin 2016.

02 Vgl. Ibrahim Fairhat, *Unfinished Revolutions: Yemen, Libya and Tunisia After the Arab Spring*, New Haven 2016.

03 Vgl. Europäisches Parlament, *Elections en Tunisie. Delegation d'observation des Elections Legislatives et Presidentielles*, 26. 1. 2014, www.europarl.europa.eu/intcoop/election_observation/missions/2014-2019/2014_10_26_tunisie_general_elections.pdf.

04 Zum Vergleich zwischen den Erfahrungen Tunesiens und Ägyptens siehe Moussa Barhouma, *Comparing the Tunisian, Egyptian Revolutions*, 17. 2. 2014, www.al-monitor.com/pulse/politics/2014/02/egypt-tunisia-revolution-comparison.html; Louis Schiemann, *Der Arabische Frühling als Rückkehr zur Autokratie: Ägypten und Tunesien im Vergleich*, Hannover 2014.

05 Interview im Sommer 2015 in Tunis.

06 Interview im Sommer 2015 in Tunis.

sier am Strand von Sousse 39 Touristen mit einer Maschinenpistole. Stornierungen und leere Hotels waren die Folge. „Dies ist umso schlimmer, weil wir doch genau wissen, dass sich der Erfolg unserer Regierung und unserer Revolution nicht nur an den politischen Errungenschaften messen lassen kann. Die Jugendlichen werden nur zufrieden sein, wenn es ihnen wirtschaftlich besser geht“, sagt sie.

Seit Dezember 2010, als sich der tunesische Gemüsehändler Mohammed al-Bouazizi wohl aus Frust über die Willkür der Behörden und die allgemeine Hoffnungslosigkeit selbst in Brand setzte und damit die Proteste auslöste, die bald die ganze Region erschütterten, hatte sich wirtschaftlich wenig getan. „Es ist ein Teufelskreis, aus dem wir so leicht nicht herauskommen“, beschreibt Azzouz. Die Wirtschaft kommt nicht auf die Beine, weil es immer wieder Terroranschläge gibt. Die Jugendlichen leiden darunter am meisten, werden ungeduldig und es kommt wieder häufiger zu Protesten. Viele verlieren die Hoffnung, dass die tunesische Revolution neben politischen Freiheiten auch soziale Gerechtigkeit und bessere Lebensbedingungen für die breite Masse bringt. Frust und Hoffnungslosigkeit wiederum legen die Grundlage, dass einige dieser Jugendlichen für radikale Gruppen, wie dem sogenannten Islamischen Staat (IS), ansprechbar werden. Dem IS ist der tunesische Erfolg ohnehin ein Dorn im Auge, schließlich kann es für die Terrororganisation nur eine Richtung geben, in die die arabische, islamische Welt zu gehen hat, und die ist ihre eigene. Es ist kein Zufall, dass in den vergangenen Monaten ausgerechnet in Tunesien besonders viele blutige Anschläge verübt wurden. Mit „Erfolg“: Die tunesische Wirtschaft liegt weiter am Boden. Das Vorzeigeland des „Arabischen Frühlings“ droht in eine Abwärtsspirale aus Gewalt, Armut und Hoffnungslosigkeit hineingesogen zu werden.

Trotz der Gewalt muss das Erreichte gewürdigt werden. Die Frage drängt sich auf, was in Tunesien besser gelaufen ist. Schließlich gilt Tunesien als Gegenbeweis zur verbreiteten These, dass Demokratie und Freiheit nicht in die arabische Welt passen und hier nie Fuß fassen werden. Oder, weitergehend noch: dass diese Ideen nicht mit dem Islam kompatibel sind. Tunesien zeigt, dass die These nicht stimmt. Zudem lassen sich aus dem tunesischen Beispiel Lehren ziehen, was die Aktivisten anderer Län-

der bedenken und anders machen müssen, sollten sie eine zweite Chance für einen Neuanfang bekommen.

WAS LIEF IN TUNESIEN BESSER?

Tunesien hatte andere Ausgangsvoraussetzungen als die anderen Staaten der Region.⁰⁷ Es hatte eine sehr viel kleinere, vergleichsweise besser gebildete und stärker an Europa orientierte Bevölkerung. Zudem hatte Tunesien einfach Glück: Es ist ein geostrategisch sehr unwichtiges Land. Es besitzt kein Erdöl und liegt auch nicht an einem strategisch entscheidenden Ort. Auch schaute nach dem Sturz von Ben Ali die Weltöffentlichkeit schon bald auf die bedrohlicheren Krisen in Ägypten, Libyen und Syrien. Dort mischten regionale und internationale Mächte kräftig mit. Tunesien hingegen konnte weitgehend unbehelligt und mit deutlich weniger Einflussnahme von außen den Neuanfang in die eigene Hand nehmen.⁰⁸

Auch waren die Regierung und das politische System etwas anders aufgestellt als in den anderen Staaten der Arabellion:⁰⁹ Zwar regierte auch in Tunesien ein Regime, das aus dem Militär hervorgegangen ist und sich ebenso wie die Regime in den anderen Staaten, die 2011 am stärksten von Protesten betroffen waren, auf das Beispiel der „Freien Offiziere“ von Gamal Abdel Nasser bezogen hatte. 1952 hatte Nasser in Ägypten die Monarchie abgesetzt und den panarabischen Sozialismus begründet. Muammar al-Gaddafi (Libyen), Hafiz al-Assad (Syrien), Ali Abdullah Salih (Jemen) und auch Habib Bourguiba (erster Präsident Tunesiens) folgten diesem Beispiel. In Tunesien emanzipierte sich der Präsident jedoch etwas stärker vom Militär. Gleichzeitig erklärte die Regierung Bourguibas den Ausbau des Bildungssystems zur nationalen Priorität.¹⁰

⁰⁷ Vgl. Kenneth Perkins, *A History of Modern Tunisia*, London 2004.

⁰⁸ Zur Einmischung westlicher Politik in die Region 2011 und danach siehe Michael Lüders, *Wer den Wind säht. Was westliche Politik anrichtet*, München 2015; Volker Perthes, *Das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen. Ein Essay*, Frankfurt/M. 2015.

⁰⁹ Vgl. Shadi Hamid, *Political Party Development Before and After the Arab Spring*, in: Mehran Kamrava (Hrsg.), *Beyond the Arab Spring*, London 2014, S. 131–150.

¹⁰ Vgl. Sharan Grewan, *A Quiet Revolution. The Tunisian Military after Ben Ali*, 24. 2. 2016, <http://carnegieendowment.org/2016/02/24/quiet-revolution-tunisian-military-after-ben-ali-pub-62780>.

Zwar investierten die anderen Staaten der Region auch in Schul- und Universitätsausbildungen für die breite Masse, nicht aber im gleichen Maße wie Tunesien. Dies kam vor allem den Frauen zu Gute. Der Anteil der Akademikerinnen in Tunesien liegt weit über dem der anderen Staaten. Besonders war auch die Frauenpolitik der tunesischen Regierungen: So wie Tunesien heute als Beispiel zitiert wird, dass Demokratie und Menschenrechte auch in der arabischen Welt verwirklicht werden können, machte das Land schon vor 2010 vor, wie Frauenrechte auch in konservativ muslimischen Gesellschaften durchgesetzt werden können. Das Personenstandsgesetz von 1956 galt als wegweisend. So war in Tunesien Polygamie offiziell verboten und die Frau dem Mann gleichgestellt; zumindest beinahe. Die Regierung verstand sich zudem als säkular: Angestellten des öffentlichen Sektors war das Tragen von Kopftüchern verboten, und der Besuch von Moscheen war verpönt. Diese Haltung war natürlich auch als Maßnahme gedacht, die islamistische Opposition in Schach zu halten; und die Repression gegen Islamisten war brutal.¹¹ Allerdings unterschieden sich die Maßnahmen deutlich von denen anderer Militärregime: Die ägyptische Regierung etwa bekämpfte die islamistische Opposition mit Waffengewalt, bemühte sich aber zugleich um ein frommes Image.¹² Die Regierung von Ben Ali hingegen war auf ihr Image in Europa bedacht und setzte alles daran, möglichst modern und liberal zu wirken. Die Stärkung der Frauenrechte zählte daher zu ihren Prioritäten. Folglich spielten Frauen in Tunesien im öffentlichen Leben und in der Gesellschaft eine deutlich sichtbarere und einflussreichere Rolle. Fragt man Passanten auf der Straße von Tunis nach dem Grund für Tunesiens Erfolge in der Arabellion, nennen viele als erstes den Faktor „Frau“. „Unsere Frauen sind stark, sie haben die Revolution in die richtige Richtung gelenkt. Ohne sie wäre alles anders gekommen“, so ein älterer Herr im Anzug.

Dass die Frauen so präsent sind, liegt aber natürlich nicht nur an der Großzügigkeit, mit

der das alte Regime Frauenrechte gestärkt hat. Tunesien zeichnet sich durch eine besonders aktive Zivilgesellschaft aus, obwohl sie es auch hier in der Zeit vor 2010 schwer hatte. Die Regierung setzte zunächst auf ein Einparteiensystem, welches nur allmählich aufgelockert wurde. Organisationen der Zivilgesellschaft hatten nur wenig Spielraum. Trotz allem war dieser in Tunesien um einiges größer als in den Nachbarstaaten: In den 1970er und 1980er Jahren entwickelte sich an den Universitäten eine Studentenbewegung, aus der auch die islamistische Bewegung hervorging, die sich unter anderem 1981 in der Ennahda-Partei formierte. Im Gegensatz zur ägyptischen Muslimbruderschaft ist Ennahda jedoch weniger dogmatisch und damit kompromissbereiter.¹³ Die Studentenbewegung brachte ebenso eine nicht-islamistische Bewegung hervor, bei der Frauen eine wichtige Rolle spielten. Obwohl die Gewerkschaften in Tunesien wie in den meisten anderen Staaten der Arabellion unter staatlicher Kontrolle standen, konnte sich hier eine starke Bewegung innerhalb der Gewerkschaft bilden, die vor, während und nach dem Sturz von Ben Ali zu einer treibenden Kraft avancierte.¹⁴ So trug der Gewerkschaftsdachverband (UGTT) zur politischen Mobilisierung bei und griff ein, als 2013 unter der von Ennahda geführten Regierung die politischen Spannungen das Land in eine schwere Krise führten und der Prozess zur Verfassungsgebung zu scheitern drohte. Die UGTT zwang die Parteien zur Zusammenarbeit: Ihr gelang es im entscheidenden Moment, die wichtigsten politischen Kräfte an einen Tisch zu bringen; dies glückte unter anderem, weil sich die politischen Akteure bereits lange persönlich kannten. Viele kamen nicht nur von den gleichen Universitäten, auch hatten sich viele schon 2005 als „Bewegung des 18. Oktober“ zusammengetan, um gemeinsam von der Regierung mehr Freiheit und Mitbestimmungsrechte einzufordern. Sowohl in der Gewerkschaft als auch in der „Bewegung des 18. Oktober“ waren Frauen beteiligt.

11 Vgl. Mongi Serbajj, Die Kultur der Menschenrechte und ihre Feinde in der Arabischen Welt, in: Sarhan Dhouib (Hrsg.), Demokratie, Pluralismus und Menschenrechte. Transkulturelle Perspektiven, Weilerswist 2014, S. 211–225.

12 Dazu auch: Julia Gerlach, Wir wollen Freiheit. Der Aufstand der Arabischen Jugend, Freiburg/Br. 2011.

13 Vgl. Richard P. Mitchell, The Society of the Muslim Brothers, Oxford 1993; Muhammad Sameer Murtaza, Die Muslimbrüder. Geschichte und Ideologie, Wiesbaden 2011.

14 Siehe Hans-Peter Mattes, Gewerkschaften in Nordafrika und Nahost. Unterschiedliche Ziele seit dem Jahr 2011, GIGA Focus 7/2014.

FRAUEN EINIGEN, SIE SPALTEN ABER AUCH

Genauso wie Frauen durch ihre politische Tätigkeit einen wichtigen Beitrag zum Ausbruch der Revolution leisteten, und wie sie während der Proteste 2011 dazu beitrugen, dass die Revolution vergleichsweise friedlich verlief – nicht zuletzt, weil es den Sicherheitskräften schwerer fiel, brutal gegen Frauen vorzugehen –, genauso spaltete das Thema „Frauen“ bereits kurz nach dem Sturz Ben Alis die Nation.¹⁵ „Wir verstrickten uns in eine komplett sinnlose und völlig überflüssige Kontroverse, welche Rolle der Islam in der Zukunft Tunesiens spielen sollte, und diese Kontroverse wurde vor allem an der Frauenfrage ausgetragen“, so Sayida Ounissi. Die 29-Jährige sitzt für die Ennahda-Partei im 2014 gewählten Parlament. Tatsächlich entbrannte darüber schon vor der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung 2011 ein heftiger Streit.¹⁶ Dies hatte damit zu tun, dass die islamistische Bewegung, die sich zunächst nicht an den Protesten gegen Ben Ali beteiligt hatte, nach seinem Sturz verstärkt nach Macht strebte. Die Ennahda-Partei war jahrzehntelang verboten und ihre Mitglieder tauchten nun aus dem Untergrund auf beziehungsweise kehrten aus dem Exil zurück. Die Partei formierte sich neu und gewann schnell Einfluss und Anhänger. Das gleiche galt für die weitaus radikaleren Salafisten, die ihre Gegner mit aufgeheizten Reden und Angriffen bedrohten. Die Islamisten hatten das Gefühl, dass nun ihre Stunde gekommen sei. Die Vorhersage vieler politischer Beobachter, dass die Islamisten die größte Oppositionsgruppe stellen und am ehesten in der Lage sein würden, Wahlen zu gewinnen und die Regierung zu bilden, schien sich zu bewahrheiten.

Die Islamisten erklärten das Personenstandsrecht von 1956 zum Ausdruck der Diktatur, dass es ebenso zu stürzen gelte. Statt des oktroyierten Säkularismus sollte sich nun der Islam entfalten können, schließlich seien die Tunesier ein muslimisches Volk. Während die Aufhebung des Kopftuchverbots auch von vielen aus den ande-

ren politischen Lagern begrüßt wurde, da es die Selbstbestimmung der Frauen fördere, kam es zu einem Streit über die Rolle der Frau in der Gesellschaft und darüber, wie diese Rolle in der Verfassung festzuschreiben sei. Angeheizt wurde die Diskussion durch Einwürfe besonders radikaler Salafisten, die laut über die Wiedereinführung des Rechts auf Polygamie nachdachten. Über die Frage, ob Frauen den Männern gleichgestellt sind oder sich Mann und Frau in ihren Rechten und Pflichten ergänzen, wurde mehr als ein Jahr lang erbittert gestritten. Die Diskussion war von Angst geprägt: Viele Frauen fürchteten um ihre Freiheit und hatten Grund zur Sorge, dass Tunesien seinen Sonderstatus als Land mit besonders ausgeprägten Frauenrechten verlieren könnte, wenn die islamistischen Parteien weiter an Macht gewinnen würden. Entsprechend heftig waren in dieser Zeit die Proteste der Frauen. Nicht selten kam es dabei zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit islamistischen Gruppen. Rückblickend betrachtet, kann Ounissi darüber nur den Kopf schütteln: „Es war absurd, statt sich um die eigentlich entscheidenden Fragen zu kümmern, haben sich die Abgeordneten die Köpfe wegen der Stellung der Frau eingeschlagen. Fast wäre unser Neuanfang deswegen gescheitert“, so Ounissi. Sie zählt sich selbst zu einer neuen Generation: „Wir waren ja noch sehr jung, als 2010 die Revolution begann. Wir haben den Neuanfang zu Beginn nur beobachtet und bei allem Respekt: Die haben ganz schön viele Fehler gemacht. Das gilt auch für meine Kollegen von Ennahda“, sagt sie. Immerhin könnte man aus diesen Fehlern lernen; heute sei die Herangehensweise der politischen Kräfte deutlich effektiver, verantwortungsbewusster und pragmatischer.

SCHICKSALSSOMMER 2013

Um diese Einschätzung richtig einzuordnen, lohnt wiederum ein Rückblick auf das Jahr 2013, diesmal aus Sicht der Ennahda-Partei. Seit ein- einhalb Jahren regierte damals die sogenannte Troika-Regierung, eine Koalitionsregierung unter Führung der Ennahda. Es zeichnete sich ab, dass sie nicht in der Lage war, die politischen und wirtschaftlichen Probleme Tunesiens zu lösen. Zudem hatte es zwei Morde gegeben: Chokri Belaid und Mohamed Brahmi, angesehene nicht-islamistische Politiker, waren getötet worden, und

15 Vgl. Bassam Barrakat, *The Women Behind Tunisia's Revolution*, 15. 1. 2015, www.alaraby.co.uk/english/features/2015/1/16/the-women-behind-tunisia-revolution.

16 Vgl. Shadi Hamid, *Islamic Exceptionalism. How the Struggle over Islam is Reshaping the World*, New York 2016.

die Täter wurden unter den Islamisten vermutet. So formierte sich eine Protestbewegung gegen die Ennahda, mit Rückenwind aus Ägypten. Nach dem Vorbild der dortigen Tamarod-Bewegung wurde auch in Tunesien zur Absetzung der islamistischen Regierungspartei mobilisiert. Doch der große Knall konnte verhindert werden. Unter Vermittlung des sogenannten Dialog-Quartetts wurde ein Kompromiss ausgehandelt, eine Deadline für die Fertigstellung der Verfassung aufgestellt und später auch eine überparteiliche Technokratenregierung eingesetzt.

„Man muss sagen, dass sich nicht nur Tunesien in den vergangenen fünf Jahren stark verändert hat: Auch die Ennahda-Partei, ihre politischen Ziele und vor allem die Art und Weise, wie sie Politik macht, haben sich gewandelt“, so Ounissi. „Wir sind sehr viel pragmatischer und weniger ideologisch geworden.“ Die Frauenfrage werde in der Partei inzwischen deutlich entspannter gesehen. „Dazu haben nicht zuletzt auch die Ennahda-Frauen beigetragen“, so Ounissi. Dies zeige sich auch darin, dass sie bei ihrem Parteitag im Mai 2016 beschlossen hat, sich zukünftig den Beinamen „Muslimische Demokraten“¹⁷ zu geben. Damit will die Partei dem in der Presse und Literatur verbreiteten Label des „moderaten Islamismus“ etwas entgegensetzen. Beim Verhältnis von Religion und Politik will sie ebenfalls klare Kante zeigen: So wird die Ennahda zu einer eindeutig politischen Partei erklärt, religiöse Würdenträger, Prediger und auch nur solche, von denen man eine solche Rolle in der Öffentlichkeit vermutet, sollen zukünftig in der Partei nichts mehr verloren haben.

Auch bezüglich der rechtlichen Situation von Frauen ist Tunesien dabei, wieder einmal eine Vorreiterrolle einzunehmen: Derzeit wird von einem Ausschuss des Parlaments, in dem stolze 31 Prozent der Abgeordneten Frauen sind,¹⁸ ein

Gesetz vorbereitet, das häusliche Gewalt unter Strafe stellt. „Wir wollen möglichst umfassenden Schutz für die Frauen bieten, daher soll nicht nur Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt werden. Schließlich leben viele Frauen mit einem Partner, ohne verheiratet zu sein“, beschreibt Ounissi, die selbst in dem Parlamentsausschuss sitzt. Allein die Diskussion löse bei vielen Konservativen und Islamisten schon Entsetzen aus: „Für sie ist es unvorstellbar, dass man auch nur darüber diskutieren kann, geschweige denn, dass der Gesetzgeber den Lebenswandel solcher Frauen durch ein solches Gesetz indirekt anerkennt. Es gibt aber auch viel Zustimmung“, sagt Ounissi. „Da kann man einmal sehen, wie sehr sich unsere Gesellschaft weiterentwickelt hat.“

Gut fünf Jahre nach Beginn der Revolution in Tunesien sind längst nicht alle Ziele erreicht, für die 2011 demonstriert wurde, viele Herausforderungen stehen noch bevor. Klar ist aber: Der Erfolg kann sich sehen lassen, und Frauen haben entscheidend dazu beigetragen, dass es so gekommen ist.

¹⁷ Vgl. Sayida Ounissi/Monika Marks, Ennahda from Within: Islamists or Muslim Democrats, A Conversation, März 2016, www.brookings.edu/research/papers/2016/03/ennahda-islamists-muslim-democrats-ounissi; Monika Marks, Tunisia's Ennahda: Rethinking Islamism in the Context of ISIS and the Egyptian Coup, Brookings Working Paper August/2015; dies., Islam and Democracy: What's the Problem?, 3. 6. 2016, www.aljazeera.com/programmes/upfront/2016/06/islam-democracy-problem-160603110712108.html.

¹⁸ Vgl. Conor McCormick-Cavanagh, Tunisian parliament passes gender parity bill for local elections, 16. 6. 2016, www.middleeasteye.net/news/tunisian-parliament-passes-bill-set-bring-more-women-power-1706934906.

JULIA GERLACH

ist Journalistin und Buchautorin. Zuletzt erschien „Der verpasste Frühling. Woran die Arabellion gescheitert ist“ (2016).

WAR LIBYENS ZERFALL VORHERSEHBAR?

Wolfram Lacher

Der Staatszerfall, die fortwährenden Konflikte zwischen immer neuen Allianzen bewaffneter Gruppen, die Ausbreitung des sogenannten Islamischen Staates (IS): War das alles vorhersehbar? Heute, fünf Jahre nach der NATO-Intervention in Libyen, wollen es viele Kommentatoren schon damals vorhergesehen haben. Drei gängige Erklärungsmuster für das Chaos in Libyen kursieren: *Erstens*, die Intervention sei in Unkenntnis der gesellschaftlichen Gegebenheiten und ohne einen Plan für die Zeit nach Muammar al-Gaddafi beschlossen worden. Gaddafi habe gesellschaftliche Konflikte jahrzehntelang mit eiserner Hand unter Kontrolle gehalten. Diese seien zwangsläufig eskaliert, nachdem mit seinem Sturz auch die staatlichen Institutionen und Sicherheitskräfte kollabierten.⁰¹ *Zweitens*, der Westen habe Libyen nach der Intervention alleine gelassen und tatenlos zugesehen, wie die gewählten Instanzen vom Konkurrenzkampf der Milizen außer Kraft gesetzt wurden.⁰² *Drittens*, der Übergangsprozess nach der Intervention sei am Herrschaftswillen und der Gewaltbereitschaft islamistischer Gruppen gescheitert.⁰³

Die letzteren beiden Argumente können rasch abgehandelt werden. Nach der Intervention gab es keine Alternative zum Rückzug des Westens. Eine internationale Stabilisierungsmission kam weder 2011 noch in den darauffolgenden Jahren infrage, denn ein solches Eingreifen wäre auf breite Ablehnung gestoßen und hätte den Kollaps des politischen Prozesses stark beschleunigt. Dahingehende Ideen wurden deshalb auch vom Nationalen Übergangsrat Libyens schon in der Endphase der Intervention stetig zurückgewiesen. Unterstützungsversuche gab es von westlicher Seite zuhauf, insbesondere im Sicherheitssektor. Sie scheiterten jedoch an der Paralyse der sich einander ablösenden Übergangsregierungen, innerhalb derer die Vertreter von politischen Netzwerken, Städten und Milizen sich einen harten Konkurrenzkampf lieferten.⁰⁴ Keine der Regie-

rungen betrieb auch nur ansatzweise einen Wiederaufbau einheitlicher Strukturen im Sicherheitssektor, den der Westen hätte unterstützen können.

Analysen, die islamistischen Gruppierungen die alleinige oder vornehmliche Schuld für das Scheitern des Übergangsprozesses in die Schuhe schieben wollen, geben ein verzerrtes Bild der Entwicklungen wider. Libyens islamistische Bewegungen sind derart divers in ihrer ideologischen Orientierung, ihrer sozialen Basis und ihren politischen Taktiken, dass ihre Pauschalisierung als „Islamisten“ irreführend ist. Wenngleich libysche Politiker ihre Gegner oftmals kurzerhand als Islamisten abstempeln, verliefen die tatsächlichen Konfliktlinien nie zwischen islamistischen und säkularen Kräften. Zudem ist die Verantwortung für die Spirale der Gewalt über das gesamte politische Spektrum verteilt. Selbsterklärte Islamistengegner haben in mehreren Schlüsselmomenten der libyschen Tragödie eine Hauptrolle gespielt: Die Versuche bewaffneter Autonomiebefürworter, die Wahlen vom Juli 2012 im Osten des Landes zu verhindern, waren der erste Einsatz von Gewalt zur Beeinflussung des Übergangsprozesses; dass der Übergangsrat auf diesen Druck mit Konzessionen reagierte, schaffte einen verhängnisvollen Präzedenzfall. Die monatelange Blockade der wichtigsten Erdöl-Exporthäfen durch den Milizenführer Ibrahim Jadran Ende 2013 und Anfang 2014 trug maßgeblich zum Scheitern des politischen Prozesses bei. Und die Ausrufung einer abtrünnigen Armeeführung unter dem pensionierten General Khalifa Haftar stellte im Mai 2014 den entscheidenden Schritt zur Spaltung der staatlichen Institutionen dar, die bis heute nicht überwunden ist.

SUCHE NACH DEN URSACHEN

Nähere Betrachtung verdient das Argument, westliche Entscheidungsträger hätten die Zentrifugalkräfte, die eine Intervention freisetzen wür-

de, stark unterschätzt. Darüber wird in den USA heftig polemisiert, was mit dem anstehenden Präsidentschaftswahlkampf der damaligen Außenministerin und Interventionsbefürworterin Hillary Clinton zusammenhängt.⁰⁵ Fernab dieser politisierten Debatte aber ist fraglich, ob Libyens Zerfall tatsächlich eine zwangsläufige Folge der Intervention war. Genauer ausgedrückt: War es nicht nur unausweichlich, dass die lose Koalition revolutionärer Kräfte nach dem Sturz Gaddafis auseinanderbrechen würde, sondern auch, dass sich nach ihrem Untergang keine neue Koalition politischer Kräfte bildete, die den Staat vor dem Kollaps hätte bewahren können? War es unausweichlich, da Resultat gesellschaftlicher Konflikte, die schon im Frühjahr 2011 sichtbar waren – oder gar eine zwangsläufige „Rückkehr zu den Feindschaften der Vergangenheit“?⁰⁶

Erkennbar war sicherlich schon im Verlauf des Konflikts 2011, dass westliche Entscheidungsträger den Zusammenhalt der revolutionären Kräfte und das Durchsetzungsvermögen ihrer politischen Führung überschätzt hatten – allerdings noch kaum im kurzen Zeitfenster zwischen dem Beginn der Proteste am 16. Februar und dem Beginn der Intervention am 19. März.⁰⁷

01 Vgl. Scott Shane/Jo Becker, A New Libya, with „Very Little Time Left“, in: *New York Times*, 28.2.2016.

02 Vgl. What Obama Botched in Libya, in: *Washington Post*, 5.5.2014; Shadi Hamid, Everyone Says the Libya Intervention Was a Failure. They're Wrong, 5.4.2016, www.vox.com/2016/4/4/11363288/libya-intervention-success.

03 Vgl. Ethan Chorin, Setting the Record Straight on Benghazi, 10.2.2016, <https://foreignaffairs.com/articles/libya/2016-02-10/setting-record-straight-benghazi>; Joseph Walker-Cousins, Islamists are Leading Libya to Annihilation – and the West is Letting Them, in: *The Guardian*, 13.3.2015; Hanspeter Mattes, Libya since 2011: Political Transformation and Violence, in: *Middle East Policy* 2/2016, S. 59–75.

04 Vgl. Derek Chollet/Ben Fishman, Who Lost Libya?, in: *Foreign Affairs* 3/2015, S. 154–157; Florence Gaub, A Libyan Recipe for Disaster, in: *Survival* 1/2014, S. 101–120.

05 Vgl. Benjamin Friedman, No, the Libya Intervention Wasn't a Humanitarian Success, 7.4.2016, <http://nationalinterest.org/bloc/the-skeptics/no-the-libya-intervention-wasnt-humanitarian-success-15710>; Scott Shane/Jo Becker, Hillary Clinton, „Smart Power“ and a Dictator's Fall, in: *New York Times*, 27.2.2016.

06 Yasmina Khadra, How the West Broke Libya and Returned it to the Hatred of the Past, 22.10.2015, www.theguardian.com/commentisfree/2015/oct/22/how-west-broke-libya-gaddafi-national-unity.

07 Vgl. Wolfram Lacher, Die libysche Revolution. Alte Eliten und neue politische Kräfte, in: Muriel Asseburg (Hrsg.), *Proteste, Aufstände und Regimewandel in der Arabischen Welt*, Berlin 2011, S. 11–13.

Der Nationale Übergangsrat, der sich Ende Februar in Bengasi gebildet hatte und dessen weltgewandte Vertreter westliche Regierungen von der Notwendigkeit einer Intervention zu überzeugen suchten, verlor rasch die Kontrolle über die bewaffneten Gruppen, die sich in den revolutionären Hochburgen für den Kampf gegen das Regime formierten. Die revolutionären Verbände organisierten sich fast ausschließlich auf lokaler Ebene, auf der Basis einzelner Städte oder Stadtviertel, und waren stark von lokalen Identitäten geprägt. In Misrata und den Nafusa-Bergen arbeiteten übergelaufene Militärs und bewaffnete Zivilisten in solchen lokalen Verbänden eng zusammen. Im Osten des Landes dagegen, wo sich ganze Armeeeinheiten der Rebellion angeschlossen hatten, war das Verhältnis zwischen revolutionären Kämpfern und Offizieren oft von starkem Misstrauen geprägt.

Im Übergangsrat selbst traten schon bald Spannungen zwischen übergelaufenen Regimevertretern und langjährigen Mitgliedern der Exilopposition, darunter auch Islamisten, auf. Waffenlieferungen durch die Golfstaaten und westliche Regierungen trugen zur Zersplitterung der revolutionären Kräfte bei, da sie nicht über eine zentrale Stelle im Übergangsrat geleitet wurden. Stattdessen knüpften konkurrierende Netzwerke im Übergangsrat und die Führer lokaler revolutionärer Hochburgen jeweils privilegierte Beziehungen mit einzelnen Staaten, darunter Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Sudan.⁰⁸ Westliche Entscheidungsträger unterschätzten dagegen lange das Ausmaß der Unterstützung für das Gaddafi-Regime, das erst in den letzten Monaten des Konflikts deutlicher wurde, als revolutionäre Verbände an Nachbargemeinden Rache übten, die sie kollektiv als regimeloyal brandmarkten.

Angesichts der starken Spannungen und dem fehlenden Integrationsdruck innerhalb der revolutionären Kräfte während des nur achtmonatigen Krieges kann es kaum verwundern, dass das revolutionäre Bündnis in jenem Moment zu bröckeln begann, in dem sein gemeinsames Ziel erreicht war: der Sturz Gaddafis. Dies zeigte sich schon bald nach dem Fall von Tripolis im August 2011, als jegliche Versuche des Übergangsrats

08 Vgl. Peter Cole/Umar Khan, *The Fall of Tripoli*, in: Peter Cole/Brian McQuinn (Hrsg.), *The Libyan Revolution and its Aftermath*, London 2015, S. 55–79.

scheiterten, die zahlreichen bewaffneten Gruppen unterschiedlicher Herkunft einer zentralen Führung zu unterstellen. Von einer Zentralmacht konnte nach dem Sturz des Regimes, der mit dem Kollaps des Sicherheitsapparats und der Plünderung staatlicher Arsenale einherging, keine Rede mehr sein. Ohne den Sicherheitsapparat war der Staat mit seinem enormen Ölreichtum nur noch eine Beute, um die sich die ehemaligen Komponenten der revolutionären Allianz rissen. Sämtliche Regierungen, die in der Folge gebildet wurden – angefangen mit der Amtszeit Abdurrahim al-Kibis zwischen November 2011 und 2012 – waren Sammelsurien verschiedenster Interessengruppen. Die Vertreter militärisch einflussreicher Städte oder Netzwerke nutzten ihre Position innerhalb der Regierung, um ihre Fraktionen mit Hilfe staatlicher Ressourcen zu stärken. Schutzlose Technokraten waren den Forderungen bewaffneter Gruppen unmittelbar ausgesetzt.

Ende 2011 begann die Regierung mit der fatalen Praxis, die bewaffneten Verbände in Sold zu stellen, in quasistaatliche Sicherheitsinstitutionen einzugliedern und dem Innen- oder Verteidigungsministerium zu unterstellen. Die Folgen waren ein exponentielles Wachstum bestehender Verbände, die Formierung zahlreicher neuer Einheiten und ein Konkurrenzkampf um die Kontrolle dieser Prozesse.⁹⁹ Gruppierungen, die eine militärische Präsenz in Tripolis hatten und direkten Einfluss auf Regierungsentscheidungen ausüben konnten, waren in diesen Verteilungskämpfen besonders gut platziert. Anderswo im Land begannen lokale Eliten und Milizenführer, die sich in diesem Konkurrenzkampf benachteiligt sahen, Druck auf die Regierung auszuüben, indem sie Teile der Erdölinfrastruktur blockierten.¹⁰⁰ Ausgeschlossen waren dagegen Städte und Stämme, die von den miteinander konkurrierenden revolutionären Fraktionen als regimetreu gebrandmarkt wurden. Sie litten zudem unter der militärischen Übermacht der ehemaligen revolutionären Hochburgen, die sich in zahlreichen lokalen Konflikten äußerte.

Die Auflösung des revolutionären Bündnisses in Verteilungskämpfen spiegelte sich auch in dem

im Juli 2012 gewählten Allgemeinen Nationalkongress wider: Bestehende Parteien gab es nicht, und fast keine Partei, die sich im Vorfeld der Wahlen neu bildete, war regional, geschweige denn landesweit organisiert. Ein Wahlsystem, das vorgeblich parteilosen Vertretern einzelner Wahlkreise mehr als die Hälfte aller Sitze zugestand, trug ebenfalls zur Zersplitterung des Parlaments bei. Entsprechend langwierig war die Entscheidungsfindung und Paralyse der Normalfall. Die größte Fraktion, die Allianz Nationaler Kräfte Mahmud Dschibrils, sah sich aufgrund ihres mangelnden internen Zusammenhalts außerstande, ihre zahlenmäßige Überlegenheit in eine Führungsrolle zu übertragen. Es gelang ihr allenfalls, die völlige Dominanz ihrer Gegner zu verhindern. Letztere stellten ein loses Bündnis zwischen Islamisten und Vertretern revolutionärer Hochburgen dar, die vor allem das gemeinsame Ziel verband, Vertreter des alten Regimes von der politischen Teilhabe auszuschließen.¹¹ Alle Gruppierungen im Nationalkongress waren eng mit bewaffneten Gruppen verbunden, die immer drastischer Gewalt einsetzten, um auf das Parlament oder die Regierung einzuwirken, was das politische Klima zunehmend vergiftete. Im Sommer 2013 begann Dschibril Fraktion – zunächst mit einem Boykott des Parlaments, später mit der Mobilisierung von Demonstrationen – auf den Sturz des Nationalkongresses und Neuwahlen hinzuarbeiten.

NATIONALER MACHTKAMPF

Während die staatlichen Institutionen von Verteilungskämpfen und Zersplitterung paralyziert wurden, geriet die Sicherheitslage immer mehr außer Kontrolle: In einigen Städten gewannen dschihadistische Gruppen an Einfluss, und in Bengasi kam es zu einer Mordserie an Offizieren des alten Militärs und Sicherheitsapparats.¹² Konflikte zwischen bewaffneten Gruppen, die sich jeweils auf Basis einzelner Städte oder Stämme organisierten, flackerten immer häufiger auf. In Tripolis selbst äußerten sich die Machtkämpfe in immer dreisteren Angriffen auf Regierungseinrichtungen, wodurch insbesondere Milizen aus

99 Vgl. Wolfram Lacher/Peter Cole, *Politics by Other Means. Conflicting Interests in Libya's Security Sector*, Small Arms Survey Working Paper 20/2014.

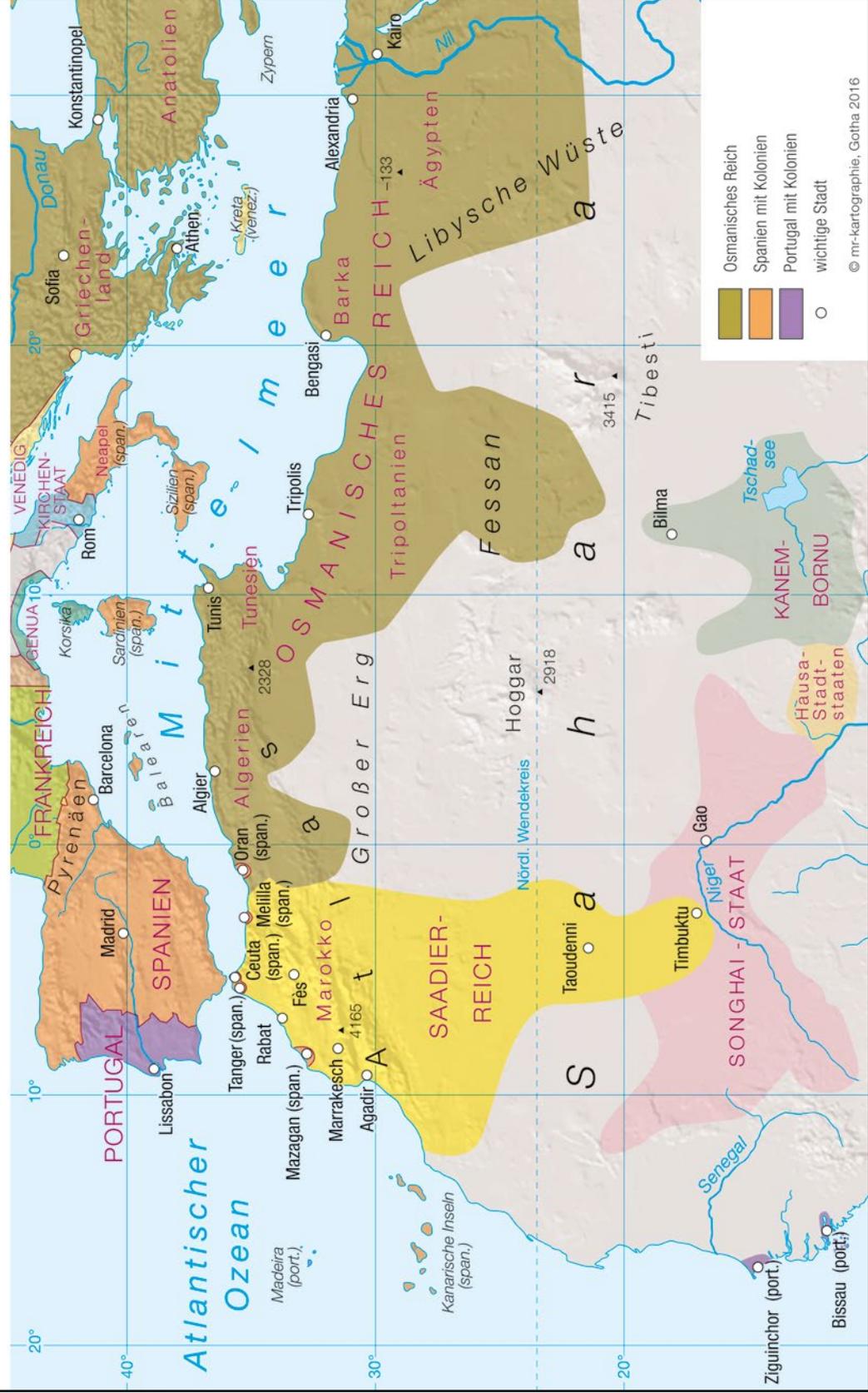
10 Vgl. International Crisis Group, *The Prize. Fighting for Libya's Energy Wealth*, Middle East and North Africa Report 165/2015.

11 Vgl. Wolfram Lacher, *Bruchlinien der Revolution. Akteure, Lager und Konflikte im neuen Libyen*, SWP-Studie 5/2013.

12 Vgl. Frederic Wehrey, *The Battle for Benghazi*, in: *The Atlantic*, 28.2.2014, www.theatlantic.com/international/archive/2014/02/the-battle-for-benghazi/284102.

Nordafrika 1607

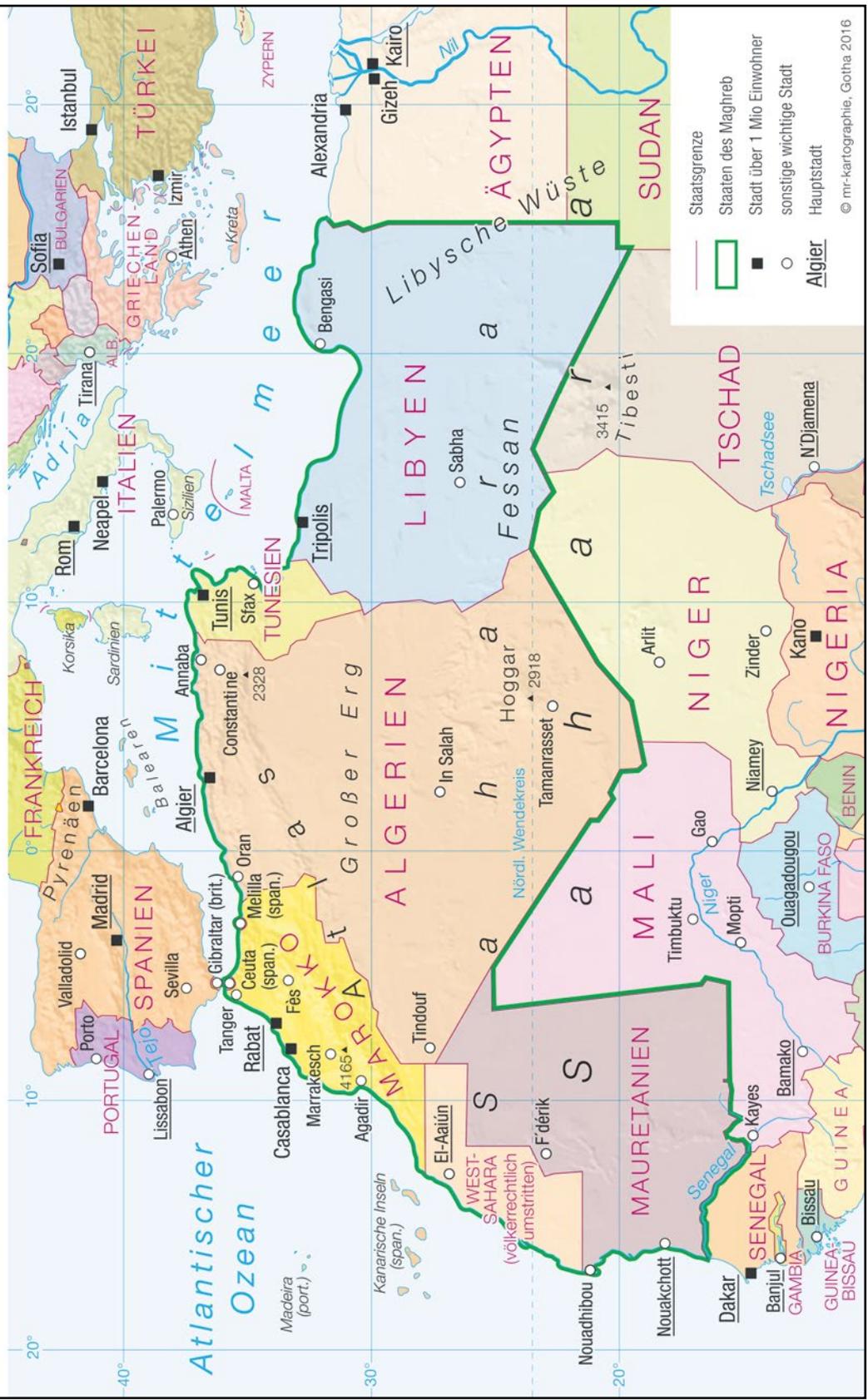
0 1000 km 1 : 26 000 000



- Osmanisches Reich
- Spanien mit Kolonien
- Portugal mit Kolonien
- wichtige Stadt

Nordafrika 2016

0 1000 km 1 : 26 000 000



© mr-kartographie, Gotha 2016

Misrata und Zintan in Rivalität gerieten. Erstere bildeten den militärische Arm eines Bündnisses, das sich die Verteidigung der Revolution gegen vermeintliche Umsturzversuche auf die Fahnen geschrieben hatte; letztere betrieben gemeinsam mit Dschibrils Partei die Auflösung des Nationalkongresses.

Da die Konfliktakteure zunehmend nach Verbündeten suchten, verwoben sich die ursprünglich weitgehend separaten Konflikte um den Einfluss in staatlichen Institutionen, die Kontrolle in Tripolis, die Mordserien in Bengasi und lokale Auseinandersetzungen allmählich in einen nationalen Machtkampf zwischen zwei breiten gegnerischen Lagern. Der politische Prozess kollabierte schließlich im Mai 2014 mit dem Beginn einer Offensive des rebellierenden Armeegenerals Khalifa Haftar gegen mehrere dschihadistische und nicht-islamistische Milizen in Bengasi und dem zeitgleichen Angriff von Milizen aus Zintan auf den Nationalkongress in Tripolis. Auch die Wahlen zum Repräsentantenhaus im Juni 2014 konnten keine friedliche Beilegung des Konflikts mehr bewerkstelligen. Im Juli attackierte eine von Milizen aus Misrata angeführte Allianz Stellungen von Zintan in Tripolis, womit ein etwa einjähriger Bürgerkrieg begann.

Der Bürgerkrieg zwischen 2014 und 2015 schien zunächst eine Polarisierung in zwei gegnerische Lager zu bewirken. Die Mehrheit des Repräsentantenhauses trat in der ostlibyschen Stadt Tobruk zusammen und unterstützte Haftar sowie die Regierung von Abdallah al-Thinni, die von Tripolis in den Osten des Landes geflüchtet war. Die von Milizen aus Misrata angeführte Allianz bildete in Tripolis eine neue Regierung, die sich auf einen Teil des Nationalkongresses stützte. In der internationalen Berichterstattung wurde das in Tripolis vorherrschende Lager kurzerhand als islamistisch bezeichnet und die den Osten dominierende Allianz als islamistenfeindlich.

Tatsächlich aber entzogen sich beide Bündnisse der Kategorisierung.¹³ Auf beiden Seiten hatten sich ideologische Gruppierungen mit den Vertretern bestimmter Städte und Stämme zusammengetan. Es waren vor allem taktische Allianzen, die pragmatische Geschäftsleute aus Mis-

rata mit Dschihadisten in Bengasi verbanden oder Haftar und die einstigen Revolutionäre aus Zintan mit den Offizieren des alten Regimes. Klare Linien gab es nicht: So spielte etwa in Haftars Militäroperation in Bengasi auch eine Salafistenmiliz eine wichtige Rolle. Ebenso wenig handelte es sich um einen Konflikt zwischen Ost- und Westlibyen: In beiden Regionen gab es sowohl gegnerische Lager als auch Rivalitäten innerhalb der jeweiligen Lager. Zwar setzte sich das im Osten dominante Lager immer stärker von den Kräften in Westlibyen ab, Forderungen nach regionaler Autonomie oder gar Abspaltung wurden gang und gäbe, und Anfeindungen von Familien, die vor Jahrzehnten oder auch Jahrhunderten aus Westlibyen in den Osten gekommen waren, häuften sich. Doch war auch der Osten zu stark zersplittert, um Nährboden für eine erfolgreiche Autonomiebewegung zu bieten.

Schon bald zeigte sich, dass die beiden Lager nur vorübergehende Erscheinungen gewesen waren. Die Regierungen in Tripolis und al-Baida, beide weitgehend mittellos, entwickelten sich nie zu Entscheidungszentren ihrer Allianzen, denn die bewaffneten Gruppen bewahrten ihre Autonomie. Die sich ab Anfang 2015 einstellende militärische Pattsituation und die Vermittlungsbemühungen unter Ägide der UN führten dazu, dass sich auf beiden Seiten verhandlungsbereite von unnachgiebigen Kräften absonderten. Die Verhandlungen erwiesen sich als äußerst zäh. Die beiden Verhandlungsparteien, Nationalkongress und Repräsentantenhaus, waren zu stark gespalten, um eine einheitliche Position einnehmen zu können. Die unzähligen bewaffneten Gruppen wurden erst gar nicht am Verhandlungsprozess beteiligt.

Als im Dezember 2015 unter starkem westlichen Druck ein Abkommen zur Bildung einer Einheitsregierung geschlossen wurde, unterzeichneten es Einzelpersonen ohne offizielles Mandat von Nationalkongress oder Repräsentantenhaus. Die Billigung des Abkommens und der Regierung durch das Repräsentantenhaus ist auch in den Folgemonaten ausgeblieben. Mit dem Boykott der Regierung durch mehrere ihrer eigenen Mitglieder hat das Abkommen schon bald wieder zu bröckeln begonnen. Zwar ist es der Regierung unter Fajis al-Sarradsch gelungen, ab April 2016 in Tripolis schrittweise die Amtsgeschäfte aufzunehmen, doch übt sie de facto weder in Tripolis noch anderswo im Land Autorität

¹³ Vgl. Patrick Haimzadeh, Libyen – der zweite Bürgerkrieg, in: *Le Monde Diplomatique* 4/2015, S. 1–4; International Crisis Group, *Libya: Getting Geneva Right*, Middle East and North Africa Report 157/2015.

aus. Aus dem Repräsentantenhaus, der Kommandostruktur Haftars, sowie mehreren Städten und Regionen kommt weiterhin hartnäckiger Widerstand. Zentralbank, Militärführung und andere Institutionen sind weiter gespalten. Eine Reihe von Milizenführern hat sich in die Regierung einbinden lassen, um ihre eigene Position gegenüber lokalen Rivalen zu stärken. Damit hat die Regierung al-Sarradsch aber nur einzelne Figuren unter einer Vielzahl militärischer Akteure an sich gebunden.

Noch stärker als die Regierungen vor dem Bürgerkrieg 2014 ist die sogenannte Einheitsregierung von den gegensätzlichen Interessen miteinander konkurrierender Gruppierungen gezeichnet, die sich in ihr wiederfinden. Dass diese unterschiedlichen Kräfte gemeinsam den Wiederaufbau des Sicherheitsapparats und die Wiederherstellung staatlicher Autorität verfolgt werden, ist nahezu ausgeschlossen.

LOKALISMUS UND FRAGMENTIERUNG

Die vorangegangene Skizze der Entwicklungen vom Sturz des Regimes bis heute lässt darauf schließen, dass das Chaos in Libyen auf die Zersplitterung der politischen Landschaft zurückzuführen ist. Fragmentierung erscheint als der entscheidende Faktor hinter dem Auseinanderbrechen der revolutionären Allianz nach 2011, hinter dem Scheitern aller Versuche eine solide Elitenkoalition zu bilden und so die staatliche Zentralmacht wieder herzustellen sowie hinter der Erfolglosigkeit der Bemühungen um eine tragfähige Verhandlungslösung.

War die Entstehung dieser zersplitterten politischen Landschaft vorhersehbar? Libyens historisches Erbe sowie politische und gesellschaftliche Strukturen boten zweifellos die dafür nötigen Voraussetzungen. Der erst 1951 gebildete libysche Staat war schon unter der Monarchie, 1951 bis 1969, durch die Konkurrenz lokaler Eliten zu chronischer Instabilität verurteilt gewesen. Anschließend hatten Gaddafis Herrschaftsstrategien die Entwicklung einer nationalen Zivilgesellschaft und politischer Parteien ebenso verhindert wie die Bildung staatlicher Institutionen, die den Sturz des Regimes hätten überleben können. Die offizielle Ideologie war vom Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen geprägt, und tatsächlich überließ der Staat vielerorts die Schlichtung von Rechtsstreitigkeiten und selbst

Kapitalverbrechen dem Gewohnheitsrecht.¹⁴ Gleichzeitig manipulierte Gaddafi Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen, instrumentalisierte Stammesstrukturen für politische Zwecke und verankerte das Prinzip kollektiver Verantwortung von Familien, Städten und Stämmen für regimefeindliche Aktivitäten ihrer Angehörigen in staatlichem Recht. Der Kern des Sicherheitsapparats bestand aus Einheiten, die aus bestimmten Stämmen rekrutiert waren, womit Gaddafi eine direkte Verbindung zwischen den Interessen einzelner Bevölkerungsgruppen und dem Schicksal des Regimes herzustellen suchte.

Libyens Fragmentierung ist jedoch nicht das Werk wiedererwachender Stämme und im Entstehen begriffener Stadtstaaten. Libyens Stämme waren und sind keine Handlungseinheiten, sondern dienen vor allem als Referenzrahmen für politische Mobilisierung durch rivalisierende Eliten. Obgleich viele lokale Konflikte den Charakter von Gewalt zwischen Bevölkerungsgruppen annehmen, ist Libyen nicht in einen Krieg zwischen Stämmen versunken – entgegen den Erwartungen mancher Beobachter.¹⁵ Zwar teilte der Bürgerkrieg von 2011 Libyens Städte und Stämme rasch in revolutionäre Zentren und regimetreue Gebiete auf. Auf welcher Seite sich eine Stadt wiederfand, hing zum Teil von Zufällen ab – etwa davon, ob sich die Geografie einer Stadt zu ihrer Verteidigung gegen Regimetreuppen eignete und die Rebellion einer Minderheit somit auch Teilen des lokalen Establishments als gangbarer Weg erschien. Vor allem aber waren die Gräben, die sich zwischen einzelnen Städten auftraten, eine Konsequenz der Strategie Gaddafis für die Aufstandsbekämpfung, die auf der Mobilisierung von Freiwilligen aus einzelnen Bevölkerungsgruppen zum Einsatz gegen Nachbarstädte beruhte. Diese Praxis galvanisierte einzelne Städte, die nun kollektive Vergeltung durch die jeweilige Gegenseite

¹⁴ Vgl. Lisa Anderson, *Tribe and State. Libyan Anomalies*, in: Philip Khoury/Joseph Kostiner (Hrsg.), *Tribes and State Formation in the Middle East*, London 1990, S. 288–302; Thomas Hüskens, *The Neo-Tribal Competitive Order in the Borderland of Egypt and Libya*, in: Ulf Engel/Paul Nugent (Hrsg.), *Respaing Africa*, Amsterdam 2009, S. 169–209.

¹⁵ Vgl. Andrew Solomon, *How Qaddafi Lost Libya*, 21. 2. 2011, www.newyorker.com/news/news-desk/how-qaddafi-lost-libya; David Kirkpatrick, *Hopes for a Qaddafi Exit, and Worries of What Comes Next*, in: *New York Times*, 21. 3. 2011; David Pugliese, *Canadian Military Predicted Chaos in Libya if NATO Helped Overthrow Gadhafi*, in: *Ottawa Citizen*, 1. 3. 2015.

fürchten mussten. Allerdings verbarg die scheinbare lokale Einigkeit zuweilen erbitterte Konflikte innerhalb von Städten und Stämmen, die nach dem Sturz des Regimes allmählich an die Oberfläche traten. Die heutige Akteurslandschaft erklärt sich demnach nur partiell aus den Strukturen, die vor der Revolution 2011 gegeben waren. Von mindestens ebenso großer Bedeutung sind die Eigendynamiken, die durch den Konflikt selbst in unvorhersehbarer Weise in Gang gesetzt wurden.

Das Gleiche gilt für die sich selbstverstärkenden Prozesse, die sich mit dem Sturz des Regimes entfalteten: Der Lokalismus, der sich während des Konflikts ausgebreitet hatte, wurde durch den Kollaps des Sicherheitsapparats fixiert, denn die Wiederherstellung der Zentralmacht war in einer so zersplitterten Landschaft schwer zu bewerkstelligen. Der Konkurrenzkampf im Sicherheitssektor, der sich zwischen Vertretern einzelner revolutionärer Hochburgen entwickelte, war in dieser Form hingegen nicht unausweichlich: Die ersten Zahlungen an revolutionäre Kämpfer durch den Übergangsrat und die ersten Schritte zur Eingliederung bestehender Verbände in staatliche Gehaltslisten setzten eine Dynamik mit unkalkulierbaren Folgen in Gang. Ohne diese Fehlentscheidungen wäre möglicherweise zu verhindern gewesen, dass im Sicherheitssektor mit Hilfe staatlicher Mittel lokale Machtbereiche ausgebaut wurden. So aber entfalteten sich zwei Prozesse parallel: einerseits die Festigung des lokalen Charakters der anwachsenden Milizen; andererseits eine zunehmende Konkurrenz zwischen den Politikern und Milizenführern ein und derselben Stadt um die Kontrolle und Verteilung staatlicher Mittel.

Wie auch in anderen zerfallenden Staaten war der „Aufstieg des Lokalen“¹⁶ nicht zwangsweise gleichbedeutend mit einer Gewaltspirale. Im ersten Jahr nach dem Ende des Krieges beschränkte sich die Gewalt auf einige kleinere Konfliktherde, die oft durch Vermittlungsinitiativen neutraler lokaler Akteure eingedämmt werden konnten. Die Kohäsion der lokalen Gesellschaft war der wohl wesentliche Grund, warum die Wahlen im Juli 2012 trotz der Allgegenwärtigkeit bewaffneter Gruppen erstaunlich friedlich abliefen. Doch hatte mit dem Kriegsende ein Prozess der langsa-

men Auflösung des lokalen Zusammenhalts eingesetzt, denn die akute Bedrohung von außen war weggefallen und Konkurrenz um die lokale Vormacht setzte ein. In kaum einer Stadt oder Stammesgruppe konnte sich eine klare politische Führung herausbilden. Auch die Erosion sozialer Kontrolle durch die Verbreitung von Kleinwaffen und den allmählichen Anstieg von Kriminalität machten sich erst nach und nach bemerkbar. Die politische Spaltung und der Ausbruch des Bürgerkriegs im Sommer 2014 setzten ebenfalls widersprüchliche Dynamiken in Gang: Einerseits wurden Städte und Stämme erneut dazu gezwungen, Partei zu ergreifen und die lokalen Reihen gegen externe Aggressoren zu schließen – was vielerorts nur oberflächlich und vorübergehend gelang. Andererseits wurden die Netzwerke, die zuvor Gehälter, Waffen und sonstige staatliche Mittel an die Milizen geleitet hatten, stark gestört – denn keine der beiden rivalisierenden Regierungen besaß nun freien Zugang zum Staatshaushalt oder die Möglichkeit, offizielle Waffengeschäfte abzuschließen. Die Konfliktparteien mussten sich nun verstärkt um Unterstützung durch Regionalstaaten bemühen oder kriminellen Aktivitäten nachgehen. Diese chronisch instabilen Rahmenbedingungen erschwerten die Herausbildung klarer lokaler Führungsstrukturen zusätzlich. Die Positionen lokaler Eliten und Milizenführer gerieten abermals ins Wanken, als sie sich mit dem fortschreitenden UN-Vermittlungsprozess erneut politisch ausrichten mussten und sich der Anschein lokaler Einheit wieder in konkurrierende Lager ausdifferenzierte.¹⁷ Lokale Vermittler versuchten Waffenstillstände zwischen den Milizen einzelner Städte und Stämme auszuhandeln und waren dabei noch größeren Hindernissen ausgesetzt – obgleich manche dennoch erfolgreich waren.¹⁸

Ein sich rapide wandelnder Gesamtkontext, der sich wiederum aus dem komplexen Zusammenspiel unzähliger Entwicklungen ergab, zerrüttete die lokale Kohäsion wie auch den Einfluss lokaler Eliten. Die zunehmende Zersplitterung auf der lokalen Ebene, nicht die Konflikte zwischen Städten,

¹⁷ Vgl. Wolfram Lacher, *Libya's Local Elites and the Politics of Alliance Building*, in: *Mediterranean Politics* 21/2016, S. 64–85.

¹⁸ Vgl. Virginie Collombier, *Dialogue, Mediation and Reconciliation in Libya's Local Conflicts*, in: Luigi Narbone et al. (Hrsg.), *Inside Wars. Local Dynamics of Conflicts in Syria and Libya*, Florenz 2016, S. 30–37.

¹⁶ Trutz von Trotha, *Der Aufstieg des Lokalen*, in: APuZ 28–29/2005, S. 32–38.

war das größte Hindernis für die Aushandlung eines tragfähigen Abkommens nach 2014.

NEUE REGIONALE UNORDNUNG

Der Zerfall Libyens nach der Intervention von 2011 ist jedoch keineswegs ohne Fremdeinwirkung abgelaufen. Die erwähnte Unterstützung lokaler revolutionärer Verbände durch westliche Regierungen, vor allem aber durch Regionalstaaten, hatte bereits 2011 den Aufstieg konkurrierender Machtzentren eher begünstigt als beeinträchtigt. Nach dem Sturz des Präsidenten Mohammed Mursi in Ägypten im Juli 2013 bemühten sich die gegnerischen Lager in Libyen verstärkt um Hilfe aus Regionalstaaten, indem sie die nun dort herrschenden Feindbilder übernahmen.¹⁹ So gelang es Haftar, mit der Kriegserklärung an die libysche Muslimbrüderschaft Unterstützung aus Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten zu mobilisieren. Letztere flogen 2014 sogar Luftangriffe auf Stellungen der von Misrata angeführten Milizenallianz in Tripolis.²⁰ Waffenlieferungen an die Gegenseite kamen aus dem Sudan; die Belege für eine angebliche Unterstützung aus der Türkei und Katar sind dagegen weitaus spärlicher.²¹ Der unerschütterliche Beistand aus den Emiraten und Ägypten ist entscheidend für Haftars hartnäckige Weigerung, das Abkommen oder die Einheitsregierung zu akzeptieren. Hinzu kommt, dass Spezialeinheiten mehrerer westlicher Staaten seit dem Frühjahr 2016 verschiedene Konfliktparteien – darunter auch Haftar – im Kampf gegen Dschihadisten unterstützen.²² Neuerdings hat auch Russland begonnen, eine aktivere, wenn auch undurchsichtige Rolle zu spielen: etwa, indem es Banknoten für die Zentralbankführung druckt, die sich der Einheitsregierung widersetzt, oder sich ambivalent zur Frage von Waffenlieferungen an Haftar verhält.²³

¹⁹ Vgl. Frederic Wehrey, *Is Libya a Proxy War?*, in: *Washington Post*, 24. 10. 2014.

²⁰ Vgl. David Kirkpatrick/Eric Schmitt, *Arab Nations Strike in Libya, Surprising U.S.*, in: *New York Times*, 25. 8. 2014.

²¹ Vgl. UN Security Council, *Final Report of the Panel of Experts on Libya Established Pursuant to Resolution 1973 (2011)*, UN Doc. S/2016/209, 9. 3. 2016.

²² Vgl. Missy Ryan, *U.S. Establishes Libyan Outposts with Eye towards Offensive against Islamic State*, in: *Washington Post*, 12. 5. 2016.

²³ Vgl. Sputnik News, *Libyan Army Chief Discusses Weapons Deliveries with Russian Leadership*, 28. 8. 2016, <http://sputnik-news.com/world/20160628/1042075181/libya-haftar-arms.html>.

Erst die eskalierenden Machtkämpfe in Libyen erlaubten es den Regionalstaaten, ihren destruktiven Einfluss auszuüben. Die Initiative ging sicherlich meist von den libyschen Konfliktparteien selbst aus, die auf der Suche nach externer Unterstützung ihre persönlichen Beziehungen von 2011 reaktivierten. Trotzdem ist zu konstatieren, dass Libyens Zerfall auch von der neuen Instabilität der regionalen Ordnung angetrieben wurde – einer multipolaren Unordnung, die sich 2011 noch kaum abgezeichnet hatte.²⁴ Dass die Emirate offenbar ohne vorherige Konsultation mit den USA – und ohne sich jemals öffentlich zu den Angriffen zu bekennen – Luftschläge im fernen Libyen fliegen, wäre vor einigen Jahren ebenso wenig plausibel gewesen wie die erbitterte Rivalität zwischen den Emiraten und Katar, die 2011 gemeinsam den Sturz Gaddafis unterstützt hatten. Der Einfluss, den westliche Regierungen auf die Regionalmächte auszuüben fähig oder bereit waren, hatte sich deutlich verringert. Diese neuen regionalen Rahmenbedingungen erschwerten westliche Versuche, die Wiederherstellung einer Zentralmacht in Libyen zu unterstützen, erheblich.

Und der IS? Auch er führt die Unberechenbarkeit der Dynamiken vor Augen. Dschihadistische Strömungen hatten schon unter Gaddafi im Untergrund eine solide Gefolgschaft gefunden, wobei auch sie von Lokalismus geprägt und in bestimmten Städten besonders stark verankert waren. Dass diese Strömungen vom Zusammenbruch des Sicherheitsapparats profitieren würden, war zu erwarten; nicht abzusehen war 2011 hingegen die rapide Ausbreitung des IS in Syrien und dem Irak, wohin schon bald zahlreiche junge libysche Dschihadisten strömten. Die Rückkehrer etablierten den IS in Libyen und führten eine Spaltung des bestehenden dschihadistischen Milieus in IS-Ableger und gesonderte Organisationen herbei. Der Bürgerkrieg zwischen 2014 und 2015 bot dem IS ideale Wachstumsbedingungen, da die Konfliktparteien mit dem Machtkampf beschäftigt waren und dem IS wenig Aufmerksamkeit widmeten.²⁵ So übernahm der IS die Kontrolle über die Stadt Sirte und ihre Um-

²⁴ Vgl. Kristina Kausch, *Competitive Multipolarity in the Middle East*, in: *The International Spectator* 3/2015, S. 1–15.

²⁵ Vgl. Frederic Wehrey/Ala' Alrababa'h, *Rising Out of Chaos. The Islamic State in Libya*, 5. 3. 2015, <http://carnegieendowment.org/syriaincrisis?fa=59268>.

gebung und baute seine Präsenz in Städten wie Darna, Bengasi und Sabratha aus. Doch die Zersplitterung, die es dem IS ermöglicht hatte, sich auszubreiten, wurde ihm anschließend zum Verhängnis: Die IS-Ableger in Darna und Sabratha wurden in Konflikte mit anderen bewaffneten Gruppen verwickelt und im Frühjahr 2016 schließlich aus beiden Städten vertrieben. Im Mai 2016 reagierten Milizen aus Misrata auf die Expansionsversuche des IS mit einer großangelegten Offensive gegen Sirte. Lokale Milizen haben den IS innerhalb kürzester Zeit als territoriale Kraft in Libyen vernichtet. Libyens Konflikte aber bieten einheimischen Dschihadisten weiterhin Mobilisierungsmöglichkeiten.

FAZIT

Dass mit dem Regime auch der Staat als solches zusammenbrechen würde, war schon im März 2011 ebenso vorhersehbar wie die darauffolgende Auflösung der revolutionären Koalition.²⁶ Auch das Übergewicht des Lokalen ließ sich schon erahnen wenngleich westliche Entscheidungsträger damals noch viel über die politische Bedeutung der Stämme in Libyen rätselten, denn über kein anderes Land der Region gab es so wenig neuere sozialwissenschaftliche Forschung. Vermessen wäre es allerdings, zu behaupten, Libyens politische Zersplitterung sei in diesem Ausmaß zu erwarten gewesen und der Übergangsprozess von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Allein die überraschend positive Entwicklung im ersten Jahr nach dem Sturz Gaddafis zeigte, dass der Zerfall Libyens nicht unausweichlich war. Sowohl der Konflikt selbst als auch die nachfolgenden Machtkämpfe entwickelten unberechenbare Eigendynamiken, die unter anderem von der Strategie des Regimes in der Aufstandsbekämpfung und Fehlentscheidungen der Übergangsregierung herrührten. Beispiellose regionale Instabilität und neue Rivalitäten zwischen Regionalmächten taten das Übrige.

Die Geschichte von Libyens Zerfall ruft die Erkenntnis von Thukydides und Carl von Clausewitz in Erinnerung, das Wesen des Krieges liege in seiner Unberechenbarkeit. Kollektive Gewalt setzt dynamische Prozesse in Gang, zieht neue soziale Grenzen und schafft neue Gemein-

schaften.²⁷ Die Debatte über die Frage, ob die Entscheidung zu intervenieren gerechtfertigt war, sollte sich also nicht am gegenwärtigen Chaos in Libyen orientieren, sondern an den Unwägbarkeiten, mit denen Entscheidungsträger im März 2011 konfrontiert waren, zumal in einer von außen so unzureichend verstandenen Gesellschaft. Es ist eine Debatte, die allzu oft auch die Unwägbarkeiten des kontrafaktischen Szenarios – welchen Verlauf der Aufstand ohne Intervention genommen hätte – vernachlässigt. Die Mutmaßungen einiger, eine Verhandlungslösung wäre möglich gewesen, oder anderer, Gaddafi hätte die Kontrolle wiedergewonnen, erscheinen kaum plausibel.²⁸ Doch das ist eine andere Geschichte.

WOLFRAM LACHER

ist Wissenschaftler an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Sein Forschungsschwerpunkt sind die Konflikte in Libyen.

wolfram.lacher@swp-berlin.org

²⁷ Vgl. Trutz von Trotha, Zur Soziologie der Gewalt, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37/1997, S. 9–56; Elisabeth Jean Wood, The Social Processes of Civil War. The Wartime Transformation of Social Networks, in: Annual Review of Political Science 11/2008, S. 539–561; Klaus Schlichte, In the Shadow of Violence. The Politics of Armed Groups, Frankfurt/M. 2009.

²⁸ Vgl. Hugh Roberts, Who Said Gaddafi Had to Go?, in: London Review of Books 22/2011, S. 8–18; Claudia Gazzini, Was the Libya Intervention Justified?, in: Middle East Report 261/2011, S. 2–9; Alan Kuperman, A Model Humanitarian Intervention? Reassessing NATO's Libya Campaign, in: International Security 1/2013, S. 105–136.

²⁶ Vgl. Wolfram Lacher, Libyen nach Qaddafi. Staatszerfall oder Staatsbildung?, SWP Aktuell 12/2011.

MAURETANIEN – DER SCHWIERIGE WEG ZUR INTEGRATIVEN NATIONALEN EINHEIT

Britta Frede

Mauretanien ist vielen Menschen hierzulande weitestgehend unbekannt. Eisenbahnliebhaber hingegen haben bereits meist von dem Zug gehört, der seit 1963 zwischen der Eisenerzminenstadt Zouérat und der Hafenstadt Nouadhibou auf einer knapp 700 Kilometer langen Strecke verkehrt. Dieser von drei bis vier Diesellokomotiven betriebene, bis zu 2,5 Kilometer lange Zug transportiert drei Mal täglich um die 17 000 Tonnen hochwertiges Eisenerz in die Hafenstadt. 2014 wurden insgesamt 13 Millionen Tonnen des Rohstoffs in Mauretanien gefördert. Im vergangenen Jahr allerdings hatte der Staat im Eisenerzsektor aufgrund stark gesunkener Weltmarktpreise erhebliche Einbußen hinzunehmen und sucht nach Lösungen, um wettbewerbsfähig zu bleiben, ohne die Inflation weiter voranzutreiben und der ohnehin verarmten Bevölkerung eine weitere Verteuerung der Lebensmittelpreise zuzumuten.⁰¹ Im Human Development Index 2015 belegt Mauretanien Platz 156 von 188 Staaten und zählt somit zu den ärmsten Ländern der Welt, liegt aber im Vergleich zur südlich angrenzenden Sahelregion wirtschaftlich deutlich in Führung, weshalb viele Westafrikaner in Mauretanien arbeiten.

Die soziale Stratifizierung und ethnische Vielfalt der Gesellschaft stellt den postkolonialen Prozess der Nationalstaatswerdung vor besondere Herausforderungen. Die regionale Orientierung des Landes mäandert seit der Unabhängigkeit 1960 zwischen dem Maghreb und dem ehemaligen Gebiet Französisch-Westafrika.⁰² So leben in Mauretanien zum einen die Bidhan, eine Bevölkerungsgruppe, die bei uns als Mauren bekannt ist. Sie sind arabisch-berberischen Ursprungs und sprechen den lokalen arabischen Dialekt Hasania. Zum anderen gehören subsaharische Ethnien wie die Halpulaar, Soninké, Bambara und

Wolof zur Bevölkerung.⁰³ In einem Land wie Mauretanien wird die Willkürlichkeit der regionalen Einteilung Afrikas in Nordafrika, als Teil der MENA-Region, und Afrika südlich der Sahara als das „tatsächliche Afrika“ besonders deutlich.

GESCHICHTE BIS ZUR UNABHÄNGIGKEIT

Es gibt nur wenige Quellen, die uns den Zugang zu den historischen Entwicklungen der Region vor dem 17. Jahrhundert ermöglichen. Die Bidhan berufen sich auf das kulturelle Erbe der Berber-Dynastie der Almoraviden. Durch die Einwanderung arabischer Stämme wurden die ursprünglich berberischen Ureinwohner arabisiert und die Islamisierung vorangetrieben, sodass zunehmend jüdische Händler verdrängt wurden. Im 15. Jahrhundert begann an der Atlantikküste mithilfe von Hafensstützpunkten die Einbindung Mauretaniens in den Welthandel, insbesondere in den atlantischen Sklavenhandel. Im 17. Jahrhundert führten einschneidende gesellschaftliche Umwälzungen, die mit einem etwa 30-jährigen Krieg, zwischen 1644 und 1774, einhergingen, zur Entstehung der hochgradig dynamischen Gesellschaftsstruktur der Bidhan, die uns heute bekannt ist. Zum einen wird sie durch mehr als 150 Stämme geordnet, zum anderen von einer sozialen Stratifizierung, die sich teils entlang von Tätigkeitszuschreibungen sowie der Einteilung in Freie und Unfreie hierarchisch organisiert. Die Stammesverbände der Region bestanden aus der Elite – Krieger (*Hassan*) und Gelehrte (*Zwaya*) – und den von ihr geschützten tributpflichtigen Stämmen (*Znaga*). Außerdem vom Schutz der Elite abhängig waren als frei einzuordnende Schmiede (*M'allimin*) und Barden (*M'gawin*).

Ein großer Bevölkerungsteil war unfrei, so die Sklaven (*Abid*) und ihre Nachfahren (*Haratin*). Sie erfüllten vielfältige Aufgaben für ihre Besitzer und waren Haushaltssklaven.⁰⁴

Es ist davon auszugehen, dass sich der Lebensraum der nomadischen Bidhan mit fortschreitender Ausbreitung der Wüste allmählich Richtung Süden verlagerte. Somit wurden subsaharische Ethnien ebenfalls Richtung Süden verdrängt. Sie betrieben im Senegaltal Landwirtschaft und Viehzucht. Die nomadische Wüstenbevölkerung und die sahelischen Bauern interagierten in verschiedenen Bereichen miteinander: im Handel, in politischen Bündnissen – insbesondere durch Heiratsstrategien zwischen den Eliten – und im islamischen Bildungssektor. Es kam bereits vor der Kolonialzeit zu engen Verflechtungen mit subsaharischen Ethnien. Auch die Entstehung der berühmten Gelehrtenzentren Timbuktu und Walata sind nicht ohne den Beitrag insbesondere der Soninké vorstellbar. Islamische Gelehrsamkeit war ein wichtiges Bindeglied für die vielfältige Bevölkerung des gesamten westlichen Sahara-Sahel-Raumes. Ihre Institutionen stellten Allianzen zwischen den Stämmen der Bidhan und den subsaharischen Ethnien her. Neben den Soninké haben auch die Halpulaar und Wolof eine in der arabischen Welt respektierte islamische Gelehrtenkultur hervorgebracht, die einerseits arabisch schreibt, liest und spricht, andererseits Texte in ihren Muttersprachen in arabischer Schrift festhält.⁰⁵

Eine klare Grenzziehung zwischen den Bidhan und der subsaharischen Kultur ist somit schwer möglich – viel zu sehr ist die Wüstenregion mit dem Sahel verflochten. Neben dem in-

tensiven Austausch in den verschiedenen Lebensbereichen weist die vorkoloniale gesellschaftliche Ordnung deutliche Gemeinsamkeiten auf. So teilten sich bei allen hier erwähnten Ethnien die Eliten in Krieger und Gelehrte auf, Schmiede und Barden nahmen eine ambivalente Sonderstellung ein. Sklaverei war unter allen Eliten eine weitverbreitete Praxis.

Die französische Kolonialpolitik dagegen folgte der Devise *divide et impera* und versuchte mithilfe unterschiedlicher Politikpraxis und Bildungspolitik auf Grundlage einer rassistischen Weltanschauung, die subsaharischen Ethnien und die Bidhan zu trennen. Während im saharischen Gebiet eher ein indirektes Herrschaftsregime errichtet wurde, wurden die Bewohner des Senegaltals einer direkten Herrschaft unterstellt. Die Administration bemühte sich im Senegaltal, die lokalen Bildungseinrichtungen zu zerstören, und führte zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt die Zwangseinschulung in französische Kolialschulen ein als im restlichen Mauretania, ebenso wurde rigorosere gegen die Sklaverei vorgegangen.⁰⁶ Den Bidhan hingegen wurde der arabische Schwerpunkt ihres Bildungssystems gewährt. Bis zur Unabhängigkeit wurde nur ein kleiner Bevölkerungsteil in modernisierte, französischsprachige Schulen integriert.⁰⁷

ENTWICKLUNG SEIT DER UNABHÄNGIGKEIT: VON PUTSCH ZU PUTSCH

Nach der Unabhängigkeit am 28. November 1960 begann für Mauretania ein langer Weg zur territorialen Integrität mit grundlegenden Schwierigkeiten bei der Herausbildung einer integrativen nationalen Identität. Sowohl der hohe Anteil an Haratin bei den Bidhan als auch die subsaharischen Ethnien fühlten sich bei der Einrichtung der postkolonialen

01 Vgl. Alain Faujas, *En Mauritanie, la Snim dans la tourmente*, 24.3.2016, www.jeuneafrique.com/mag/309365/economie/mauritanie-snim-tourmen.

02 Vgl. Steffen Wippel, *Wirtschaft, Politik und Raum: Territoriale und regionale Prozesse in der westlichen Sahara*, Berlin 2012.

03 Vgl. u. a. Abdel Wedoud Ould Cheikh, *Sozialstrukturen und politische Macht in Mauretania*, in: *Inamo* 61/2010, S. 4–8; das gesamte Heft widmet sich verschiedenen Themen zu Mauretania.

04 Eine umfangreiche Geschichte der Sklaverei im vorkolonialen Mauretania und der juristischen Debatte bietet Rainer Oßwald, *Sklavenhandel und Sklavenleben zwischen Senegal und Atlas*, Würzburg 2016.

05 Den Einfluss der Bidhan und Westafrikaner beim Aufbau saudi-arabischer islamischer Bildungseinrichtungen belegen das Renommé, das die Gelehrten dieser Region auch in der arabischen Welt genossen. Vgl. Chanfi Ahmed, *West African Ulama and Salafism in Mecca and Medina: Jawab al-Ifriqi – the Response of the African*, Leiden 2015.

06 Vgl. Ibrahima Sall, *Mauritanie du Sud: conquêtes et administration française, 1890–1945*, Paris 2007.

07 Zur Ambivalenz der französischen Kolonialpolitik bezüglich des Islams und der rassistischen Annäherung an die plurale ethnische Bevölkerung ihrer Kolonien siehe Christopher Harrison, *France and Islam in West Africa, 1860–1960*, Cambridge 1988. Zur Bündnispolitik mit religiösen Gelehrten siehe David Robinson, *Path of Accomodation: Muslim Societies and French Colonial Authorities in Senegal and Mauritania, 1880–1920*, Oxford 2000. Zur kolonialen Alltagsrealität bei den Bidhan siehe Britta Frede, *Die Erneuerung der Tiganiya in Mauretania: Popularisierung religiöser Ideen in der Kolonialzeit*, Berlin 2014.

Präsidentialrepublik marginalisiert. Die politische Führung wurde von Bidhan besetzt und weitere Posten basierend auf dem Proporz von 20 Prozent Subsahariern zu 80 Prozent Bidhan verteilt. Daran hat sich bis heute kaum etwas verändert. Schon bald nach der Unabhängigkeit 1964 schwenkte der erste Präsident Moktar Ould Daddah auf ein Einparteiensystem (Parti du Peuple Mauritanien) um und übernahm das Amt des Parteivorsitzenden. 1966 kam es zu einem ersten Aufbegehren der subsaharischen Ethnien, die sich gegen die Aufwertung des Arabischen und die Dominanz der Bidhan-Eliten wehrten. Ould Daddahs Regierungszeit bis 1975 wird dennoch als stabil beschrieben, und dank der Einnahmen aus dem Eisenerzexport war der Staatshaushalt ausgeglichen.

Außenpolitisch geriet die junge Republik alsbald unter Druck. Bereits in den 1950er Jahren hatte Marokko den Anspruch auf die zuvor von Spanien besetzte Westsahara und das heutige Mauretanien erhoben und berief sich dabei auf vorkoloniale Bündnisse mit einzelnen Bidhan-Stämmen sowie auf Verflechtungen mauretanischer Gelehrten mit Bildungszentren in Marokko, die eine Zugehörigkeit zum Maghreb al-Aqsa (Großmarokko) belegen sollten. Während die Ansprüche auf das mauretanische Territorium abgewendet werden konnten, teilten sich Mauretanien und Marokko 1975 im Madrider Abkommen die Westsahara auf, was zu einem militärischen Konflikt mit Unabhängigkeitskämpfern der Westsahara führte. Der militärische Konflikt mit der 1973 gegründeten und von Algerien unterstützten Frente Polisario überforderte die Wirtschaft des jungen Nationalstaats – die zu Beginn der 1970er Jahre anhaltende Dürre tat ihr Übriges dazu. Die Unfähigkeit, die Selbstversorgung des Landes herzustellen, führte auch zu innenpolitischen Turbulenzen und sozialen Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Der massive Ausbau des Militärs aufgrund der notwendigen Verteidigung der Landesgrenzen fraß nicht nur den Staatshaushalt auf, sondern schuf eine neue Macht, die alsbald die verfassungsrechtliche Regierung außer Kraft setzte.

Im Juli 1978 wurde Ould Daddah durch einen Militärputsch abgesetzt und vom Comité Militaire de Redressement National (CMRN) ersetzt.⁰⁸ Doch schon im April 1979 folgte der

nächste Putsch, und der CMRN wurde von einem anderen Militärerrat ersetzt – dem Comité Militaire de Salut National. Im Januar 1980 wurde der Übergangspräsident Mohamed Ould Louly von Mohamed Ould Haidallah abgelöst. Seine vierjährige Amtszeit war turbulent, geprägt vom Krieg mit der Frente Polisario, mehreren Putschversuchen und der Einführung von Scharia-Gerichten. Zwar hatte die erste Verfassung den Islam als Religion Mauretaniens betont, und auch die Namensgebung als Islamische Republik Mauretanien spiegelte den Bezug zum Islam wieder, aber das Rechtssystem war ein Kompromiss zwischen französischer und islamischer Rechtsauffassung. Die Betonung des Islams in der Zeit nach der Unabhängigkeit hatte weniger die Förderung islamistischer Ideen zum Ziel als vielmehr die Schaffung einer nationalen Einheit. Schließlich war der Islam das Element, das als Brücke zwischen den heterogenen Bevölkerungsgruppierungen gesehen werden konnte. Ould Haidallah dagegen folgte zum Zwecke einer Legitimation des Militärs dem innenpolitischen Druck der sich bereits etablierenden Islamisten und erweiterte das Strafrecht sowie die Zivil-, Handels- und Verwaltungsprozessordnung auf Basis der Scharia.⁰⁹ Die Bodenreform von 1983/84 ermöglichte Geschäftsleuten der Bidhan, sich Ackerland im Senegaltal anzueignen, was die Spannung zwischen ihnen und der subsaharischen Bevölkerung verstärkte. Des Weiteren erschütterten Dürre und Heuschreckenplagen erneut die landwirtschaftliche Produktion. Die militärische Auseinandersetzung wurde 1984 mit der Anerkennung der Polisario und des Westsaharastaats beendet. Die mehrfachen Versuche, eine Parteiendemokratie wiederherzustellen, scheiterten. Am 12. Dezember 1984 beendete ein weiterer Militärputsch Haidallahs Amtszeit.

Mit Maaouya Ould Taya begann 1984 die nächste Episode einer zwei Dekaden währenden Militärherrschaft. Auch unter ihm nahm der Einfluss der islamistischen Kräfte im Lande zu: Dies betraf sowohl das 1989 verabschiedete Bürgerliche Gesetzbuch, das den zuvor angewendeten Code civil mit einer Mischung aus islamischem und französischem Recht ersetzte als auch

⁰⁸ Die Autobiografie gibt einen guten Einblick in die Zeit nach der Unabhängigkeit. Siehe Moktar Ould Daddah, *La Mauritanie contre vents et marées*, Paris 2003.

⁰⁹ Vgl. Ursel Clausen, *Islam und nationale Religionspolitik: Das Fallbeispiel Mauretanien*, Hamburg 2005, www.liportal.de/fileadmin/user_upload/oeffentlich/Mauretanien/Islam_und_Religionspolitik_Mauretanien.pdf.

die 1991 verabschiedete Verfassung. Arabisch wurde zur einzigen anerkannten Amtssprache. Diese Entscheidung wurde allerdings 1999 wieder revidiert und Französisch dem Arabischen im Bildungssystem gleichgestellt. Nach Einführung der Verfassung wurden auch ein Mehrparteiensystem und Parlamentswahlen zugelassen, deren Gültigkeit international infrage gestellt wurde. Die Stärkung der Stellung meist aus den Golfstaaten zurückgekehrter Geschäftsleute der Bidhan und die Arabisierungspolitik ließen die Spannungen insbesondere mit den Halpulaar, die von der Bodenreform 1983/84 besonders benachteiligt wurden, eskalieren, zwischen 1989 und 1991 kam es zu ethnischen Säuberungen an der subsaharischen Bevölkerung, die beinahe in einen Grenzkonflikt mit Senegal ausgeartet wären. Vertreibung, Zerstörung von Eigentum und politische Verfolgung der damaligen Mitglieder der 1983 gegründeten Force de Libération Africaines en Mauritanie haben viele Familien aus dem Land vertrieben.

Erst 2005 wurde Taya durch einen unblutigen Putsch seines Amtes enthoben. Der Putsch erweckte zunächst Hoffnungen auf eine nachhaltige Demokratisierung des Landes – Beobachter sahen das Potenzial, Mauretanien könne zum Vorbild für die gesamte Region werden. In der Tat leitete die Übergangsregierung unter Ely Ould Mohamed Vall die ersten freien Wahlen seit der Machtübernahme der Militärs 1978 ein. Im April 2007 wurde Sidi Ould Cheikh Abdallahi Präsident. Doch schon im August 2008 wurde er durch einen erneuten Militärputsch wieder abgesetzt. Abdallahis Versuch, nach seiner Machtübernahme die ethnischen Säuberungsaktionen zwischen 1989 und 1991 aufzuklären und die verantwortlichen Generäle zur Rechenschaft zu ziehen, ist ein entscheidender Grund, weshalb das Militär seine Regierung beendete. Die Absetzung wurde zwar international kritisiert, erfuhr aber von der Mehrheit der mauretanischen Bevölkerung breite Zustimmung. Durch den Putsch kam Mohamed Ould Abdel Aziz an die Macht, dessen Präsidentschaft in den Wahlen 2009 und 2014 bestätigt wurde.

ARM TROTZ ROHSTOFFREICHTUM

Wie viele rohstoffreiche Länder krankt Mauretanien daran, aus den Exporteinnahmen eine ei-

gene dauerhafte Entwicklung anzustoßen und die natürlichen Ressourcen für die eigene Bevölkerung effektiv und nachhaltig nutzbar zu machen. Trotz neuer Erschließung von Rohstoffen wie Öl, Gold und seltene Erden lag die Armutsquote 2014 bei 31 Prozent. Es fehlt an eigenen Produktionsstätten und einem weiterverarbeitenden Industriesektor, um nachhaltige Gewinne aus dem Rohstoffreichtum zu erzielen. Neben dem Bergbau ist der Fischereisektor ein wichtiges Standbein der Wirtschaft Mauretaniens. Die Gewässer der nordwestlichen afrikanischen Atlantikküste zählen weltweit zu den fischreichsten Fanggründen. Die mauretanische Schiffsflotte selbst fischt jedoch überwiegend nur niedrigwertige Fischarten. Die Rückständigkeit der Flotte führt dazu, dass der überwiegende Anteil der Wertschöpfung aus mauretanischen Fischgründen von ausländischen Firmen gewonnen wird.

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind die exportorientierten Sektoren unbedeutend und tragen kaum zur Binnenwirtschaft bei. Die Arbeitslosenquote stagniert nach Angaben der Weltbank seit den 1990er Jahren bei rund 30 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen lag 2014 bei knapp 47 Prozent. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung betreibt Landwirtschaft. Diese machte 2014 einen Anteil von rund 30 Prozent des BIP aus. Dabei ist der Ackerbau stark defizitär und deckt lediglich 30 Prozent des nationalen Bedarfs. Die zunehmende Wüstenbildung seit den Dürren der 1960er Jahre, das massive Bevölkerungswachstum sowie Wind- und Wassererosion haben Schätzungen zufolge in den vergangenen Jahren rund 20 Prozent der nutzbaren Agrarflächen zerstört. Um die Sicherheit der Lebensmittelversorgung voranzubringen, ist seit 2009 die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen in Mauretanien aktiv. Die Viehwirtschaft, der Bausektor und die Telekommunikation gelten als die einzigen Wachstumsbranchen der mauretanischen Wirtschaft.

Der Ende der 1990er Jahre entstandene Tourismussektor ist aufgrund dschihadistischer Attentate zum Erliegen gekommen. Seit Mitte der 2000er Jahre wurden einige Überfälle auf Militärstützpunkte sowie Entführungen und Ermordungen westlicher Ausländer verzeichnet, die zu einer bis heute anhaltenden Reisewarnung geführt haben.

ETHNISCHE, SOZIALE UND KULTURELLE VIelfALT

Mauretaniens Bevölkerung überschritt 2015 die Grenze von vier Millionen. Somit gibt es heute mehr als vier Mal so viele Mauretanier wie zur Unabhängigkeit 1960. Der Großteil der Mauretanier lebte vorkolonial nomadisch – die festen Siedlungen beschränkten sich auf einige Oasen, von denen vier zum Weltkulturerbe der UNESCO erklärt wurden: Chinguetti, Wadane, Walata und Tichit. Die sesshaften Bauern und Rinderzüchter lebten zu dieser Zeit im Tal des Senegalflusses. Der Anteil der Nomaden an der Gesamtbevölkerung ist seit der Unabhängigkeit drastisch zurückgegangen. Die Sesshaftwerdung begann bereits während der Kolonialzeit und wurde von Dürren weiter vorangetrieben: Zunächst zwang die Suche nach Lohnarbeit junge Männer in die Kolonialposten, um die von der Administration eingeführten Steuern zu bezahlen, später machten die Dürren den Zugang zu Hilfslieferungen von Lebensmitteln und medizinischer Versorgung unumgänglich und trieb die Menschen in die erschlossenen Siedlungen. Diese entstanden überall entlang der Straßen – insbesondere entlang der einzigen Fernstraße in westöstlicher Richtung, der *route de l'espoir* (Straße der Hoffnung), wie sie seit den 1980er Jahren genannt wird.

Die Verteilung der Einkommen ist regional sehr unterschiedlich, insbesondere prägt ein Stadt-Land-Gefälle die Armutverteilung und äußert sich vor allem im ungleichen Ausbau der Infrastruktur. Während die Dörfer entlang der beiden einzigen durchgehend asphaltierten Straßen inzwischen überwiegend an das nationale Stromnetz und das Mobilfunknetz angeschlossen sind, gilt dies für die abgelegenen Dörfer nicht. Auch haben viele Dörfer keine Sekundarschule, was Eltern häufig dazu ermutigt, mit ihren Kindern in eine Stadt umzuziehen, um ihnen eine höhere Bildung zukommen zu lassen. Allerdings gibt es vereinzelt auch Eltern, die gerade deswegen ihre Kinder erst gar nicht in die staatliche Grundschule schicken, sondern lieber in die traditional-islamische Schule. Sie befürchten, dass sie sonst ihre ursprüngliche Lebensform auf dem Land aufgeben müssen.

Die Hauptstadt Nouakchott ist Sitz der nationalen Universität sowie zahlreicher Unternehmen und gehört zu den weltweit am schnellsten wachsenden Städten. Sie wurde in den 1950er

Jahren gegründet und wuchs von knapp 6000 Einwohner auf über eine Million 2015 und weist deshalb große Mängel im Aufbau der notwendigen Infrastruktur auf. Auch wenn sich in Nouakchott alle Volksgruppen und Vertreter aller religiösen Strömungen aufhalten, bleibt die Stadt arabisch dominiert. Die Arabisierung Nouakchotts ist bezeichnend für die nachkoloniale Politik: Die Marginalisierung der subsaharischen Ethnien spiegelt sich im staatlichen Bildungssystem, der Kulturpolitik, der nationalen Geschichtsschreibung und der Verteilung von Regierungsposten wider. Je nach Herkunft der statistischen Angaben ist ein Drittel bis die Hälfte der Bevölkerung kein Bidhan, sondern Halpulaar, Soninké, Bambara oder Wolof. Viele Menschen auf dem Land haben ausschließlich traditionale islamische Schulen besucht, in der zwar grundsätzlich arabisch alphabetisiert wird, aber die Wissensvermittlung in der Muttersprache überwiegend mündlich erfolgt. Die Sprachpluralität und die damit einhergehende Vielfältigkeit kultureller Identität teilt Mauretanien mit vielen westafrikanischen Staaten.

ETHNISCHE SPANNUNGEN, SOZIALE DIFFERENZ, RELIGIÖSE FRAGEN

Die Verbrechen des Militärs zwischen 1989 und 1991 bei der Vertreibung der subsaharischen Ethnien sind bis heute nicht von staatlicher Seite aufgeklärt worden. Weder gab es eine Wahrheitskommission, noch wurden die Verantwortlichen für die damalige Eskalation der Gewalt zur Verantwortung gezogen. Zwar sind inzwischen einige der damaligen Flüchtlinge aus den Nachbarländern wieder zurückgekehrt, doch das Misstrauen gegenüber der Bidhan-Elite bleibt bei vielen groß. Weitere ethnische Konflikte wurden durch die Politik der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verursacht: Um den Arbeitsmarkt zu entlasten, wurden westafrikanische Gastarbeiter des Landes verwiesen. Zudem entschloss sich die Regierung ab 2011 eine Volkszählung abzuhalten, die zu massiven Protesten bei Vertretern der subsaharischen Ethnien führte. Die Bewegung „*Touche pas à ma nationalité*“ (Fass meine Nationalität nicht an) wurde ins Leben gerufen. Sie wirft der Regierung vor, mit der Volkszählung die subsaharischen Ethnien ausgrenzen und erneut vertreiben zu wollen. Bereits

zwischen 1989 und 1991 wurden zahlreiche Menschen mit dem Argument ausgewiesen, sie seien keine Mauretanier, sondern Senegalesen.

Doch nicht nur zwischen „Arabern“ und „Nichtarabern“ gibt es soziale Spannungen: Ungefähr 60 Prozent der Bidhan gehören zu den Haratin, den Nachfahren früherer Sklaven. Da die Stammeszugehörigkeit auch heute noch wichtig für die soziale Stellung ist, haben diese „stammeslosen“ Menschen schlechtere Chancen und fristen häufig ein Leben in Abhängigkeit von vorherigen Sklavenbesitzerfamilien oder in völliger Armut. Die Emanzipationsbewegung der Haratin organisierte sich bereits 1974 in der verbotenen Menschenrechtsorganisation „El Hor“ (Der Freie). Sie kämpft für bessere Lebensbedingungen der Haratin. In Zusammenarbeit mit US-amerikanischen Organisationen der Abolitionsbewegung wurden auch jüngst Fälle von praktizierter Sklaverei öffentlich gemacht und die Regierung angemahnt, das Ende der Sklaverei nun endlich durchzusetzen. Die Aktionen der Emanzipationsbewegung richten sich auch teilweise gegen den Islam, da die Scharia Sklaverei zwar nicht gutheißt, aber eben auch nicht verbietet, und die Aufrechterhaltung der Sklaverei häufig von religiösen Autoritäten mit dem Islam gerechtfertigt wird. Doch nicht alle Haratin wenden sich deshalb gegen die Religion und ihre Schriften, im Gegenteil, salafistische Gemeinden und Muslimbrüder verzeichnen regen Zuwachs gerade aus dieser Bevölkerungsgruppe. Denn während die Sufi-orientierten traditionellen Eliten zwar soziale Gleichheit konstatieren, findet in ihren Gemeinden aufgrund der sozialen Zusammensetzung häufig wenig soziale Mobilität statt. Anders sieht es bei islamistischen und salafistischen Gemeinden aus: Häufig finden sich dort religiöse Autoritäten, die nicht auf eine lange familiäre Tradition im Bereich der Islamgelehrsamkeit zurückblicken können – weshalb in diesem Umfeld sozial-benachteiligte Gruppen eher Anschluss finden.¹⁰

So ist es kaum erstaunlich, dass gerade die islamistische Tawassul-Partei viele Wähler in den Armenvierteln findet. Auch unter den Jugendlichen, die nicht nur unter der hohen Arbeitslosigkeit, sondern auch der unzureichenden För-

derung von Jugendkultur leiden, versuchen Islamisten vermehrt, Anhänger zu gewinnen. Abgesehen von islamisch-religiöser Bildung gibt es wenig, was der mauretanischen Jugend als Entfaltungs- und Aktivitätsraum geboten wird. In Anbetracht der anhaltenden Präsenz dschiha-distischer Gruppierungen wie Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) ist ein Umdenken dringend nötig: Die Programme der Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit fokussieren sich derzeit auf Umweltschutz, Good Governance, Bildung und Ressourcennutzung. In Anbetracht der hohen Jugendarbeitslosigkeit wäre hier eine Ausweitung auf den bislang rudimentären kulturellen Sektor, mit einem besonderen Fokus auf Sport und Jugendkultur, wünschenswert. Ebenso dringend förderungswürdig sind Maßnahmen zum Kulturerhalt: Mauretanien hat wie Timbuktu und Djenné in Mali zahlreiche private und staatliche Manuskriptsammlungen, deren Erhalt sehr gefährdet ist. Die Erforschung dieser Handschriften ist bislang nur langsam vorangegangen. Zudem werden einige archäologische Stätten in der Wüste vermutet. Auch in diesem Bereich war die Regierung bislang untätig. Dabei ist für den Prozess der Nationalstaatsbildung die Kenntnis der eigenen Geschichte wichtig; ansonsten besteht die Gefahr, dass sich die rassistisch konnotierte Spaltung der Gesellschaft auch in Zukunft weiter festschreibt und islamistische Gruppierungen weiteren Zulauf bekommen. Damit würde eine tatsächliche Emanzipation marginalisierter Gruppierungen vereitelt und die Entwicklung einer demokratisch-politischen Kultur verhindert.

BRITTA FREDE

ist Wissenschaftlerin an der Berlin Graduate School Muslim Cultures and Societies der Freien Universität Berlin.

britta.frede@gmx.net

¹⁰ Vgl. Inamo 86/2016 mit dem Schwerpunkt „Sahara/Sahel“; insb. die Beiträge von Abdoulaye Sounaye, Alexander Thursten, Christine Hardung und Britta Frede.

ALGERIEN UND FRANKREICH: VOM KOLONIAL- ZUM ERINNERUNGSKRIEG?

Jan C. Jansen

Immer, wenn ein französischer Präsident Algerien besucht, liegt eine gewisse Spannung in der Luft. Medien auf beiden Seiten des Mittelmeers schauen genau hin, wenn die Präsidenten beider Länder symbolische Gesten austauschen, und wägen die Worte ab, mit denen der prominente Gast die bilateralen Beziehungen charakterisiert.⁰¹ Bemerkenswerterweise geht es dabei häufig nicht um die vielen Gegenwartsprobleme wie etwa die Visums- und Migrationsfragen, die Terrorbekämpfung, die wirtschaftliche Kooperation oder die Flüchtlingsbewegungen im Mittelmeerraum, sondern den Umgang mit der gemeinsamen Vergangenheit: Wie hat der französische Präsident das Kolonialsystem Frankreichs in Algerien dargestellt? Hat er gar eine „Entschuldigung“ präsentiert? Und: Hat er das Leid der mit der Unabhängigkeit geflüchteten Europäer und der für Frankreich kämpfenden Algerier zur Sprache gebracht?

Algerien und Frankreich verbindet eine konfliktträchtige Beziehungsgeschichte. Eine besonders intensive Form kolonialer Herrschaft und Besiedlung (ab 1830) endete mit einem der blutigsten militärischen Konflikte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der algerische Unabhängigkeitskrieg – je nach Perspektive auch „Algerische Revolution“ oder „Algerienkrieg“ – war ein Krieg der Extreme: Mit rund 400 000 algerischen Toten und 25 000 gefallenen französischen Soldaten entfaltete sich hier zwischen dem 1. November 1954 und dem Waffenstillstand vom 19. März 1962 der größte und blutigste Dekolonisationskrieg weltweit.⁰² Rund eine Million französische Soldaten nahmen an Frankreichs drittgrößtem Militäreinsatz im 20. Jahrhundert teil, der das nordafrikanische Land stark verwüstete und Frankreich in eine tiefe politische Krise stürzte. Durch den systematischen Einsatz von Folter, Gewalt an Zivilisten, Umsiedlungen und psycho-

logischer Kriegführung wurden der Krieg zum Modell des „schmutzigen Kriegs“, die algerische Befreiungsbewegung Front de Libération Nationale (FLN) zum leuchtenden Vorbild für Guerillakämpfer im Globalen Süden und französische Militärs zu weltweit gefragten Folterexperten.

Auch in der nachkolonialen Erinnerung ragt der algerische Fall heraus. Das blutige Ende der *Algérie française* steht seit den 1990er Jahren im Mittelpunkt massiver Debatten um das koloniale Erbe Frankreichs und Europas. Dies hat – gerade auch außerhalb Frankreichs und Algeriens – zu einem Tunnelblick auf die Geschichte geführt. Sowohl der algerische Unabhängigkeitskampf als auch die Erinnerungen daran werden als ein absoluter Sonderfall – ein französisch-algerisches *tête-à-tête* – aus der breiteren Geschichte der Dekolonisation herausgelöst. Der Krieg dient dann etwa als Beleg für das besonders brutale und rücksichtslose Festhalten Frankreichs an seinem Kolonialreich, als Gegenbeispiel, von dem sich das vermeintlich einsichtige Großbritannien abhebt.⁰³ Jedoch: Jenseits der extremen Ausmaße ist der algerische Unabhängigkeitskrieg kein absoluter Sonderfall einer Auflösung europäischer Kolonialherrschaft. Und auch die Konflikte um die Erinnerung an die Kolonialzeit und den Krieg verdichten in extremer Form Erinnerungsprozesse, die in weiten Teilen Westeuropas und des Globalen Südens ablaufen.

WARUM ALGERIEN?

Warum nahm gerade Französisch-Algerien ein solch blutiges Ende? *Erstens* war Algerien Frankreichs erste und wichtigste Kolonie im 19. und 20. Jahrhundert. Ab 1830 erobert, wurde das Land zu einer Art „kolonialer Provinz“.⁰⁴ Algerien bildete das Prestigeobjekt einer ambitionierten Assimilationspolitik und war maßgeblich mit den

politischen Strukturen der Metropole verwoben. Algerien galt (spätestens ab 1870) als integraler Bestandteil des französischen Staatsterritoriums; der Norden des Landes wurde nach französischem Vorbild in Départements unterteilt, in denen Stadt- und Regionalräte sowie Abgeordnete für die Abgeordnetenkammern in Paris gewählt wurden.

Zweitens war Algerien neben Südafrika die größte europäische Siedlungskolonie Afrikas. 1954 befanden sich fast eine Million Europäer im Land und dominierten die exportierten staatlichen Strukturen, auch dank einer verschärften Diskriminierungspolitik gegenüber der algerischen Bevölkerungsmehrheit. Durch die Siedler setzte Frankreich im Vergleich zu vielen britischen Siedlungskolonien der Selbstregierung klare Grenzen. Von zentraler Bedeutung für die Siedler war ihr Zugang zum politischen Betrieb in Paris, wo sie eine lautstarke Lobby bildeten und Einfluss auf die Algerienpolitik nahmen.

Drittens wirkte sich die Art des antikolonialen Widerstands auf den Verlauf der Dekolonisation aus. Die in Algerien ab der Jahrhundertwende entstehende Nationalbewegung zeichnete sich durch einen hohen Grad an Heterogenität aus.⁰⁵ Zwar war ein gewisses Maß an Uneinigkeit über die Ziele und Mittel ein Merkmal der meisten antikolonialen Nationalbewegungen, doch rangen in Algerien vier unterschiedliche Strömungen um die Führung im Kampf gegen die Kolonialherr-

schaft und um die Deutungshoheit über die algerische Nation: liberale Kolonialismuskritiker, muslimische Reformgelehrte, Kommunisten sowie eine ursprünglich unter maghrebinischen Arbeitsmigranten in Frankreich gegründete nationalistische Partei. Im Unterschied zu Tunesien und Marokko bildete sich in Algerien auch im Verlauf des antikolonialen Kampfes zunächst keine dominante Stellung eines dieser Akteure heraus – auch nicht, als das französische Militär und Siedler-Milizen im Mai 1945 auf brutalste Weise einen Aufstand in Ostalgerien niederschlugen. Die Anschlagsserie, mit denen der FLN in der Nacht zum 1. November 1954 in Erscheinung trat, stand daher weniger in der Kontinuität eines jahrzehntelangen politischen Kampfes, sondern war die Verzweiflungstat einer kleinen Gruppe militanter Nationalisten.⁰⁶ Diese hielten den bewaffneten Kampf nicht nur für den einzig verbliebenen Weg, sondern auch für den Ausweg aus der inneren Blockade der Nationalbewegung. Die blinden und brutalen Reaktionen Frankreichs auf die Anschläge hatten entscheidenden Anteil daran, dass der Rückhalt des FLN innerhalb der algerischen Bevölkerung wuchs.

KRIEG AN VIELEN FRONTEN

Der Krieg, der sich ab dem 1. November 1954 entfaltete, gewann seine besondere Dynamik aus einer Mischung aus massiver Repression und Reformbemühungen. Eine breite politische Mehrheit in Frankreich, einschließlich der traditionellen kolonialismuskritischen Sozialisten und Kommunisten, drängte auf ein gewaltsames Niederringen des FLN. Ausgestattet mit Notstandsgesetzen und Sondervollmachten versuchten das Militär und die Polizeikräfte, den Guerillakampf zu beenden. Frankreichs „antisubversive“ Kriegführung zog die zivile Bevölkerung stark in Mitleidenschaft; hierzu gehörte der systematische Einsatz von Folter, Internierungslager und massenhafte Zwangsumsiedlungen.⁰⁷ Zwei Millionen Algerier, rund ein Viertel der Ge-

01 Siehe etwa die Berichterstattung zu François Hollandes erstem Staatsbesuch in Algerien, in: *Le Monde*, 18.–21. 12. 2012.

02 Die zurzeit besten Gesamtdarstellungen sind Sylvie Thénault, *L'histoire de la guerre d'indépendance algérienne*, Paris 2005; Martin Evans, *Algeria. France's Undeclared War*, Oxford 2012. Ein knapper Überblick auf Deutsch bei Frank Renken, *Kleine Geschichte des Algerienkriegs*, in: Christiane Kohser-Spohn/Frank Renken (Hrsg.), *Trauma Algerienkrieg. Zur Aufarbeitung und Geschichte eines tabuisierten Konflikts*, Frankfurt/M. 2006, S. 25–50.

03 Kritik daran zuletzt pointiert bei Dane Kennedy, *Decolonization. A Very Short Introduction*, Oxford 2016, S. 3f.

04 Jan C. Jansen, *Erobern und Erinnerung: Symbolpolitik, öffentlicher Raum und französischer Kolonialismus in Algerien, 1830–1950*, München 2013, S. 8f. und 467f. Zur allgemeinen Kolonialgeschichte Algeriens weiterhin Charles-Robert Ageron, *L'Histoire de l'Algérie contemporaine. Tome 2: De l'insurrection de 1871 au déclenchement de la guerre de libération (1954)*, Paris 1979; Abderrahmane Bouchène et al. (Hrsg.), *Histoire de l'Algérie à la période coloniale, 1830–1962*, Algier/Paris 2012; John Ruedy, *Modern Algeria: The Origins and Development of a Nation*, Bloomington 2005².

05 Zum algerischen Nationalismus siehe James McDougall, *History and the Culture of Nationalism in Algeria*, Cambridge 2006.

06 Fundamental zum FLN Gilbert Meynier, *Histoire intérieure du F.L.N. 1954–1962*, Paris 2002.

07 Zu Aspekten der Gewalt vgl. Raphaëlle Branche, *La torture et l'armée pendant la guerre d'Algérie, 1954–1962*, Paris 2001; Sylvie Thénault, *Une drôle de justice. Les magistrats dans la guerre d'Algérie*, Paris 2004; Fabian Klose, *Menschenrechte im Schatten kolonialer Gewalt. Die Dekolonisierungskriege in Kenia und Algerien, 1945–1962*, München 2009.

samtbevölkerung, lebte am Ende des Kriegs in Umsiedlungslagern.

Zur gleichen Zeit startete Frankreich eine umfassende Kampagne spätkolonialer Reformen, die kurz zuvor noch undenkbar gewesen waren. Projekte zur wirtschaftlichen Entwicklung und Industrialisierung, Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, in das Gesundheits- und Bildungswesen sowie die spürbare Ausweitung der Partizipationsrechte für Algerier sollten dazu beitragen, die Bevölkerung für die Metropole zu gewinnen.

Der Kampf zwischen dem FLN und der Kolonialmacht verlief auf drei Ebenen, die sich immer wieder überschneiden. Im Mittelpunkt der militärischen Auseinandersetzung stand nicht der städtische Häuserkampf, wie er in Gillo Pontecorvos Meisterwerk „La Battaglia di Algeri“ 1966 verewigt wurde, sondern der Guerillakrieg, der sich vorwiegend auf dem Land abspielte.⁰⁸ Daneben suchte Frankreich, vorwiegend über polizeiliche Maßnahmen, die politisch-administrativen Strukturen des FLN zu zerschlagen. Parallel dazu erfolgte eine diplomatische Auseinandersetzung um die Weltöffentlichkeit, die hauptsächlich in den Vereinten Nationen zum Tragen kam.⁰⁹ Vor allem aufgrund einer massiven Truppenaufstockung 1959 entschied Frankreich den Guerillakrieg für sich, scheiterte aber an den beiden anderen Fronten. Insbesondere der wachsende internationale Druck zwang die französische Führung dazu, in Verhandlungen mit dem FLN zu treten.

Spätestens mit dem Zusammenbruch der Vierten Republik 1958, der durch einen von Algerien ausgehenden Staatsstreich befördert wurde, erreichte der algerische Unabhängigkeitskrieg das französische Mutterland. Der Krieg wurde durch zahlreiche weitere Frontverläufe verkompliziert: Da war zum einen der blutige Konflikt, in dem der FLN seinen Alleinvertretungsanspruch gegen rivalisierende Nationalisten und pro-französische Gruppen durchsetzte; zum anderen kämpften zwischen 200 000 und 400 000 Algerier als Hilfstruppen für Frankreich

– ein (oftmals nicht politisch motiviertes) Engagement, das vielen nach dem Algerienkrieg zum Verhängnis wurde. Zahlreiche Verwerfungen durchzogen auch das französische Lager: Soldaten widersetzten sich ihrer Versendung nach Algerien, und der FLN fand auch in Frankreich Unterstützer; mit Kriegsverlauf verselbständigten sich Armeekader, die dann im Verbund mit radikalisierten Siedlern erbitterten Widerstand gegen jegliche Zugeständnisse leisteten – von Straßenkämpfen über einen Putschversuch 1961 und der Gründung der Organisation de l'armée secrète (OAS), die Algerien und Frankreich 1961/62 mit einer Terrorkampagne überzog. Der französische Präsident Charles De Gaulle überlebte mehrere gegen ihn gerichtete Attentate nur mit Glück. Nach einem Waffenstillstand am 19. März 1962 wurde das Land am 5. Juli 1962 unabhängig.

EINE ÄRA DER VERDRÄNGUNG?

Die nachkolonialen Erinnerungen waren Teil eines langwierigen Trennungsprozesses, zweier eng miteinander verbundener postkolonialer Nationalstaatsbildungen: Algeriens *und* Frankreichs.¹⁰ Die Frontverläufe und Konfliktlinien des Kriegs – die sich in ähnlicher Form in anderen Dekolonisationsprozessen wiederfinden – lebten auch in den Erinnerungen fort. In beiden Ländern dominierten bestimmte Gruppen die öffentliche Erinnerung, während es zu markanten Auslassungen und Leerstellen kam.

Einige Historiker haben diese selektiven Erinnerungsprozesse – vor allem mit Blick auf Frankreich – in Konzepten kollektiver „Verdrängung“, „Traumata“ oder „Syndromen“ gefasst.¹¹ Diese Art der Beschreibung ist zu einem wichtigen Element öffentlicher Erinnerungsdebatten geworden und in den politischen Diskurs eingesickert. In analytischer Hinsicht weist sie jedoch gewichtige Probleme auf. Nicht zuletzt schreibt dieses Modell komplexen Gesellschaften eine einheitliche, kollektive „Psyche“ zu, die häufig mit dem offiziellen Staatsgedächtnis

08 Siehe die Fallstudie Raphaëlle Branche, *L'Embuscade de Palestro. Algérie 1956*, Paris 2010.

09 Siehe hierzu Matthew Connelly, *A Diplomatic Revolution. Algeria's Fight for Independence and the Origins of the Post-Cold War Era*, Oxford 2002; zur Süd-Süd-Diplomatie des FLN Jeffrey Byrne, *Mecca of the Revolution. Algeria, Decolonization, and the Third World Order*, Oxford 2016.

10 Dieser Trennungsprozess und seine langfristigen Auswirkungen werden analysiert von Todd Shepard, *The Invention of Decolonization. The Algerian War and the Remaking of France*, Ithaca 2006.

11 Am prominentesten Benjamin Stora, *La gangrène et l'oubli. La mémoire de la guerre d'Algérie*, Paris 1991; David L. Schalk, *Has France's Marrying Her Century Cured the Algerian Syndrome?*, in: *Historical Reflections* 25/1999, S. 149–164.

gleichgesetzt wird. Kollektive Erinnerung wird jedoch in öffentlicher Kommunikation und sozialen Interaktionen generiert, eine Vielzahl sozialer Akteure nimmt auf sie Einfluss. In diesem Feld ist der Staat lediglich ein Akteur, dessen Rolle in den beiden Ländern lange Zeit sehr unterschiedlich ausfiel.

In Algerien nahm der entstehende FLN-Staat von Anfang an eine zentrale Rolle bei der Schaffung und Kontrolle der Erinnerung ein.¹² Die algerische Revolution, ihre „Märtyrer“ (*Shuhada*) und Veteranen (*Mudschahedin*) wurden zum symbolischen Gravitationszentrum des Landes. Dies war das Ergebnis eines langwierigen und komplexen Prozesses. Der öffentliche Raum algerischer Städte blieb über die Unabhängigkeit hinaus geprägt von Elementen kolonialer Symbolik.¹³ Während 1962 einige Denkmäler zerstört oder nach Frankreich geschafft wurden, blieb ein vollständiger Denkmalsturz aus. Einige Denkmäler bestanden teils mehrere Jahrzehnte über fort, einige, in überarbeiteter Form, bis heute. Die wichtigsten nationalen Gedenkorte für den Krieg entstanden erst in den 1980er Jahren, nicht durch Zufall während der Präsidentschaft Chadli Bendjedids (von 1979 bis 1992), der die Autorität des FLN als Partei der Unabhängigkeit zu stärken suchte.

In Frankreich spielte der Staat zunächst eine grundlegend andere Rolle. Bis in die 1980er-Jahre war den verschiedenen französischen Regierungen daran gelegen, den Algerienkrieg als ein zutiefst konfliktbeladenes und spaltendes Kapitel der jüngeren Geschichte hinter sich zu lassen.¹⁴ Das Ergebnis war eine Politik des Schweigens, die auf zwei Säulen beruhte: zum einen eine weitgehende Amnestie, die auch OAS-Terrorakte einschloss; zum anderen die Kontrolle offizieller Sprache: die ab 1954 aufrechterhaltene Position, dass es sich nicht um einen Krieg, sondern um „Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ – eine interne französische Angelegenheit – handelte.

Die staatliche Schweigepolitik bedeutete jedoch keineswegs, dass der Krieg in der französischen Gesellschaft nicht präsent gewesen wäre. Der Staat überließ das Feld der Erinnerung vielmehr einer Reihe gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere den Kriegsveteranen sowie den *rapatriés*, die offizielle Bezeichnung für die mit der Unabhängigkeit nach Frankreich migrierten Algerienfranzosen. Beide Gruppen hielten Erinnerungen an Französisch-Algerien und den Krieg auf unterschiedliche Weise wach. Der größte Veteranenverband kämpfte erbittert gegen die Weigerung des französischen Staats, den Militäreinsatz zwischen 1954 und 1962 als Krieg zu bezeichnen, eine Tatsache, die den Kriegsteilnehmern eine Reihe symbolischer und materieller Privilegien vorenthielt. Ein zentrales Element dieser Bemühungen war die Kampagne für die Einrichtung eines offiziellen Gedenktags zum Kriegsende am 19. März. Während diese Kampagne seit den 1980er Jahren auf lokaler Ebene Früchte trug, stieß sie auf erbitterten Widerstand bei all jenen, die das Datum mit einer schmachvollen Niederlage oder gar einem „Verrat“ an Französisch-Algerien verbanden. Diese Position fand sich auch unter vielen (wenn nicht allen) *rapatriés* oder *pieds-noirs* („Schwarzfüße“), wie sich viele von ihnen fortan selbst bezeichneten. Diese hatten unter teils dramatischen Bedingungen das Land verlassen und formierten sich über ein lebhaftes Verbandswesen als soziopolitische Gruppe. Das Gedenken an die verlorene Heimat spielte beim Aufbau der Verbände eine zentrale Rolle. In einer Zeit, in der die Erinnerung an den Krieg auf nationaler Ebene eine marginale Stellung einnahm, prägten sie mithin längst den öffentlichen Raum vieler französischer Kommunen.

ERINNERUNGSDEBATTEN SEIT DEN 1990ER JAHREN

Seit den 1990er Jahren hat sich die Arena der Erinnerung an den Algerienkrieg in beiden Ländern stark verändert. In Algerien blieb die Spirale islamistischen Terrors und staatlicher Repression der 1990er Jahre nicht ohne Konsequenzen für die Erinnerungen an den Unabhängigkeitskrieg. Die Konflikte des „schwarzen Jahrzehnts“ mobilisierten interne Feindbilder aus der Zeit des Befreiungskriegs (etwa den Vorwurf der Kollaboration mit Frankreich) und bezogen das symbolische Erbe der Kolonialzeit mit ein (etwa

¹² Als Überblick Raphaëlle Branche, *The Martyr's Torch. Memory and Power in Algeria*, in: *The Journal of North African Studies* 16/2011, S. 431–443.

¹³ Zu diesen Prozessen vgl. Jansen (Anm. 4), S. 476–488.

¹⁴ Die beste Gesamtdarstellung für diese Zeit ist Frank Renken, *Frankreich im Schatten des Algerienkrieges. Die Fünfte Republik und die Erinnerung an den letzten großen Kolonialkonflikt*, Göttingen 2006.

durch Anschläge gegen Monumente der Kolonialzeit). Die erstarkende algerische Zivilgesellschaft öffnete parallel dazu Räume für eine Debatte über die nationale Vergangenheit: die Rolle von Frauen oder der Europäer im Befreiungskampf sowie die Vielfalt des algerischen Nationalismus und die interne Gewalt stehen zwar nicht im Fokus offizieller Erinnerungspolitik, sind aber Themen öffentlicher Debatten.

Noch stärker kamen die Dinge in Frankreich in Bewegung: Zunächst ein auf kommunaler, vereinsmäßiger und privater Ebene verhandeltes Thema, wurden die Erinnerungen an den Algerienkrieg mit der Zeit zu einem brisanten Gegenstand nationaler Politik. Sie sind mittlerweile in eine allgemeine Kontroverse über das Erbe des Kolonialismus und die Funktion nationaler Memorialkultur übergegangen – eine Kontroverse um Schuld, Verantwortung und Stolz, um individuelle Erfahrungen, wissenschaftliche Objektivität und politische Einflussnahme, um nationale Identität, republikanischen Universalismus und partikulare Gruppenzugehörigkeiten.¹⁵

Wie kam es dazu? Von großer Bedeutung war, dass der französische Staat von seiner jahrzehntelangen Politik des Schweigens abrückte. Getragen von einem (internationalen) Diskurs über die staatliche „Pflicht zur Erinnerung“ negativer Ereignisse, spielte ein Generationenwechsel an der Staatsspitze eine zentrale Rolle. Insbesondere Jacques Chirac, Präsident zwischen 1995 und 2007, maß der Neugestaltung nationaler Erinnerungspolitik große Bedeutung bei. Damit begab sich der Staat auf ein Terrain, das verschiedene nichtstaatliche Akteure über Jahrzehnte besetzt und geprägt hatten. Diese begrenzten nicht nur den staatlichen Handlungsspielraum: Die Erinnerungslobbys, insbesondere Veteranenverbände und *Rapatriés*-Vereine, bemühten sich um Eingang in die offiziellen Erinnerungsdiskurse. Dies führte zu einigen Allianzen, vorwiegend jedoch zu Konflikten und Rivalität. Während Beobachter

Anfang der 2000er Jahre von einer Überwindung des französischen „Traumas“ schwärmten, machte bald schon die Rede vom „Erinnerungskrieg“ die Runde.¹⁶

Seit Chirac verfolgen die Präsidenten mit gewissen Variationen die Strategie, die Anliegen unterschiedlicher Akteursgruppen gesetzlich anzuerkennen. Gegenüber den Veteranen erfolgte 1999 die offizielle Anerkennung des Begriffs „Krieg“, am 5. Dezember 2002 die Einweihung eines nationalen Denkmals für die gefallenen Soldaten im Herzen der Hauptstadt und 2003 die Erklärung des – historisch bewusst willkürlich gewählten – 5. Dezember zum Gedenktag für die Gefallenen. Allmählich rückten auch die algerischen Hilfstruppen (*Harkis*), später auch andere koloniale Soldaten in den Fokus der Anerkennungspolitik. Aus dem Bemühen verschiedene, teils widerstreitende Ansprüche zu befriedigen, resultierten erratisch anmutende, ja widersprüchliche Signale: Während Chirac einen französisch-algerischen Freundschaftsvertrag anstrebte, setzte er 2005 seine Unterschrift unter das „Gesetz vom 23. Februar 2005“, das verurteilte OAS-Terroristen entschädigte und im Artikel 4 eine „positive Rolle“ des französischen Kolonialismus im Schulunterricht und in der Forschung festschrieb. Der Artikel, im Gesetzgebungsprozess durch aktives Lobbying einiger *Rapatriés*-Verbände verschärft, wurde erst auf massiven öffentlichen Druck 2006 gestrichen, da die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung nicht Sache des Gesetzgebers seien.

Zum Thema öffentlicher Debatten wurde schließlich auch der Aspekt kolonialer Gewalt, ein Aspekt, mit dem sich die offizielle staatliche Anerkennungspolitik schwer tat. Eine Kontroverse über den systematischen Einsatz von Folter erschütterte zwischen 2000 und 2002 die französische Öffentlichkeit. Die „Folterdebatte“ hinterließ jedoch trotz ihrer Intensität kaum dauerhafte Spuren offizieller Erinnerung, was damit zusammenhing, dass sich die Debatte mehr um die Täter als um die Opfer drehte. Dies änderte sich mit dem verstärkten Engagement von Migrantengruppen und Antirassismus-Vereinen in den Debatten: Sie brachten Ereignisse kolonialer Gewalt – etwa die

15 Zum Überblick über die folgenden Entwicklungen vgl. Romain Bertrand, *Mémoires d'empires. La controverse autour du „fait colonial“*, Bellecombes-en-Bauge 2006; Eric Savarese, *Algérie, la guerre des mémoires*, Paris 2007; Jan C. Jansen, *Memory Lobbying and the Shaping of „Colonial Memories“ in France. The Local, the National and the International*, in: Manuel Borutta/Jan C. Jansen (Hrsg.), *Vertriebene and Pieds-Noirs in Postwar Germany and France. Comparative Perspectives*, Basingstoke 2016, S. 252–271.

16 Etwa Benjamin Stora, *La guerre des mémoires. La France face à son passé colonial. Entretiens avec Thierry Leclère*, La Tour d'Aigues 2007; Savarese (Anm. 15).

blutige Niederschlagung einer FLN-Demonstration in Paris am 17. Oktober 1961 – mit Themen wie Rassismus und Polizeigewalt in Verbindung. Aktivisten und Medien begannen ab Mitte der 2000er Jahre, Gegenwartsfragen wie die Situation in französischen Vororten oder das Kopftuchverbot in Schulen 2004 in Kategorien der kolonialen Vergangenheit zu beschreiben. Hieran zeigt sich eine der bemerkenswertesten Entwicklungen in den jüngsten Erinnerungsdebatten: Die Bezugnahme auf die Kolonialvergangenheit zielt nicht mehr nur darauf ab, diese Vergangenheit zu erinnern, sondern soziale Konflikte innerhalb der Gegenwartsgesellschaft auszutragen, insbesondere Auseinandersetzungen um Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung.

Auch die internationale Arena wirkte auf die Erinnerungsdebatten ein: Chirac flankierte seine Initiativen Anfang der 2000er Jahre bezeichnenderweise mit versöhnenden Gesten in Richtung Alger. Das „Gesetz vom 23. Februar 2005“ wurde zu einem offenen diplomatischen Streitthema und bildete den Anlass für das Scheitern des Freundschaftsvertrags 2007. Seit 2005 berichtete die algerische Presse regelmäßig über nostalgische Denkmalprojekte in Frankreich; das algerische Parlament drohte 2010 sogar mit einem Gesetz zur rückwirkenden „Kriminalisierung“ der Kolonialherrschaft.

Die verstärkten erinnerungspolitischen Interaktionen zwischen Frankreich und Algerien erweisen sich als Teil breiterer Trends: Seit den 1990er Jahren lässt sich ein steigendes internationales Interesse an Aspekten kolonialer Gewalt – als Teil „dunkler Seiten“ europäischer Nationalgeschichten – beobachten.¹⁷ In den meisten ehemaligen Kolonialmetropolen ist es seither zu öffentlichen Debatten über Kolonialgräuere gekommen; auch haben postkoloniale Staaten vermehrt Forderungen nach offiziellen „Entschuldigungen“ oder Reparationen vorgebracht. Die Erinnerung an koloniale Gräuere sind – als eine Art Waffe der Schwachen – ein integraler Bestandteil der *soft diplomacy* zwischen dem Globalen Norden und dem Süden geworden. Daher mag es auch nicht verwundern, dass das internationale Bewusstsein ge-

genüber der kolonialen Vergangenheit bislang kaum Ansätze transnationaler Gedenkformen wie im Fall des Holocausts, der Weltkriege oder der Vertreibungen im 20. Jahrhundert hervor gebracht hat.

All diese Faktoren haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einer sich schnell wandelnden und vielfältigen Erinnerungslandschaft geführt. Der französisch-algerische Fall ist dabei kein Sonderfall, eher ein extremes Beispiel für das umstrittene Erbe, das die koloniale Herrschaft und ihre Auflösung in weiten Teilen der Welt bis heute hinterlassen haben. Die „Erinnerungskriege“ um das koloniale Algerien verlaufen entlang ähnlich komplexer Frontlinien wie der Kolonialkrieg selbst. Zahlreiche interne Verwerfungen verkomplizieren daher – wie im Dekolonisationsprozess – das Bild zweier miteinander ringender homogener Gebilde. Insbesondere in Frankreich hat dies zuletzt zu einem Patt wiederstreitender Kräfte geführt und ließ ambitionierte Großprojekte, wie etwa Nicolas Sarkozys „Haus der Geschichte“, scheitern; oder zwang Entscheidungsträger zu ungewöhnlichen Lösungen, wie bei der seit 2012 bestehenden Existenz zweier offizieller Gedenktage für die gefallenen Soldaten des Algerienkriegs (am 19. März und 5. Dezember). Eine Einigung dieser Erinnerungskonflikte scheint kaum in Sicht, und der Ruf nach einem übergreifenden, „versöhnenden“ Geschichtsbild für alle hat die Konflikte bislang eher angeheizt als beruhigt. Vielleicht geht es in der derzeitigen Situation eher darum, einen Modus Vivendi zu finden, der die Koexistenz verschiedener Versionen der kolonialen Vergangenheit ermöglicht und die historische Wahrheit (der Geschichtswissenschaft) zugleich von dem Anspruch befreit, als Versöhnerin verschiedener sozialer Gruppen oder Nationen zu fungieren.

JAN C. JANSEN

ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Washington D.C. jansen@ghi-dc.org

¹⁷ Für einen allgemeinen Überblick über diese Erinnerungsprozesse vgl. Jan C. Jansen/Jürgen Osterhammel, *Dekolonisation. Das Ende der Imperien*, München 2013, S. 122–126.

„NAFRI“ ALS SYMBOL FÜR DIE FLÜCHTLINGSKRISE?

Marokkanische Perspektiven auf euro-mediterrane Migration

Martin Zillinger

„Auf einmal war es Deutschland.“ Mein Gesprächspartner, ein berühmter Schauspieler aus Casablanca, den ich im Januar 2016 auf einer marokkanischen Festveranstaltung in Paris traf, zuckte die Schultern: „Alle meine Freunde, alle jungen Männer aus der Altstadt – sie alle reden nur noch davon, nach Deutschland zu gehen.“ Rund 10000 Marokkanerinnen und Marokkaner kamen 2015 nach Deutschland und haben sich beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) registrieren lassen.⁰¹ Gemessen an den Hunderttausenden, die im Zuge der Grenzöffnung ab dem Spätsommer 2015 in Deutschland Zuflucht oder einen Neuanfang gesucht haben, ist die Zahl der eingereisten Marokkanerinnen und Marokkaner relativ überschaubar. Seit den sexuellen Übergriffen und Diebstählen auf der Kölner Domplatte Silvester 2015 und der Eröffnung eines polizeilichen Analyseprojekts „Nordafrikanische Straftäter“ fungiert das Kürzel „Nafri“ jedoch als Symbol für die sogenannte Flüchtlingskrise und für schwer kontrollierbare Banden junger Männer, die in Deutschland durch Kleinkriminalität auf sich aufmerksam machen.⁰²

Die Ereignisse in Köln waren ein Wendepunkt in der öffentlichen Diskussion der sogenannten Flüchtlingskrise, mit vermutlich noch lang anhaltenden Auswirkungen auf die europäische Migrationspolitik. Nach dem doppelten Exzess, der Gewalt am Hauptbahnhof und den Vorwürfen und Schuldzuweisungen auf Parteitag, in den Parlamenten und den Medien, versuchten Regierungsvertreter zunächst Handlungsfähigkeit zu beweisen, indem sie versuchten, Marokko zu einem sicheren Herkunftsstaat zu erklären. Dadurch sollte der als problematisch wahrgenommene Zuzug von marokkanischen, aber auch tunesischen und algerischen Migrantinnen und

Migranten gestoppt werden.⁰³ Tatsächlich verzeichnet das BAMF im dritten Quartal 2015 einen sprunghaften Anstieg in der Registrierung marokkanischer Flüchtlinge, an dem sich die Migrationsdebatte entzündete. Diese Debatte verkürzte Migration – die Bewegung durch den Raum – jedoch auf Asyl und Asylmissbrauch, wodurch die komplexen Migrationsdynamiken im euro-mediterranen Raum nur unzureichend erfasst wurden. Die Menschen in Nordafrika, dem Maghreb und Marokko bleiben auch in Zukunft in Bewegung. So hoch auch die Europäische Union die Mauern zieht und dadurch immer mehr ertrinkende Männer, Frauen und Kinder im Mittelmeer in Kauf nimmt, die Herausforderungen der Migration werden die Gesellschaften Europas weiter beschäftigen. Um die Bewegung der Menschen nach Deutschland und Europa angemessen einschätzen und gestalten zu können, ist es dringend angezeigt, die Heterogenität der Motive, Verläufe und Ziele von Migration und Mobilität in den Blick zu bekommen und dafür differenzierte Antworten und Zugangsformate zu entwickeln.

ASYL, FLUCHT, MIGRATION: ORDNUNGSVERSUCHE NACH ZAHLEN

Seit dem faktischen Aussetzen des Dublin-Abkommens⁰⁴ und der Öffnung der deutschen Grenzen für Hunderttausende Flüchtlinge der Bürgerkriege in Irak und Syrien im September 2015 wurden in Deutschland mehr als 7000 Marokkanerinnen und Marokkaner in Erstaufnahmeeinrichtungen registriert, allein im Monat November waren es fast 3000 Personen.⁰⁵ In der öffentlichen Diskussion wurde die sogenannte EASY-Registrierung (Erstverteilung der Asylbegehrenden), die anonym erfolgt und Fehl- und

Doppelerfassungen nicht ausschließt, häufig mit dem eigentlichen Asylantrag verwechselt.⁰⁶ Da sich die meisten der nach Deutschland kommenden Migrantinnen und Migranten registrierten, um ein Dach über dem Kopf und Verpflegung zu erhalten, sind in dieser Zahl auch alle Personen enthalten, die ohne Absicht auf einen Asylantrag eingereist sind. Tatsächlich gab es im gesamten Jahr 2015 rund 1700 und im ersten Quartal 2016 655 Asylanträge von marokkanischen Staatsbürgern und damit deutlich weniger als die 10000 Registrierungen in Erstaufnahmeeinrichtungen des Jahres 2015.⁰⁷ Die Differenz zwischen der Registrierung als Asylsuchende und den tatsächlich gestellten Asylanträgen zeigt nicht nur die instrumentelle Nutzung bürokratischer Prozeduren durch Migrierende. Sie lässt darüber hinaus ahnen, dass sich viele Menschen gänzlich einer Registrierung entziehen und es vorziehen, klandestin in Deutschland und Europa ihr Glück zu suchen: Sie tauchen ab.

Durch die Erklärung Marokkos zu einem sicheren Herkunftsstaat würde eine Abschiebung der marokkanischen Zuwanderer erleichtert und die Beweislast politischer Verfolgung auf die

Schutzsuchenden übertragen werden. Marokko ist nach heutigem Wissensstand aber alles andere als ein sicheres Herkunftsland.⁰⁸ Menschen verschwinden, werden gefoltert und aufgrund ihrer sexuellen Orientierung angefeindet und verfolgt – Opposition ist nur in klar umrissenen Grenzen möglich. So sind die studentischen Initiatoren des „Arabischen Frühlings“ in Marokko und der „Bewegung 20. Februar“ seit einigen Jahren in Haft oder auf andere Art durch den marokkanischen Geheimdienst mundtot gemacht worden.⁰⁹ Marokko ist kein Rechtsstaat. Auch wenn regelmäßig stattfindende Parlamentswahlen, Gesetzesvorhaben wie die Reform des Familienrechts oder die Einrichtung einer Wahrheitskommission zur Aufklärung der Menschenrechtsverbrechen zwischen 1956 und 1999 den Eindruck einer fortschreitenden Demokratisierung machen, bleibt das Fundament Marokkos bestehen: Im Zentrum steht noch heute ein Machtapparat, der mit all seinen Verflechtungen in internationale Warenketten und Finanzströme an den Grenzen Europas im Stile eines „Medici-Fürsten“¹⁰ gelenkt und kontrolliert wird.¹¹

Die Migrationszahlen des statistischen Bundesamts verraten wenig über Fluchtursachen und -dynamiken aus dem Maghreb, und auch ein Zahlenvergleich über die vergangenen drei Jahrzehnte lässt viele Fragen offen. Auffällig ist, dass die Zahl der tatsächlich gestellten Asylanträge seit Januar 2015 noch immer nicht das Niveau der 1990er Jahre erreicht hat, als viele Marokkanerinnen und Marokkaner vor den „bleiernen Jahren“ der brutalen Herrschaft von Hassan II. nach Europa flüchteten.¹² Doch während die Zahl von 2565 Erstanträgen 1992 auf 161 Anträge 2008 sanken, schnellte ihre Zahl im Zuge des „Arabischen Frühlings“, der Verhaftungswellen in Marokko, aber auch der ersten Auswirkungen des Syrien-

01 Vgl. BAMF, NRW: Schwerpunktaktion „Maghreb“, 13. 4. 2016, www.bamf.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/20160413-020-pm-schwerpunktaktion-maghreb.html?nn=3799586.

02 Vgl. Anant Agarwala, Kölns schwerer Kampf gegen die „Nafri“-Kriminellen, 15. 1. 2016, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-01/koeln-nordafrikaner-kriminalitaet-polizei.

03 Vgl. u. a. Marcel Leubecher, Nordafrikanern droht schnellere Abschiebung, 13. 5. 2016, www.welt.de/politik/deutschland/article155315700.

04 Das Dublin-Abkommen regelt unter anderem, dass ein Flüchtling in der Europäischen Union grundsätzlich in dem Land Asyl beantragen muss, das er oder sie zuerst betreten hat.

05 Vgl. Bundesministerium des Innern, 2015: Mehr Asylanträge in Deutschland als jemals zuvor, 6. 1. 2016, www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/01/asylantraege-dezember-2015.html.

06 Im EASY-System werden ankommende Asylsuchende von einer Software registriert und auf die Erstaufnahmeeinrichtungen in den Bundesländern verteilt. Zwischen Januar und Dezember 2015 wurden so 1 091 894 Zugänge von Asylsuchenden erfasst; zwischen Januar und Juni 2016 bislang 222 264. Siehe Bundeszentrale für politische Bildung, Zahlen zu Asyl in Deutschland, 13. 7. 2016, www.bpb.de/218788.

07 Dies ist angesichts einer beschleunigten Bearbeitung von Asylanträgen maghrebischer Migranten seit Januar 2016 besonders auffällig. Durch die schnelle und nach Herkunftsstaaten geordnete Einbestellung der nordafrikanischen Asylsuchenden sollte eine möglichst rasche Abschiebung dieser Menschen erfolgen, da ihnen wenig Aussicht auf ein erfolgreiches Asylverfahren eingeräumt wurde.

08 Vgl. die Stellungnahme von Amnesty International, Warum die Maghreb-Staaten keine sicheren Herkunftsstaaten sind, 20. 6. 2016, www.amnesty.de/2016/6/21/warum-die-maghrebstaaten-keine-sicheren-herkunftsstaaten-sind.

09 Persönliche Kommunikation mit marokkanischen Menschenrechtsaktivisten.

10 Clifford Geertz, Die Dritte Welt. Vom Fanal der Revolution zur postkolonialen Realitätsbewältigung, in: *Lette International* 69/2005, S. 46–53, hier S. 50.

11 Vgl. Jörg Gertel/Ingo Breuer, Alltagsmobilitäten. Aufbruch marokkanischer Lebenswelten, Bielefeld 2012.

12 Siehe BAMF, Migrationsbericht 2014, Januar 2016, www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2014.pdf?__blob=publicationFile.

kriegs und der unübersichtlichen Bewegungen über das Mittelmeer auf 496 (2012), 1191 (2013) und dann auf 1537 (2014) Anträge hoch – also bereits vor der „Flüchtlingswelle“, die im Zuge des erleichterten Grenzübertritts Deutschland erreichte. Nachdem sich das Gelegenheitsfenster für Migranten in Deutschland wieder geschlossen hatte, haben sich die Zahlen der ankommenden Menschen erheblich reduziert. Im März 2016 waren es noch etwas über 200 Menschen, die als marokkanische Asylsuchende durch das EASY-System registriert wurden.

Migration lässt sich nicht auf Flucht, Migranten nicht auf Asylsuchende reduzieren. Ein Problem für die Migrierenden ist nicht zuletzt, dass sie durch das Grenzregime Europas wortwörtlich in ein Boot gezwängt werden und die unterschiedlichen Migrationshintergründe und Dynamiken keine differenzierten Antworten auf Seiten der Aufnahmegesellschaften und ihrer Migrationspolitik finden. Gerade für Marokko ist sich die Forschung weitgehend einig, dass nicht nur der ökonomische Bedarf, sondern auch der Anreiz nach einem besseren Leben junge Menschen zur Migration motiviert – ein Leben, das sich, wie der Anthropologe Ernest Gellner bereits betonte, durch die Aussicht auf volle Staatsbürgerrechte auszeichnet, auf Zugang zu Ausbildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung und zu alldem, was eine erfolgreiche Selbstentfaltung möglich macht.¹³ Nicht zuletzt ist der Weg in die Migration auch eine Bewährungsprobe auf dem Weg zum Erwachsenwerden.

MIGRATIONS-DYNAMIKEN

Migrantinnen und Migranten versuchen aus einer Vielzahl an Gründen sowie mit unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Voraussetzungen und für unterschiedliche Zeitspannen an unterschiedlichen Orten in Europa Fuß zu fassen. Aus europäischer Sicht wurde die marokkanische Migration traditionell als Angelegenheit der ehemaligen französischen Protektormacht angesehen. Tatsächlich war die Bewegung entlang der Küsten und über das Mittelmeer aber immer schon ein Charakteristikum der mediterranen Lebensweise: Die Bewegung von Menschen und Ressourcen durch den Raum und die Verknüpfung von unterschiedlichen Subsistenzstrategien

zeichnen die Sozialgeschichte des ökologisch fragilen Mittelmeerraums.¹⁴

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Pendelmigration nach Algerien, wo sich viele Menschen aus Nordmarokko bei französischen Kolonialunternehmern anstellen ließen, durch die Migration nach Europa ersetzt. Die neu entstandene algerisch-marokkanische Grenze trennte ökonomische und familiäre Netzwerke: ausdrücklich die Gegenden um Algier und Oran, wo französische Agrarunternehmen marokkanische Wanderarbeiter beschäftigten, vom marokkanischen Norden. Insbesondere die Berber aus dem marokkanischen Rif-Gebirge, die spätestens seit den 1960er Jahren im Zuge von Anwerbeabkommen nach Belgien, Deutschland und Holland migrierten, waren besonders betroffen. Anders als ursprünglich vorgesehen, konnte sich ein Rotationsprinzip im Rahmen der Anwerbeabkommen nicht durchsetzen, nach dem „Gastarbeiter“ nach einem Aufenthalt von etwa zwei Jahren als „gemachte Männer“ in ihre Heimat zurückkehren und durch neue Arbeitskräfte ersetzt werden sollten. Zum einen begünstigten Haushaltsstrategien und marokkanische Patronagestrukturen Pendel- und Kettenmigration, zum anderen zogen es die europäischen Firmen vor, angelernte Arbeiter vorerst zu halten oder über die Empfehlung bewährter Migranten neue Arbeiter aus ihren Herkunftsorten einzustellen. Während sich in der ersten Phase der anonymen Rekrutierung Patronagenetzwerke zwischen staatlichen Stellen und sozialen Gruppen herausbildeten, waren es später eher personale Mittler, die Zwischenhändlerfunktionen bei der Rekrutierung von Arbeitern übernahmen und die Emigration über Touristenvisa und illegale Grenzübertritte organisierten. Auch Heiratsbeziehungen zwischen und in Familien sowie *mariages blancs* (Scheinehen) wurden von Maklern gestiftet und halfen Netzwerkbeziehungen zwischen Herkunfts- und Zielländern der Migration aufzubauen und zu erhalten.

Anders als in Frankreich stellen die Berber aus dem Rif bis heute die Mehrheit der marokkanischen Diaspora in Frankfurt, Düsseldorf, Dortmund und Köln. Während in den frühen 2000er Jahren Spanien und Italien als Zielländer der Migration immer wichtiger wurden, da hier leicht Geld im Agrar- und Dienstleistungssektor verdient werden konnte, lässt sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund

¹³ Vgl. Ernest Gellner, *Nationalismus und Moderne*, Berlin 1991.

¹⁴ Siehe dazu Peregrine Horden/Nicholas Purcell, *The Corrupting Sea. A History of the Mediterranean*, London 2000.

der Finanzkrise 2008 zunehmend eine grenzüberschreitende, undokumentierte Mobilität von Migrantinnen und Migranten beobachten. In ihren Versuchen, Anschluss zu finden, reisen die Menschen aus Marokko und Nordafrika durch Europa, bis sich ihnen temporär ein Auskommen bietet.

Heute leben rund zehn Prozent der marokkanischen Bevölkerung im Ausland, die meisten von ihnen in Europa. Die Rücküberweisungen marokkanischer Migranten liegen seit Jahren bei über fünf Milliarden Euro im Jahr und machen mehr als sieben Prozent des marokkanischen Bruttosozialprodukts aus.¹⁵ Finanzielle Rückflüsse gestalten die transnational aufgespannten Familienstrukturen der allermeisten Migrantinnen und Migranten. Bei einem einfachen Handwerkergehalt von umgerechnet 150 bis 200 Euro im Monat sind bereits kleine Geldsummen eine unverzichtbare Einnahmequelle. Geschickt hat es das Königshaus verstanden, diese Rückflüsse institutionell zu kontrollieren und Investitionen im Heimatland durch den Aufbau eines transnationalen Bankenwesens zu befördern. Nach einer langen Phase repressiver Kontrollpolitik hat sich der Staat auf die politische Vereinnahmung der Diasporagemeinschaften konzentriert und nicht zuletzt durch das Wahlrecht für Auslandsmarokkaner und andere institutionelle Formen von Interessenvertretung eine Politik der Anbindung an das Heimatland betrieben.

MAROKKANISCHE PERSPEKTIVEN AUF MIGRATION

Jedes Jahr verbringen Millionen Auslandsmarokkaner ihren Sommerurlaub in Marokko. Die Straßen von Nador, Meknès und Casablanca sind im Sommer voll von Menschen, die stolz die Insignien einer gelungenen Migration präsentieren: hochwertige, europäische Kleidung, teure digitale Medien, große Autos. Viele Auslandsmarokkaner fühlen sich verpflichtet, über das ganze Jahr Geld für ihren Urlaub beiseite zu legen, um großzügig Geschenke für die Daheimgebliebenen mitzubringen und sich selbst und ihren Angehörigen unbeschwerte Ferienwochen zu ermöglichen. Diese Darstellung eines erfolgreichen Lebens in der Migration macht Europa zum Sehnsuchtsort vieler Marokkanerinnen und Marokkaner, die

über wenige Ressourcen für ein selbstbestimmtes Leben verfügen. Über Erfolg und Misserfolg entscheidet in Marokko in vielen Fällen weiterhin nicht das Können, sondern die soziale Verortung in den hierarchischen Strukturen und Beziehungen, die in konzentrischen Kreisen um das Königshaus angeordnet sind. Der Weg nach Europa erscheint vor diesem Hintergrund vielen als Ausweg, sich ein besseres Leben zu erarbeiten.

Allerdings ist dieser Weg mit legalen Mitteln und einer regulären Ausreise nur für die Wenigsten gangbar – gerade für Berufsanfänger und Niedrigqualifizierte sind die Hürden für ein Arbeitsvisum schier unüberwindbar. Mit gegenwärtig rund 8000 marokkanischen Studierenden, die insgesamt an deutschen Hochschulen studieren, ist auch die Bewerbung um einen Studienplatz in Deutschland nur wenig erfolgversprechend. Noch schwerer ist es, nach dem Abschluss des Studiums über die Aufnahme einer Arbeit dauerhaft in der Bundesrepublik bleiben zu können. Erreichbar ist dagegen für viele ein Visum für Besuchsaufenthalte, um etwa mit Folkloregruppen in Europa aufzutreten oder schlicht um als Tourist nach Deutschland und Frankreich zu reisen. Die Möglichkeiten, die Grenzen Europas zu überschreiten, werden selbst zu einer Gabe in sozialen Beziehungen. Verbunden damit ist nämlich die Möglichkeit zu bleiben – in der Sprache der europäischen Bürokraten werden diese Besucher zu *over-stayers*, die sich „illegal“ in Europa aufhalten.

Heirat ist für viele die wichtigste Strategie, um nach Europa zu kommen oder in Europa bleiben zu können. Die Kategorie der Ehe wird auf diese Art transnational neu ausgehandelt. Unter Berberinnen und Berbern ist die Kusinenheirat die traditionell bevorzugte Form der Eheschließung, mit der materieller Erfolg, sozialer Schutz und familiäre Bindungen abgesichert werden. Doch über neue Medientechniken des Flirtens und Chatters im Internet oder in Begegnungen während der Sommerferien wird die Ehe zunehmend als Ressource eingesetzt, mit der junge Frauen und Männer Handlungsinitiative gewinnen und ihr eigenes Leben gestalten können, in Deutschland wie in Marokko: Indem sie über eine Eheanbahnung die entsprechenden Papiere für die Auswanderung erhalten, oder indem sich Auslandsmarokkanerinnen einen Heiratspartner in Marokko aussuchen und nach Europa holen, der sie aufgrund geringer Erfahrung vor Ort nicht auf traditionelle Geschlechterrollen festlegen kann. Die Ethnologin Christine Ostermann hat in ihren

¹⁵ Siehe KNOMAD, *Migration and Remittances. Recent Developments and Outlook*, April 2016, <http://pubdocs.worldbank.org/en/661301460400427908/MigrationandDevelopmentBrief26.pdf>.

Forschungsorten Frankfurt am Main und Nador unterschiedliche Medien gesammelt, in denen diese Sozialtechnik in all ihrer Ambivalenz aufbereitet wird.¹⁶ So besingt der Sänger Brahim Wassim aus dem Rif-Gebirge in dem Lied „Yedjesse O' Alimane“ (Deutschlands Tochter) Auslandsmarokkanerinnen mit deutschen Papieren als Hoffnungsträger der Daheimgebliebenen:

*Ich weiß, heiratete ich Deutschlands Tochter, würde ich mein Leben mit ihr verbringen. Sie würde mich verjüngen, mir all das geben, über das sie verfügt. Sie würde mir ein Visum geben, mit dem ich das Wasser überqueren kann. Frankfurts Tochter, mit Dir werden meine Träume wahr. Ich werde meine Sorgen verlieren.*¹⁷

Für Verantwortliche in der EU-Bürokratie sind die Preise für Scheinehen deshalb ein Indikator für Erfolg oder Misserfolg ihrer Grenzpolitik. 15 000 Euro für einen Heiratsvertrag zeigen nach dieser Logik an, dass die Grenzsicherung funktioniert. Allerdings treten die Betroffenen damit zum Teil in jahrelang währende Abhängigkeitsverhältnisse. Nicht selten kommt es vor, dass Vereinbarungen nicht eingehalten werden und die Menschen verschuldet in Europa abtauchen oder um ihre Ersparnisse gebracht in Marokko zurückbleiben. Billiger ist die Überfahrt der *Harraga* in kleinen Schmugglerbooten. *Al-harg* meint wörtlich „das Verbrennen“ und bezieht sich nicht nur auf das Verbrennen des Reisepasses, mit dem klandestine Migranten einer Abschiebung vorbeugen wollen, es meint auch das verbrannte, versehrte Leben derjenigen, die ohne Legitimität und mit fragilem Rechtsstatus in Europa abtauchen.¹⁸

MIGRATIONSWEGE

Während einige junge Menschen klare Vorstellungen vom „neuen“ Leben haben und gezielt versuchen, für eine bessere Ausbildung nach Europa zu kommen, ziehen viele andere einfach los. Sie besorgen sich Telefonnummern von Mittelsmännern,

die für Geld die Passage nach Libyen und von dort nach Italien vorbereiten. Andere Maghrebener gehen in die Golfstaaten. Beide Migrationswege sind teuer und werden angesichts der sich aktuell schließenden Grenzen in Europa noch kostspieliger. Die eingeschlagenen Wege werden von sozialen Beziehungen bestimmt: Über nachbarschaftliche Netzwerke werden Telefonnummern von Zwischenhändlern verteilt oder verkauft, bereits erprobte Wege nach Europa abgelaufen und erste Stationen angesteuert, an denen Hilfe von anderen Migranten erwartet werden kann. Zu lange dürfen die Neuankömmlinge aber nicht auf den Taschen der bereits verorteten Migranten liegen. Deshalb machen sich die Neuankömmlinge in der Regel rasch wieder auf den Weg in die nächste europäische Stadt. Häufig werden dafür Zentren der marokkanischen Migration angesteuert: So sind etwa Turin und Mailand, Montpellier und Paris, Brüssel und Antwerpen Städte mit großen marokkanischen Communitys. Entscheidend für den Aufbruch sind aber immer die Chancen, die sich die Menschen aufgrund sozialer Netzwerke auf ein temporäres Auskommen vor Ort ausrechnen. Nachbarschaftsnetzwerke spielen hier eine große Rolle, aber auch religiöse Bruderschaften, die in der sozialen und religiösen Praxis wichtig sind, um sich gegenseitig zu unterstützen.¹⁹

Für den Erfolg der Migration ist es wichtig, sich an allen Orten der Migration als ein vertrauenswürdiges Mitglied der marokkanischen Netzwerke zu bewähren. Wer kriminell wird, gilt als *non-capable*, als unfähig, mit den Herausforderungen eines Lebens in der Diaspora umzugehen, und wird tendenziell gemieden: wenn es etwa darum geht, Hilfsarbeiten aller Art für den Neuankömmling zu besorgen – zum Beispiel in Putzkolonnen. Entscheidend für die gelungene Migrationsbiografie sind „Papiere“, arabisch *wurraq*. Sie garantieren in Form von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen oder gar der Einbürgerung nicht nur Rechtssicherheit, sondern auch Arbeits- und Bewegungsfreiheit zwischen Europa und Marokko. Arbeitsverträge, durch die ein ausreichender Verdienst für eine Aufenthaltserlaubnis nachgewiesen werden kann, werden in den marokkanischen Netzwerken hoch ge-

¹⁶ Vgl. Christine Ostermann, *Germany – Morocco. An Ethnography about Migration, Networks and Experienced Discrimination*, Dissertation, Universität Bielefeld 2011, S. 52.

¹⁷ Ebd. Übersetzung aus dem Tamazight ins Englische von Christine Ostermann, Übersetzung ins Deutsche vom Autor.

¹⁸ Vgl. Stefania Pandolfo, *The Burning. Finitude and the Political-Theological Imagination of Illegal Migration*, in: *Anthropological Theory* 7/2007, S. 329–363.

¹⁹ Vgl. Martin Zillinger, *Möglichkeits(t)räume der Migration. Kooperationsstrategien marokkanischer Migranten auf dem Weg nach Europa*, in: Bettina Severin-Barboutie (Hrsg.), *Stadt in Bewegung. Wanderungsprozesse in pluridisziplinärer Perspektive*, in: *Francia* 41/2014, S. 489–502.

handelt. Zugleich werden Ärzte und Staatsbürger der Zufluchtsgesellschaft gesucht, die bereit sind, langjährige Behandlungen oder Kontakte im Land zu dokumentieren, wodurch ein ausreichend langer Aufenthalt vor Ort vorgegeben wird und damit das Gesuch um eine Aufenthaltserlaubnis erleichtert werden soll. Häufig beendet jedoch erst die Heirat mit einem einheimischen oder zugewanderten Staatsbürger die Wanderung durch Europa – erst jetzt kann das Leben in der Migration aufgebaut werden. Oftmals benötigen die klandestine Migrierenden bis zu zehn Jahre, um dieses Ziel zu erreichen.²⁰ Bis zu diesem Zeitpunkt durchleben sie entbehrungsreiche Jahre, in denen Eltern oder Geschwister in der Heimat sterben und sie sich von ihren Familien entfremden.

Doch auch wenn staatliche Grenzziehungen die transnationalen, sozialen Räume der Migration durchschneiden und begrenzen, ist ein methodologischer Nationalismus in der Migrationsforschung fehl am Platz. Ein dyadisches Modell der Migration, nach der Menschen aufgrund von Push-Pull-Faktoren ein Land verlassen, um in einem anderen zu leben, wird den komplexen Verhältnissen der Migration nicht gerecht. Digitale Medien helfen den Menschen, ihre Reisewege und Aktivitäten an den unterschiedlichen Orten der Migration zu organisieren. Sie sind der „billige, soziale Klebstoff des Transnationalismus“²¹ – so hat es der Ethnologe Steven Vertovec auf den Punkt gebracht. Telefone, aber auch andere technische Medien wie Digitalkameras und das Internet, verknüpfen den Alltag von Menschen an unterschiedlichen Orten. Der transnationale Raum ihrer Aktivitäten ist auch nach einer dauerhaften Wohnsitznahme triadisch charakterisiert: aufgespannt zwischen weltweit zerstreut lebenden Individuen, den Kontexten der Herkunftsländer und den Kontexten der jeweiligen Aufenthaltsorte.

UNTERSCHIEDLICHE SOZIALE MILIEUS IM AUFBRUCH

Nach der geordneten Arbeitsmigration in den 1960er und 1970er Jahren und der daraus folgenden Kettenmigration haben sich die Wege der Migrantinnen und Migranten sowie die Motive und

Kontexte der Migration fortlaufend verändert. Auch wenn sich zunehmend eine Mittelschicht herausbildet, die ihr Leben bewusst in Marokko gestaltet, ergreifen viele Menschen aus allen sozialen Milieus auch heute noch die Gelegenheit zur Migration, wenn sie sich bietet. Die Grenzöffnung im Zuge der Flüchtlingskrise 2015 war so eine Gelegenheit, die insbesondere junge Männer nutzten, um in kleinen Gruppen nach Europa aufzubrechen. Schnell stiegen die Preise für Flugtickets in die Türkei, die durch die visafreie Einreise für marokkanische Staatsbürger als gutes Sprungbrett nach Europa taugte. Die jüngsten Reisen von jungen Männern mit Hoffnungen auf das schnelle Geld besingt etwa Soufian Bousaidi in seinem Lied „Arif ino wadaya traja“:

Meine Heimat Rif, in dir kann nur der Reiche leben (...). Kommt! Lasst uns Hand in Hand, in die Türkei reisen, das Ticket kostet nur 700 (...). Hey, Guten Morgen Frankfurt! Ich bin der Sohn aus Sghenghen bei Nador, bin mit dem Boot über die Türkei hierhergekommen, um „Business“ zu machen – aber sicher nicht, um Arbeitsschuhe zu tragen (...). Keine Freunde, keine Verwandten habe ich hier als Unterstützung. Ich bin nicht dumm, ich komme klar im Leben – wir Berber sind nicht wegen Arbeit gekommen, sondern wegen etwas Anderem.²²

Das „Andere“, weswegen der Sohn aus Sghenghen bei Nador nach Deutschland gekommen ist, steht nicht für schlecht bezahlte Arbeit, sondern für den schnellen Erfolg – für „Business“. Gleichzeitig schwingt hier auch die Möglichkeit mit, über kriminelle Netzwerke, die vom Rif aus operieren, den Schmuggel von Marihuana zu organisieren. Dies wird von den bestehenden Gemeinschaften in Deutschland jedoch mit Argwohn betrachtet.

Folgen wir den Recherchen des Reporters Mohamed Amjahid vom „Zeit-Magazin“, waren es junge Männer aus kriminellen Milieus, die aus Zentralmarokko und insbesondere Casablanca den Weg über die Türkei gesucht haben und sich nun in Deutschland und Europa durch Kleinkriminalität über Wasser halten.²³ Mit den vielen

²⁰ Persönliche Schätzung aufgrund stationärer Feldforschung in Brüssel zwischen 2008 und 2011.

²¹ Steven Vertovec, Cheap Calls: The Social Glue of Migrant Transnationalism, in: *Global Networks* 4/2004, S. 219–224.

²² Ethnografische Recherche und Übersetzung von Mahmoud el-Qamch.

²³ Vgl. Mohamed Amjahid et al., Was geschah wirklich?, 28.6.2016, www.zeit.de/zeit-magazin/2016/27/silvesternacht-koeln-fluechtlingsdebatte-aufklaerung.

Kriegsflüchtlingen kamen in kleiner Zahl auch Gruppen, die nicht unbedingt ein Leben in der Migration aufbauen wollten, sondern hier geübt auf Strategien der systematischen Verunsicherung im öffentlichen Raum wie Schnorren und Stehlen zurückgriffen, um über die Runden zu kommen. Darüber hinaus reisten offensichtlich viele illegal durch Europa wandernde Migranten gezielt nach Deutschland ein, als sie von der „Willkommenskultur“ hörten und sich durch eine Registrierung in den Notaufnahmeeinrichtungen ein Dach über dem Kopf, Verpflegung und vielleicht sogar Asyl versprachen. Gerade von Brüssel, dem Zentrum der marokkanischen Migration in Europa, ist es kein großer Weg nach Köln und Nordrhein-Westfalen, wo zudem auch staatlicherseits Menschen aus dem Maghreb zusammengezogen wurden, da die Behörden hier bereits Erfahrungen mit der Migration aus Nordafrika gesammelt haben. Alt-ingesessene Migrationsgemeinschaften aus dem Rif wurden so in Nordrhein-Westfalen und Hessen mit vagabundierenden jungen Männer aus allen Teilen Marokkos konfrontiert, mit denen sie wenig gemein haben und mit denen sie nicht auf gemeinsame soziale Netzwerke rekurren können, um ihre Beziehung zueinander zu regeln.

EUROPÄISCHE GESELLSCHAFTEN AM SCHEIDEWEG

Der Gründer der Organisation Cap Anamur Rupert Neudeck hat kurz vor seinem Tod daran erinnert, dass die Integration der vietnamesischen Bootsflüchtlinge in der Bundesrepublik so reibungslos geschehen ist, weil die Menschen unverzüglich Zugang zur Gesellschaft bekommen haben und die Möglichkeit erhielten, eine Arbeit aufzunehmen und ihr Leben gestalten zu können. Migrantinnen und Migranten wollen nichts geschenkt haben – aber sie wollen eine Chance bekommen. Wenn die Kinder von Einwanderern wieder „auswandern“ ist die Integrationspolitik der europäischen Gesellschaften gescheitert. Nicht nur der Dschihadist Denis Cuspert, besser bekannt unter seinem Rappernamen Deso Dogg, hat nach der Konversion zum fundamentalistischen Islam Tod und Zerstörung in den Gesellschaften an der Süd- und Ostküste des Mittelmeers verbreitet. Nach seinem Aufbruch in die Kriegsregionen Nordafrikas und des Nahen Ostens veröffentlichte Cuspert das dschihadistische Kampflied „Wir sind ausgewandert“ und vermischte religiöse Preisun-

gen des Dschihadismus mit dem Klang des Krieges, um als Teil der Propaganda-Strategie des sogenannten Islamischen Staates Nachwuchs aus Europa zu rekrutieren. Es ist auffällig, dass Cuspert den jugendlichen Männlichkeitskult der Straße, den er als Berliner Rapper inszeniert hat, gegen den Männlichkeitskult des dschihadistischen Islam eingetauscht hat. Werner Schiffauer gehört zu den wenigen Migrationsexperten, die kreative Wege aufzuzeigen wissen, um diesem Männlichkeitskult über „problemorientierte Kooperation ohne Konsens“ etwas entgegenzusetzen und dafür verschiedene Akteursgruppen zu integrieren.²⁴ Denis Cuspert und die jungen Männer und Frauen, die zu Hunderten in den Krieg nach Syrien gezogen sind oder in Europa zu Attentätern werden, sind Kinder unserer europäischen Gesellschaften und müssen als solche angesprochen und herausgefordert werden.

Das Problem besteht weniger in der Tatsache, dass Menschen aus den Gesellschaften Nordafrikas und des Mittleren Ostens nach Europa kommen wollen, um hier zu leben, zu arbeiten und Schutz zu suchen. Tödliche Probleme entstehen erst, wenn die zunehmende Verflechtung euro-mediterraner Lebenswelten gezeugt und die Bewegung der Menschen nicht gestaltet und dadurch kontrollierbar gemacht wird. Die Fluchtbewegungen der vergangenen Monate und ihre Verquickung mit unterschiedlichen Arten der Migration und Wanderung verlangen nach angemessenen Antworten seitens der Aufnahmegesellschaften, die der Vielschichtigkeit und Pluralität der Migrationsstrategien Rechnung tragen müssen. Versuche der Abschottung in einer „Ära der totalen Mobilität“ – so der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen Filippo Grandi – sind dabei zum Scheitern verurteilt. Die jüngsten Gewaltexzesse und Terroranschläge im euro-mediterranen Raum machen vor allem eines deutlich: Ein weiteres Scheitern in der Migrationspolitik können sich die europäischen Gesellschaften nicht leisten.

MARTIN ZILLINGER

ist Juniorprofessor für Ethnologie an der Universität zu Köln.

martin.zillinger@uni-koeln.de

²⁴ Vgl. Werner Schiffauer, Schule, Moschee, Elternhaus. Eine ethnologische Intervention, Frankfurt/M. 2015.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5. August 2016

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash (Volontär)
Anne-Sophie Friedel
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring (verantwortlich für diese Ausgabe)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.

Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH, Frankfurt am Main
parlament@fs-medien.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

APuZ
Nächste Ausgabe
35–36/2016, 29. August 2016
**MODERNE
KRIEGFÜHRUNG**



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz